

**2. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 22. November 2018,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.15 Uhr –01.10 Uhr**

Anwesend sind: 40 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng (wegen Ausstand ab 19.45 Uhr), 2. Reto Grolimund, 3. Alexandra Kämpf,
4. Urs Knapp, 5. David Plüss, 6. Daniel Probst, 7. Monique Rudolf von Rohr,
8. Simone Sager, 9. Deny Sonderegger (wegen Ausstand ab 19.30 Uhr)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Eugen Kiener, 4. Andrea Leonhardt Mohr,
5. Huguette Meyer Derungs, 6. Dr. Rudolf Moor, 7. Luc Nünlist, 8. Dr. Arnold Uebelhart,
9. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Beat Felber, 3. Dr. Christoph Fink, 4. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Beatrice Schaffner

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Michael Neuenschwander, 3. Raphael Schär, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Ursula Rüegg, 3. Philippe Ruf, 4. Christian Werner (wegen Ausstand ab 19.30 Uhr)

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Simon Muster

Olten jetzt!

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni (ab 18.40 Uhr), 4. Denise Spirig (ab 18.25 Uhr)

parteilos

1. Ernst Eggmann (bis 23.30 Uhr)

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Baudirektion
Marion Rauber, Direktion Soziales
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Thomas Küng, Verwaltungsleiter Direktion Bildung und Sport (bis 00.20 Uhr)
Hans Peter Müller, Verwaltungsleiter Direktion Soziales (bis 00.30 Uhr)
Kurt Schneider, Verwaltungsleiter Direktion Bau (bis 23.50 Uhr)
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent (bis 00.30 Uhr)
Urs Tanner, Finanzverwalter
Beat Hofstetter, Direktion Soziales
Jan Rechsteiner, Direktion Bildung und Sport
Philipp Stierli, Feuerwehrkommandant
Hansueli Tschumi

Vorsitz: Marlène Wälchli Schaffner

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Budget 2019/Genehmigung
2. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 12.1. Motion Fraktion SP/JSP betr. Mehr Einwohner/innenbeteiligung durch Digitalisierung
 - 12.2. Motion Fraktion SP/JSP betr. Verbesserung der Beleuchtung für Velofahrer und Fussgänger
 - 12.3. Postulat Fraktion SP/JSP betr. Velofreundlichere Ampelsteuerung
 - 12.4. Motion Christoph Fink (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Bereinigung der gesetzlichen Erlasse der Stadt Olten
 - 12.5. Interpellation Fraktion Grüne betr. Behördenpropaganda gegen das Energiegesetz – Intervention durch Stadtpräsident Martin Wey im Graubereich?
 - 12.6. Postulat Fraktion CVP/EVP/glp betr. Schutz der Holzbrücke
 - 12.7. Überparteiliches Postulat betr. WLAN im Stadthaus
 - 12.8. Interpellation Matthias Borner (SVP) betr. Vergabe des Auftrags «Jugendarbeit»
 - 12.9. Interpellation Fraktion Grüne betr. Ortsplanrevision
 - 12.10. Interpellation Tobias Oetiker und Laura Schöni (Olten jetzt!) betr. Internetsensur an Oltner Schulen
 - 12.11. Motion Fraktion Grüne betr. Hitzeinseln verhindern – Schottergärten vermindern
 - 12.12. Interpellation Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Auffallende Autofahrer in der Innenstadt
 - 12.13. Interpellation Matthias Borner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Fragen zur Organisation der sbo und a.en

* * *

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich begrüsse alle Anwesenden ganz herzlich zum zweiten Teil unserer November-Parlamentssitzung. Geschätzte Stadträtinnen und geschätzte Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich bedanke mich heute ganz besonders bei allen Mitarbeitenden der Direktion Bildung und der Direktion Finanzen für die grosse Vorarbeit, wo man sieht, dass sehr viel Denkarbeit dahintersteckt. Ein besonderer Gruss und ein herzliches Willkommen gilt heute auch dem Gesamtschulleiter Thomas Küng. Herzlich willkommen. Sie waren gestern schon anwesend. Danke, dass Sie jetzt auch wieder anwesend sind.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner:

Vorstösse/Eingang

- Überparteiliche Motion betr. Teilrevision der Statuten sbo, 1. Nachhaltigkeit
- Überparteiliche Motion betr. Teilrevision der Statuten sbo, 2. Glasfaser
- Überparteiliche Motion betr. Teilrevision der Statuten sbo, 3. Personal
- Überparteiliche Motion betr. Teilrevision der Statuten sbo, 4. Rechnungslegung
- Überparteiliche Motion betr. Teilrevision der Statuten sbo, 5. Verwaltungsrat

* * *

Ausstand

Christian Werner wird später dazukommen, weil er im Verwaltungsrat der EHCO AG ist. Ebenfalls im Ausstand sind das Verwaltungsratsmitglied Deny Sonderegger und der Verwaltungsratspräsident der SPOAG.

* * *

Budget 2019, nachträgliche Anpassungen Erfolgsrechnung

Ihr seht, dass nachträglich gemeldete Anpassungen des BISPO, die Ihr auf Seite 54 nachlesen könnt, jetzt noch aufgelistet sind. Dies einfach zur Information.

* * *

Stimmkarten

Bitte lasst die Stimmkarten auf Euren Plätzen, damit wir sie im Dezember wieder verwenden können.

Beilage:
Vorstosstexte

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2018

Prot.-Nr. 25

Betriebskostenbeiträge und Subventionen für Sportpark AG und Investitionsbeitrag für Eissportanlagen/Genehmigung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

1. Ausgangslage

Die Sportpark Olten AG (nachfolgend kurz: SPOAG) wurde im Jahre 2005 gegründet. Sie übernahm die im Baurecht ausgestalteten Eissportanlagen von der illiquiden Kunsteisbahngenossenschaft Olten (nachfolgend: KEKO) zu einem Preis von 1.7 Mio. Franken (ohne Curlinghalle). Mit der Gründung der SPOAG wurde bezweckt, den Betrieb und Unterhalt der Eissportanlagen im Kleinholz sicherzustellen.

Im September 2010 stimmte der Souverän der Stadt Olten einem Investitionsbeitrag von 12.1 Mio. Franken sowie für die Zeit von 2011 – 2014 jährlichen Beiträgen von je 750'000 Franken zu. Die SPOAG hatte in der Folge eine ganzheitliche Planung zur Gesamterneuerung erstellt, welche es ermöglichen sollte, die Anlage „fit“ für die nächsten 25 bis 30 Jahre halten zu können. Vorausgesetzt, dass dem Unterhalt der Anlage angemessen Rechnung getragen wird. Das war zuvor zu Zeiten der Vorgängerbetreiberin KEKO aufgrund der genossenschaftlichen Strukturen oft schwierig und teils nicht umsetzbar.

Explizit ausgenommen von den zuvor angesprochenen Erneuerungsarbeiten waren im Jahre 2009/2010 die Kälteanlagen. Gemäss damaliger Einschätzung der die Anlage betreuenden Fachfirma durfte im Jahre 2010 noch mit einer Restlebensdauer von rund 10 Jahren gerechnet werden.

In den Jahren 2011 bis 2015 wurde der Grossteil der geplanten Arbeiten zur Erneuerung und Erweiterung der Eissportanlagen umgesetzt. Wünsche der Hauptnutzer wurden, soweit finanzierbar und sinnvoll, mitberücksichtigt. Parallel dazu liefen zusammen mit den Vertretern des Curlingclubs Olten die Arbeiten zur Planung der Sanierung der Curlinghalle. Leider konnten die diesbezüglichen Ziele nicht erreicht werden. Der Curlingclub Olten (nachfolgend: CCO) hat daher im Jahre 2014 entschieden, den Curlingsport in Olten nicht mehr weiter zu betreiben, es kam zu einem Heimfall der im Unterbaurecht betriebenen Curlinghalle.

Seit 2015 und bis Ende April 2019 stehen der SPOAG jährlich 700'000 Franken an Beiträgen der Stadt Olten zu (Betriebskostenbeiträge 390'000 Franken / Vereinssubventionen 310'000 Franken), welche an eine Leistungsvereinbarung gekoppelt sind.

Mit der Dokumentation im Anhang soll zu Händen der entscheidenden Instanzen einerseits aufgezeigt werden, wie die SPOAG finanziell und betrieblich weitergeführt werden kann. Im Vordergrund steht dabei der Antrag auf Zusprechung der künftigen Betriebskostenbeiträge und der Vereinssubventionen.

Andererseits und ebenso beinhaltet die Dokumentation einen Antrag betreffend Ausrichtung eines weiteren Investitionskostenbeitrages zum Abschluss der Erneuerung der

Eissportstätten, welche auch einen Beitrag zur Sanierung der Anlage im Bereich der ehemaligen Curlinghalle beinhaltet. Letztere soll einer neuen Nutzung zugeführt werden.

2. Erwägungen

Der Stadtrat hat sich nach einem Treffen mit dem Verwaltungsratspräsidenten und dem Geschäftsführer entschieden aufgrund des Budget 2019 sowie der Finanzplanung den Antrag der SPOAG abzuändern.

Der Stadtrat beantragt beim Parlament:

- wiederkehrend 440'000 Franken Betriebskostenbeiträge (+50'000 Franken),
- wiederkehrend 310'000 Franken Subventionen für die Vereine (unverändert) und
- einmalig 1.402 Mio. Investitionen.

Der Stadtrat erachtet es als wichtig und notwendig, dass die Betriebskosten gedeckt werden, ansonsten droht ein ähnliches Szenario wie bei der Vorgängerin der Sportpark Olten AG. Der Stadtrat beantragt aufgrund der Ertragsausfälle des Trendsports (15'000 Franken) sowie des Curlings (ca. 35'000 Franken) für die Sportpark Olten AG einen erhöhten Betriebskostenbeitrag und gleichbleibende Subventionen für die Vereine.

Total sollen jährlich wiederkehrend 750'000 Franken von der Stadt Olten an die Sportpark Olten AG fließen, neu 440'000 Franken Betriebskostenbeitrag sowie wie aktuell 310'000 Franken Subventionen. Der Gesamtbetrag würde somit jenem Betrag entsprechen, welcher von 2010 bis 2014 ausbezahlt wurde. Die vom Parlament beschlossene Reduktion bei der EHC Olten AG in der Höhe von 50'000 Franken ist dabei weiterhin berücksichtigt.

Die Eissportvereine würden somit weiterhin wie folgt subventioniert:

- EHC Olten Nachwuchs 2000: CHF 143'000.-
- Eislaufclub Olten: CHF 79'000.-
- EHC Olten AG, 1. Mannschaft: CHF 40'000.-
- EHC Olten AG, Junioren: CHF 32'000.-
- SC Altstadt: CHF 16'000.-

Weiter beantragt der Stadtrat nur einen Teil der Investitionsprojekte in der zweiten Sanierungsphase umzusetzen. Auf die Sanierung der Curlinghalle soll aus Kostengründen und auf die Modernisierung der Beleuchtung für die Übertragung von TV-Spielen soll (vorläufig) verzichtet, weil es (noch) keine Auflage des Hockey-Verbandes für die Swiss League gibt.

Projektteil		Kosten in CHF	Genauigkeit
6.3	Bandenanlage Halle & Ausseneisfeld (2019)	270'000	+/- 5 %
6.4	Kältezentrale	750'000	+/- 5 %
6.5	Teil-Erneuerung Sitzplatztribüne West Halle	50'000	+/- 5 %
6.6	Geländer & Wellenbrecher Nordstehrampe	50'000	+/- 15 %
6.7	Erneuerung Bodenbelag vor Nordtrakt	60'000	+/- 10 %
6.8	Anschaffung Mehrzweckfahrzeug	45'000	+/- 5 %
6.9	Einrichtungen	120'000	+/- 10 %
6.10	Sicherheit – Anpassung Dispositive, Abklärungen etc.	57'000	+/- 25 %

Total	1'402'000	
--------------	------------------	--

3. Vorgehen für Genehmigung

Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 15. Oktober 2018 ein einheitliches Vorgehen betr. Leistungsvereinbarungen und Beiträge beschlossen. Grundsätzlich sind sämtliche Beiträge im jeweiligen Budget aufgeführt und werden Leistungsvereinbarungen unter Vorbehalt der Budgetgenehmigung abgeschlossen; somit hat das Parlament immer die Möglichkeit Einfluss zu nehmen. Während Leistungsvereinbarungen generell auf drei Jahre befristet werden und dann jeweils vom Stadtrat neu beschlossen werden müssen, sind Beiträge als wiederkehrende Ausgaben grundsätzlich nicht befristet. Ist der Betrag unverändert, wird er jeweils ins Budget eingestellt – da keine neue Ausgabe – und ist im Rahmen des Gesamtbudgets dem fakultativen Referendum unterworfen. Handelt es sich um einen neuen oder einen erhöhten Beitrag, entscheidet die für die Höhe der Mehrausgabe zuständige Instanz gemäss den in der Gemeindeordnung geregelten finanziellen Kompetenzen für wiederkehrende Ausgaben.

Im vorliegenden Fall handelt es sich beim unbefristeten Beitrag an die Sportpark Olten AG um eine neue Ausgabe, da der bisherige Beitrag befristet war und Ende April 2019 ausläuft. Da er mehr als CHF 400'000 beträgt, untersteht er dem obligatorischen Referendum, das heisst der Volksabstimmung. Da der Investitionsentscheid – insbesondere für die Erneuerung der Kältezentrale – ohne Beitrag ebenso wenig Sinn macht wie umgekehrt, beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, unter Berücksichtigung gewissermassen einer «Einheit der Materie» den Investitionsentscheid, welcher dem fakultativen Referendum untersteht, gleichzeitig in einer separaten Abstimmung freiwillig der Volksabstimmung zu unterwerfen.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Sportpark Olten AG wird mit Wirkung ab dem 01.05.2019 jährlich wiederkehrend ein Beitrag in der Höhe von je CHF 750'000.00 gewährt, aufgeteilt in Betriebskostenbeiträge in der Höhe von CHF 440'000.00 ausbezahlt, mit denen der Betrieb und der werterhaltende Unterhalt sichergestellt werden sollen, und Subventionen für die Vereine/Organisationen EHCO AG, EHCO Nachwuchs 2000, SC Altstadt Olten und Eislaufclub Olten in der Höhe von CHF 310'000.00 Die Details werden in der Kompetenz des Stadtrates in einer Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Olten und der Sportpark Olten AG geregelt.
2. Der Sportpark Olten AG wird für die zweite Phase der Stadionerneuerung ein Investitionsbeitrag von insgesamt maximal CHF 1'402'000.00 ausbezahlt. Beim Sportfonds ist von der Sportpark Olten AG ein entsprechendes Unterstützungsgesuch zu stellen. Die Details werden in der Kompetenz des Stadtrates in einer Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Olten und der Sportpark Olten AG geregelt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. 1 unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Ziff. 2 wird gleichzeitig in einer separaten Abstimmung freiwillig dem obligatorischen Referendum unterstellt.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Matthias Borner, GPK: Iris Schelbert hat diese Vorlage in der Kommission vertreten. Dabei hat sie hervorgehoben, dass man im Zeichen des finanziellen Drucks der Stadt bereits schon grosse Kürzungen vorgenommen hat. Deshalb hat man den Umbau der Curlinghalle auch gestrichen. Es hat dann aber noch kritische Stimmen gegeben, dass man die finanzielle Situation der SPOAG selber kennen müsste, um diese Vorlage zu beurteilen. Iris Schelbert konnte diese Zahlen nennen und hat hervorgehoben, dass man mit der SPOAG eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen hat. Eine so kurzfristige Kommunikation ist als nicht befriedigend empfunden worden. Es hat Uneinigkeit darüber geherrscht, ob bei diesen Zahlen eine Hol- oder Bringschuld besteht. Der Stadtrat hat dabei noch darauf hingewiesen, dass man die Beiträge an die Kasse von Vereinen nicht mit Betriebsbeiträgen und Amortisationen von Anlagen vergleichen kann. Der Stadtrat wollte auch verhindern, dass man verschiedene Sportarten gegeneinander ausspielt. Der Bedarf an Infrastruktur ist je nach Sport sehr unterschiedlich. Es gibt zum Beispiel nicht eine halbe Eishalle. Allgemein wurde begrüsst, dass das Volk in dieser Frage das letzte Wort hat. Der Zeitpunkt dieser Investitionen hat auch zu reden gegeben. Die Banden hätten eigentlich schon letztes Jahr gemacht werden müssen. Aber der Verband hat Olten noch eine Saison Zeit gegeben. Auch noch im Kontext der Erneuerung der Leistungsvereinbarung konnte der Stadtrat diese Erneuerung auch gleich anpacken. Es ist auch noch die Frage aufgekommen, weshalb man dieses Geld nicht direkt dem Verein gibt. Dabei ist uns erklärt worden, dass man dies bei der Vorgängerorganisation so gemacht hat, und das hat nicht funktioniert. Es sind noch weitere Vorschläge gekommen, was man in Sachen Abfallbewirtschaftung noch in die Leistungsvereinbarung aufnehmen könnte. Jetzt müsst Ihr wegen der Abstimmungsergebnisse zuhören. Es ist lustig und interessant. Es wurde der Antrag gestellt, dass man den Jahresbeitrag der Stadt auf Fr. 700'000.— senkt. Dieser Antrag ist mit 6 : 1 Stimme bei 1 Enthaltung angenommen worden. Daraufhin haben wir noch über Punkt 2 wegen der Investitionen abgestimmt. Das wurde mit 2 : 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Dann hat es die Schlussabstimmung gegeben. Dort kam 1 : 1 Stimme bei 6 Enthaltungen heraus. Nachher hat es einen präsidialen Stichentscheid gegeben. Deshalb sind die Anträge so herausgekommen, wie Ihr sie hier gesehen habt.

Beatrice Schaffner: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat einen Änderungsantrag zu Ziffer 2. Wir beantragen, den Betrag von Fr. 1'402'000.— auf Fr. 1'002'000.— zu kürzen. Die Begründung liegt darin, dass die Bandenanlage für uns unbestritten ist. Sie muss gemacht werden. Das dient auch der Sicherheit der Spieler. Das gehört einfach dazu. Es ist nicht nur aus Sicherheitsgründen, sondern für uns auch aus moralischen Gründen. Die Spieler müssen einfach besser geschützt werden. Die Erneuerung der Kältezentrale, die 2020 im Finanzplan ist, sehen wir auch als unbestritten. Je länger man dort wartet, desto höher werden einfach die Wartungs- und Unterhaltskosten. Das unterstützen wir auch. Aber der Rest, die Teilerneuerung der Sitzplatztribüne, Geländer, Erneuerung des Bodenbelags, Anschaffung eines neuen Mehrzweckfahrzeuges, diverse Einrichtungen von Fr. 120'000.—, die nicht beziffert sind, und noch Diverses Dispositiv sehen wir nicht als dringlich an und zwar auch aus dem Grund, dass wir die Stadt dabei unterstützen wollen, gesund zu wirtschaften. Wir finden, da müssen alle etwas dazu beitragen, auch die Sportpark AG. Es sind ja Änderungsanträge für diverse Budgetpositionen gestellt worden, und wir stellen jetzt diesen Änderungsantrag. Merci.

Dr. Rudolf Moor: Ich nehme es vorweg. Die Fraktion SP/Junge SP war nicht unbedingt begeistert über die Art und Weise, wie dieser Antrag daherkommt. Da werden von der Sportpark AG eigentlich ursprünglich 4 Millionen beantragt, die nicht im Finanzplan enthalten waren, und die ausgerechnet auch von Kreisen vertreten werden, die sonst jede Investition

in der Stadt grundsätzlich in Frage stellen. Man verlangt für eine Firma, die grossmehrheitlich im Besitz der Stadt Olten ist, eine finanzielle Unterstützung, eine Firma, die es aber zulässt, dass mit Infrastruktur und öffentlichem Geld für eher elitäre Zwecke wie für VIP-Logen und Ähnliches finanziert wurde, zugestimmt wird, dass sie für so etwas genutzt wird, während viele weniger bemittelte Matchbesucher, die viel Geld für ein Jahresabonnement zahlen müssen, für ihre Begriffe sogar sehr viel, auf wenig komfortable Provisorien abgeschoben werden. Das finden wir nicht gut. Schliesslich wird auch wieder von den Vertretern dieses Unternehmens, das sich im öffentlichen Besitz befindet, und es eigentlich die Aufgabe ist, Service public zu bieten, gedroht, den Betrieb im kommenden Frühling einfach gerade ganz einzustellen, wenn die geforderten Gelder nicht bewilligt werden. Das ist schon etwas speziell, wenn man sieht, wie viele andere Institutionen, zum Beispiel kulturelle, probieren, mit reduzierten Mitteln, nachdem die Stadt viele Beiträge gekürzt hat, das Beste daraus zu machen, zu machen, was sie mit den reduzierten Mitteln machen können. Hier kommt ein Unternehmen, das viel mehr Geld zur Verfügung hat, und droht einfach mit Schliessung. Das finden wir nicht angebracht. Die Fraktion SP/Junge SP dankt dem Stadtrat dafür, dass er die verlangten Investitionsbeträge bereits deutlich gekürzt hat. Das wäre sonst sicher im Parlament passiert. Eigentlich lassen die Umstände, die ich jetzt geschildert habe, eine Zustimmung zu diesem Vorhaben nicht zu. Es gibt aber hier noch etwas Anderes. Dem stehen natürlich die Bedürfnisse der Oltnen Bevölkerung entgegen, die einen nachvollziehbaren Anspruch auf eine Anlage hat, die es auch im Winter erlaubt, Sport zu treiben, und die es erlaubt, Sportanlässe auf hohem Niveau durchzuführen. Dieses Angebot soll aus Sicht einer Mehrheit der Fraktion SP/Junge SP nicht gefährdet werden. Wir sehen diesen Anspruch natürlich durchaus auch als legitim. Was machen wir jetzt in dieser Situation? Die Fraktion ist sich hier nicht in allen Punkten ganz einig. Das nehme ich vorweg. Grossmehrheitlich unterstützt die Fraktion SP/Junge SP und macht es notfalls selber, ist aber eigentlich gefasst, dass es jemand anders macht, eine Rückweisung und erwartet auf die Dezember-Sitzung eine neue Vorlage. Wenn der Rückweisungsantrag gestellt wird, rede ich noch genau dazu, was eigentlich unsere Erwartungshaltung ist, was die Rückweisung bewirken soll und was die Bedingungen sind, damit wir der Vorlage, wenn sie im Dezember wieder kommen wird, zustimmen können. Eine Minderheit der Fraktion wird sich bei der Rückweisung voraussichtlich enthalten. Ebenfalls ist eine grosse Mehrheit der Fraktion für die Unterstellung unter das obligatorische Referendum. Beim Teil, bei dem es eigentlich gar nicht nötig wäre, gibt es auch eine kleine Minderheit, die dies nicht ganz so gut findet.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Es sind interessante Konstellationen. Wir stehen bei dieser Vorlage voll und ganz hinter dem Stadtrat. Der Punkt ist folgender: Der EHCO – es geht ja eigentlich schlussendlich auch um einen EHCO – ist eine der nach aussen bekanntesten Institutionen unserer Stadt. Ich habe nachgeschaut. Die Durchschnittszahl sind 3'400 Zuschauer. Du hast moniert, es sei zu teuer oder zu billig. Sie haben die Zuschauerzahlen in den letzten Jahren recht in die Höhe gebracht und haben es eigentlich gut gemacht. Man sollte es auch ihnen überlassen, wie man dies bewerkstelligen möchte. Ich bin ja in Winznau aufgewachsen, und für mich gab es eigentlich in Olten nur zwei Happenings. Das Eine war der Zirkus Knie. Ihn haben wir mit den hohen Gebühren vertrieben. Nein, ich weiss es nicht. Das Zweite ist der EHCO. Da bin ich früher nach Olten oder auf die Eisbahn gegangen. Ich finde einfach, das hat eine besondere Rolle, auch ausserhalb der Schweiz. Wir wissen, dass der FC nicht eine solche Strahlkraft hat und ist auch nicht so erfolgreich. Also ist dies einfach unser Sportklub, den man nach aussen kennt. Deshalb soll man dieses Geld auch sprechen und möchte ich die CVP fragen, wenn Ihr sagt, Ihr wisst nicht so genau, wofür dieses Geld ist, habt Ihr die Leute des EHCO eingeladen und sie gefragt, wofür diese Einrichtungen sind? Dass Ihr diesen Rückweisungsantrag stellen, ja, wir haben es eben nicht verstanden, was eine Einrichtung ist. Dann hättet Ihr ja fragen können. Jedenfalls verstehen wir diesen Antrag nicht, und wir finden, dass man dem Eissport auch die Möglichkeit geben sollte, sich zu entwickeln. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag so, wie er vom Stadtrat vorliegt.

Beatrice Schaffner: Ich möchte gerne antworten. Wir haben Antonia Hagmann von der SPOAG eingeladen. Sie hat dies etwas erklärt, einfach nicht im Detail. Auf die Banden ist sie im Detail eingegangen, auf die Kältezentrale. Da kann ich mir selber ein Bild machen und der

Rest eigentlich nicht. Was uns natürlich extrem irritiert, dass die Anlage, der Anhang, der hier erwähnt ist, gefehlt hat. Das hat uns auch ein wenig ein «Geschmäckchen» gegeben. Aber wir haben sie eingeladen. Wir haben der SPOAG die Möglichkeit gegeben, Stellung dazu zu nehmen und unsere Fragen zu beantworten. Aber sie konnten sie nicht befriedigend beantworten.

Matthias Borner: Ihr wollt ernsthaft sagen, dass Ihr jemanden von der SPOAG eingeladen habt, und sie hatten keine Ahnung, wofür dieses Geld gesprochen werden soll.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich möchte gerne zu den weiteren Fraktionssprechern kommen.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Um es vorweg zu nehmen, auch wir hatten jemanden von der SPOAG bei uns. Deny Sonderegger ist gekommen und hat uns dies sehr gut erklärt und auch sehr gut dargestellt, wofür diese Ausgaben wären, die sie sich gewünscht hätten, auch wofür die 4 Millionen gewesen wären. Es ist natürlich so, dass auch viel davon in die Infrastruktur gegangen wäre und es sicher die eine oder andere Verbesserung für den öffentlichen Eislauf und für die Zuschauertribüne etc. etc. gegeben hätte. Man kann aber nicht von der Hand weisen, dass wir in Olten in den letzten paar Jahren, jedenfalls seit die Alpiq-Millionen weggefallen sind, immer wieder gesagt haben, wir müssen alle sparen, alle Vereine müssen sparen, dass man ganze Institutionen schliessen wollte und nur unter dem Druck der Öffentlichkeit aufrechterhalten konnte und dann zurückgekrebt ist, während dem man bei der Sportpark AG relativ wenig gespart hat. Man hat ihnen zuerst einmal das 12-Millionen-Stadion hingestellt, als sie es nicht selber finanzieren konnten, sondern es die Stadt finanziert hat, und nachher immer wieder, auch bei den Betriebsbeiträgen, nicht wirklich gekürzt. Man ist auf Fr. 700'000.— heruntergegangen. Es ist immer noch einer der grössten Betriebsbeiträge, die in der Stadt gesprochen werden. Weder ein Stadttheater noch ein Kunstmuseum erhält so viel Geld. Dementsprechend kann man sagen, dass es der Sportpark AG eigentlich relativ gut geht, was die öffentlichen Gelder angeht. Wir sind uns aber bewusst, dass Olten eine Eissportstadt ist. Wir finden aber nicht, dass Olten eine EHCO-Stadt ist. Auch wenn es, wie gesagt, für den Rest der Öffentlichkeit ein paar schöne neue Sachen gegeben hätte, ein paar hübsche Nice-to-have, wie hier von einer gewissen Ratsseite immer wieder gesagt wird, ist es schon in erster Linie so, dass der grosse Teil dieser Gelder dafür da gewesen wäre, um den EHCO glücklich zu machen, ein privater Verein, der scheinbar nicht genug Geld verdient oder nicht sauber genug wirtschaftet, dass er sich zum Beispiel selber ein Nationalliga-A-Stadion leisten kann oder sich selber die Nationalliga A leisten kann, aber sich gleichzeitig eine neue VIP-Lounge leisten kann. Es stellt sich halt für uns schon etwas die Frage, während andere sparen müssen, während an anderen Stellen Fr. 10'000.— gestrichen werden, während noch gefordert werden, dass man hier Fr. 5'000.— und dort Fr. 10'000.— streicht, kann die Sportpark AG für uns einfach so aus dem Blauen herauskommen, denn wir haben dies nicht sehen kommen, und schnell einmal 4 Millionen fordern. Dann ist man stolz darauf, dass es nur noch 1,4 Millionen sind, während sonst überall belangt wird, dass Fr. 10'000.— für Öffentlichkeitsarbeit einfach zu viel Geld ist, wie wir gestern gehört haben. Das ist einfach schon etwas störend. Wir wollen, dass Olten eine Eissportstadt bleibt, und wir stehen zu diesem Eisstadion. Deswegen werden wir auch für die Fr. 700'000.—, wie die GPK gesagt hat, stimmen. Aber bei allen anderen Sachen muss man sich schon fragen. Für uns ist klar, dass es in naher Zukunft eine Kälteanlage braucht. Sie ist vorbei. Man muss sie ersetzen. Das sind auch werterhaltende Ausgaben, wenn es der Stadt gehören würde. Die AG gehört nur zu 93 oder 90 % der Stadt. Aber das ist ein klassischer Fall, bei dem die Stadt einspringen soll und auch wird. Gleichzeitig muss man sagen, eine so riesige Vorlage zu machen, ist einfach etwas störend und dies einen Tag vor oder heute sogar schon beim Budget. Dementsprechend kann Olten jetzt! der Vorlage einfach nicht mit gutem Gewissen zustimmen.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Ich möchte mit Vorbemerkungen anfangen, weil ich offensichtlich der Vertreter einer grossbürgerlichen Rotte, die eine VIP-Tribüne und Ähnliches will. Ich

wurde als Fraktionssprecher gewählt, weil ich praktisch nie im Eisstadion bin. Ich war noch nie auf dieser VIP-Tribüne und weiss nicht, wann ich das letzte Mal an einem Eishockeymatch war. Wahrscheinlich bin ich gewählt worden, weil ich vielleicht ein wenig von Finanzen verstehe und ein gewisses Geschichtsbewusstsein habe. Ich glaube, man müsste schon sagen, dass diese Vorlage für uns emotionslos ist. Bei Ruedi Moor habe ich etwas gespürt, jetzt können wir diesen freisinnigen Sparbüffeln einmal «um den Gring hauen», und wenn wir hier ablehnen, werden sie geknickt hinausgehen. Das werden wir nicht tun. Aber Ihr könnt gleichwohl ablehnen. Es geht jedoch nicht darum. Ich habe nachgeschaut. Es gibt eine fünfzehnjährige Leidensgeschichte. Im September 2004 wurde gesagt, die damalige KEKO, Kunsteisbahngenossenschaft Kleinholz Olten, kann den Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, hat einen ungenügenden Cashflow, kann die Investition nicht finanzieren. Sie muss in den Konkurs gehen. Das Gemeindeparlament hat dort in einer Notfallübung mit einer langen, langen Debatte einen Kredit gesprochen. Viele Freisinnige waren dagegen. Im September 2005 hat man dann gesagt: «Die Oltner Eissportanlagen sollen künftig nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden». Man hat dies gerundet. Drei Jahre später ist herausgekommen «Aufgrund eines aus verschiedenen Gründen nicht realisierbaren Businessplanes der Sportpark AG Olten kann es zu einem Liquiditätsengpass». Man war wieder am genau gleichen Ort. Entweder musste man einfach den Stecker ziehen oder Geld nachschliessen. Dann ist im Mai die Vorlage gekommen. Der Stadtrat hat beantragt, man solle mit einer Volksabstimmung einen Kredit von 12,1 Millionen sprechen. Dort hat er auch den Satz gesagt, und dieser war sicher sehr unglücklich; der Betrieb der Eissportanlage sei damit für die nächsten 15 bis 20 Jahre gesichert. Dann hat man gesehen, dass auch dies wieder nicht gestimmt hat. Stadtrat Thomas Marbet, Vizepräsident des Verwaltungsrates, und Iris Schelbert, die dies vertritt, können etwas dazu sagen. Es genügt einfach nicht. Ich glaube, man muss einfach ehrlich sein. Entweder gibt man als Stadt, wenn man 93 % der Anlage hat, dieser Organisation genug Geld, damit sie einen Cashflow erarbeiten kann, um zu amortisieren. Wenn sie dies nicht kann, nimmt man dies in die Stadt zurück. Es hat gar keinen Sinn, dies zu machen. Ich verstehe jeden Verwaltungsrat, der sagt, ich trete aus. Sonst haftet er persönlich. In dieser Anlage sind rund 6 Millionen Fremdmittel. Sobald man sie nicht mehr bedienen kann, ist der nächste Konkurs da. Ich glaube, das ist einfach etwas, das wir bedenken müssen. Es geht nicht darum, und das ist jetzt das Finanzielle. Wir müssen entscheiden, wollen wir dort oben eine Eissportanlage, die in dieser Konstruktion ihre Kosten langfristig decken kann? Wenn wir dies nicht wollen, müssen wir radikal redimensionieren. Dann sind aber wahrscheinlich die Investitionen, die wir bisher getätigt haben, nicht ganz so ideal. Oder man muss andere Lösungen finden. Man übernimmt das Risiko und sagt, okay, die Sportpark AG muss ihre Schulden nicht amortisieren. Das geht zu Lasten der Stadt. Sie muss diese Investitionen nicht machen. Das soll die Stadt zahlen. Das kann man auch. Aber ich glaube, man muss einfach entscheiden. Für mich geht es nicht um Eishockeyclub oder nicht, sondern es geht letztlich darum, was macht die Stadt, die das Klumpenrisiko dort oben hat, 93 % dieser Anlage? Was macht sie damit? Wenn diese Anlage falliert, fällt sie auf die Stadt zurück. Wahrscheinlich kommt man dann mit dem Rückbau des Geländes, und der Wert von dem, was man für dieses Land noch lösen kann, gerade etwa das, was der Rückbau ist. Unsere Forderung wäre, und das ist eigentlich das, was sich über Jahre, 15 Jahre durchgezogen hat, sie sollen doch ehrlich sein. Entweder wollen wir eine solche Halle mit allen Konsequenzen, und dann müssen wir ihnen genügend Geld geben. Ob dies jetzt hundertprozentig der Stadt oder der Sportpark gehört, ist im Prinzip nebensächlich. Oder wir finden, nein, es ist zu teuer. Wir wollen es nicht. Dann soll man sich hinstellen und sagen, okay. Aber dann ziehen wir den Stecker, weil alles, was wir jetzt hier hineinwerfen, kostet einfach zu viel. Diesen Entscheid muss man fällen. Der Stadtrat hat einen Vorschlag gemacht. Ich nehme an, Iris Schelbert und vielleicht auch Thomas Marbet macht noch die Begründungen des Verwaltungsrates. Ich habe von den Verwaltungsratsmitgliedern, die ich befragt habe, gehört, die bei uns in der Fraktion sind, heute genüge der Cashflow nicht, um diese Verpflichtungen einzuhalten. Wir sind offensichtlich wieder in einer ähnlichen Situation wie vor 15 Jahren. In der Fraktion haben wir gesagt, wir werden diesem Antrag zustimmen. Wir können auch mit einem tieferen Investitionsbudgetbeitrag stimmen. Aber letztlich ist die

Grundfrage hier schon, wie viel braucht man, dass man dort oben fahren kann? Sonst machen wir ständig «Pflästerlipolitik».

Michael Neuenschwander: Als die Grüne Fraktion die Vorlage gesehen haben, hatten wir schon einmal nicht so Freude, weil wir bald einmal gesehen haben, dass hier eigentlich zwei Vorlagen in einer sind. Es wird ja auch im Beschlussesantrag unten, Ziffer 2, ersichtlich. «Wird gleichzeitig in einer separaten Abstimmung freiwillig dem obligatorischen Referendum unterstellt». Es wäre eigentlich auch hier schon rein sachlich die Meinung gewesen, dass man zwei Vorlagen daraus macht. Das ist einmal das Erste, das uns nicht so gefreut hat. Das Zweite, das uns nicht gefreut hat, ist, dass man bei der SPOAG jetzt Investitionen bewilligen sollte, die man vor einem Jahr im Finanzplan noch auf keine Art und Weise gesehen haben. Das haben wir hier auch schon erwähnt. Es ist gestern schon einmal gefallen. Das ist nicht sauber. Wir haben andere Investitionen, die wir vor uns herschieben, wo wir um Finanzierung dafür kämpfen, die bis jetzt nicht durchgekommen sind, wo wir nicht wissen, ob sie jemals durchkommen werden. Uns jetzt hier quasi Knall auf Fall eine Investitionsvorlage von 1,4 Millionen vorzulegen, hat uns schon einmal nicht so gefreut. Vor allem hat uns dann auch nicht gefreut, als wir gesehen haben, dass in der Vorlage selber keine Details enthalten sind. Wir haben keine Pläne. Wir hatten überhaupt nichts. Es ist jetzt noch etwas nachgeliefert worden. Man konnte klicken. Per Link konnten wir uns noch einige Informationen holen. Aber es wäre eigentlich die Meinung gewesen, dass uns dies von Anfang an so vorgelegt wird. Ich verweise hier auf die gestrige Vorlage bezüglich Aareufer beim Pontonierhaus. Das ist ein grosser Unterschied, wenn man diese zwei anschaut, auch wenn man die Holzbrücke anschaut. Es geht hier auch nicht um die Holzbrücke. Die Eishalle ist in diesem Jahr nicht abgebrannt, so dass man eine Notfallübung machen müsste, sondern man hätte dies für uns längerfristig vorbereiten können. Gleichzeitig möchten wir eigentlich auch, dass wir bei der neuen Leistungsvereinbarung auch eine Einsicht erhalten, obwohl wir sie nachher einfach nur über das Budget genehmigen können. Wir sind dort auch für Kürzung auf die Fr. 700'000.—. Sie ist sachlich gerechtfertigt. Curling fällt weg, und die Trendsporthalle fällt auch weg. Es hat auch klar weniger Aufwendungen. Mit Fr. 700'000.— sind unsere Beiträge immer noch sehr, sehr stattlich. Jetzt geht es uns aber tatsächlich noch um etwas Anderes. Urs Knapp hat vorhin so etwas angetönt, dass wir den Sparfüchsen einmal eins auswischen wollen. Es geht uns aber nicht um das Auswischen. Es geht uns darum, dass wir bei einer Vorlage wie derjenigen der SPOAG, von der Seite, wo es jetzt wichtig ist, diese Investitionen zu tätigen und die Betriebsbeiträge für die SPOAG zu sprechen, auch einen Willen sehen für die Gegenfinanzierung in näherer Zukunft in dieser Stadt. Das heisst, für uns ist es irgendwo tatsächlich ein wenig ein Pfand. Wir sind auf keine Art und Weise Eishockeygegner. Im Gegenteil, die Einen oder Anderen von uns trifft man auch gelegentlich dort oben an einem Match an. Es gibt die Einen oder Anderen, die es auch für den Eisläufer brauchen. Es geht uns überhaupt nicht darum. Wir sehen auch die Zentrumsfunktion der Stadt, wir sehen auch das Aushängeschild. Das ist alles klar. Was wir aber möchten, sind erstens zwei getrennte Vorlagen, was die Leistungsvereinbarung ist, was die Investitionen sind, damit wir sie hier separat beschliessen können. Wir möchten einen kleinen Einfluss auf die Leistungsvereinbarung nehmen, zum Beispiel bezüglich Mehrweggeschirrverwendung in Zukunft. Was dort in Sachen Müllgenerierung in der Saison jede Woche abgeht, ist für uns eigentlich inakzeptabel und würde eigentlich schon lange hineingehören. Das möchten wir in der nächsten Vorlage sehen. Deshalb stellen wir den Antrag auf Rückweisung dieses Geschäfts und hoffen, dass wir hier bald einmal zwei separate Vorlagen haben, über die wir beraten und beschliessen können. Wir möchten vorher auch irgendeinen Willen von der Seite, der es wichtig ist, was im Eissport im Kleinholz abgeht, sehen, dass die Stadt dies in nächster Zeit auch finanziell stemmen mag.

Stadträtin Iris Schelbert: Danke für die Rückmeldungen. Zwei Vorbemerkungen: Der Link zur Beilage, der im Internet ausgeschaltet war, ist bei der redaktionellen Bearbeitung des Berichts und Antrags herausgefallen. Er hätte drin sein müssen. Das muss ich sagen. Es ist aber erst am letzten Freitag jemandem aufgefallen, dass er fehlt. Dann haben wir ihn Euch so rasch als möglich nachgeliefert. Das tut mir leid. Das Zweite, das ich sagen möchte: Es ist keine EHCO-Vorlage. Das ist es nicht. Es ist eine Eissportvorlage, eine Wintersportvorlage.

Ich möchte dies einfach ganz klar sagen. Wir schieben nicht einem Verein alles in den Rachen. Es geht um den Eislauf und zwar in seiner ganzen Breite mit den Eissportvereinen, mit dem öffentlichen Eislauf, mit den Schulen, die dorthin Schlittschuhlaufen gehen. Es ist wirklich eine Eissportvorlage. Man wusste schon 2010 gewusst, dass es eine zweite Etappe gibt. Man wusste schon damals, dass man nicht alles machen kann. Man hat gesagt, wir machen eine zweite Etappe, wenn die Kältezentrale nicht mehr funktioniert. Man hat wirklich auch dort schon geschaut und gesagt, wir wollen sie nicht herausreissen, wenn sie noch funktioniert. Vielleicht funktioniert sie noch zehn Jahre. Sie und die Bandenanlage haben eigentlich den Zeitpunkt jetzt bestimmt. Das mag jetzt vielen etwas schräg hereinkommen, warum dies nicht im Finanz- und Investitionsplan war. Ja, weil halt die Sportpark AG wirklich gewartet hat, bis es ihnen unter dem Hintern brennt. Wenn die elastischen Banden, welche die Belastungen eher auffangen, nicht gemacht werden, spielt der EHC in der nächsten Saison in Olten nicht. Das ist jetzt nicht einfach, weil ein Verein dort unbedingt spielen will. Es geht auch um die Zuschauerinnen und Zuschauer. Matthias hat eigentlich alles dazu gesagt. Ich glaube, ich war an zwei Matches. Aber das ist ja egal. Ich bin jetzt für den Sport zuständig. Wenn wir der EHCO dort oben nicht mehr spielen darf, weil halt die Vorschriften so sind, stehen tausende von Personen da und denken okay, das war es. So ganz überraschend kommt ja das Ganze nicht. Zudem wird die Leistungsvereinbarung am 21. Mai 2019 auslaufen. Dann wird die Saison zu Ende sein. Finito. Eigentlich sollte man dann die nächste Saison vorbereiten können. Dann wird auch der richtige Zeitpunkt, um die Betriebsbeiträge und Vereinssubventionen wieder vorzulegen. Wenn Ihr jetzt Fr. 750'000.— sagt, Fr. 700'000.—, einfach für die SPOAG, ist dies wieder nicht ganz korrekt, weil Fr. 310'000.— von diesem Betrag an die Eissportvereine gehen. Sie werden ihnen nicht ausbezahlt. Das sind Akonto-Zahlungen, damit sie das Eis mieten können, weil es – Urs Knapp hat es gesagt – vor x Jahren bei der KEKO halt schiefgelaufen ist, und die KEKO ist Konkurs gegangen, weil die Eissportvereine dieses Geld – ich weiss es auch nicht – nicht ganz richtig oder nicht für das, wofür sie es eigentlich brauchen, verwendet haben. Vielleicht haben sie einen Vereinsausflug mehr gemacht. Keine Ahnung. Es hat nicht mehr funktioniert. Dann hat man gesagt, man wolle nicht mehr hineinlaufen. Wir teilen es so auf. Die Fr 310'000.— sind Vereinssubventionen, und die Fr. 440'000.—, oder wenn es gekürzt wird, wie der GPK-Antrag ist, auf Fr. 700'000.— gibt es dort halt nur Fr. 390'000.—. Aber, und das habe ich auch gesagt, man sieht, sie hatten die Rechnung 2016/2017 minus Fr. 88'000.— im Budget 2017/2018 rechnen sie mit Fr. 22'500.—, Defizitrechnung 2017/2018 voraussichtlich – das ist bis jetzt geschätzt – Fr. 14'500.— minus Budget 2018/2019. Da sind wir bei Fr. 133'000.— minus im Finanzplan der SPOAG. Einfach für diejenigen, die meinen, man fördere eine Sportart unwahrscheinlich stark, möchte ich sagen, dass die Badi bei fünf Monaten Öffnungszeit Fr. 500'000.— Betriebsdefizit macht. Wir haben ein Hallenbad, das nicht kostendeckend arbeitet. Hier sind sich Kultur, Sport und Freizeit alle sehr ähnlich. Das rechnet sich nie. Aber das wollen wir, und das brauchen wir, weil wir eine gute Stadt sind und gesund bleiben wollen. Da meine ich durchaus alle drei Bereiche. Kultur, Sport und Freizeit, und ich möchte nicht, dass man dies hier gegeneinander ausspielt. Mein Herz schlägt auch für die Kultur und das Stadttheater. Aber wir können dies nicht gegeneinander ausspielen und sagen, jetzt kommen sie und überhaupt. Der Stadtrat hat eigentlich seinen Auftrag schon wahrgenommen, und wir haben bei den 1,4 Millionen Franken haben wir alles drin gelassen, was für die Sicherheit des Eissports massgebend ist, auch für das Publikum. Bei der Kältezentrale ist es ja selbstredend. Ohne Eis kein Eissport. Aber auch die notwendigen Einrichtungen und die baulichen Sanierungen wollten wir drin lassen, weil sie ihre Eishalle wieder auf Vordermann bringen können sollen. Nein, wir haben keine Pläne von Holzbänken drin, die durch Holzbänke erneuert werden. Ihr habt keine Offerte der Kältezentrale. Das sind tatsächlich operative Sachen. Ich meine, wir haben unsere Aufgabe wahrgenommen. Heinz Eng hat gesagt, ja, wenn wir halt nur Fr. 700'000.— bekommen, das heisst Fr. 390'000.— Betriebsbeitrag und Fr. 310'000.— für die Eissportvereine, müssen wir schauen, dass es irgendwie geht. Aber bei den Investitionen haben wir wirklich die Curlinghalle herausgenommen, obwohl dies eine so sympathische Sache gewesen wäre. Man hätte dort eine Garderobe gehabt, man hätte ein Restaurant gehabt, man hätte WC-Anlagen gehabt. Die Mütter mit Kindern hätten auf den Schlittschuhen nicht Treppe hinauf und hinunter balancieren müssen. Deshalb ist zum Beispiel auch ein Bodenbelag drin. Dass

man dort einen Bodenbelag hat, über den man mit den Schlittschuhen laufen kann, und die Kinder und Erwachsenen nicht auf dem Beton umhergehen müssen. Das hat halt etwas Nachfolgen. Das mussten wir wirklich aufgeben. Es wäre zu teuer gewesen, auch wenn es etwas ganz Tolles gewesen wäre. Die Beleuchtung für Fr. 426'000.—, die Erhöhung von 650 auf 1'000 Lux wegen eines Fernsehers, da haben wir nein gesagt. Das ist jetzt einfach auch zu teuer. Da können wir auch noch warten. Die Sicherheit der Banden ist wichtiger. Zur Rückweisung: Ihr sagt alle so locker vom Hocker, und dann werden sie es im Dezember wieder bringen. Das heisst, wenn ich es im Dezember bringen muss, haben wir genau bis nächsten Donnerstagmorgen um 9 Uhr Zeit, die Vorlage zu schreiben, und dann müsst Ihr mir noch mitgeben, was Ihr wissen wollt. Sie muss am 3. Dezember im Stadtrat sein, weil sie am 11. Dezember schon in der GPK sein muss. Ich kann Euch nicht versprechen, dass es auf Dezember reicht. Sonst wird es im Januar kommen. Dann ist aber der Abstimmungstermin vom 10. Februar schon einmal vorbei. Ich muss Markus Dietler fragen, ob es auf die März-Abstimmung reicht. Eher nicht. Das ist, was ich Euch zur Rückweisung sagen kann. Merci vielmals.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: Ich habe ja angekündigt, dass ich zur Rückweisung noch etwas sagen werde, und ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch ein paar Sachen präzisieren. Ich sage es noch einmal. Die Fraktion SP/Junge SP unterstützt ausdrücklich einen Eissportbetrieb und einen EHC für alle, aber nicht nur für eine Elite. Sie ist dezidiert dagegen, dass auf von der Öffentlichkeit finanzierten Anlagen VIP-Anlässe oder Geschäftsapéros vor dem Breitensport und den Ansprüchen der Allgemeinheit Vorrang haben. Es hat einfach noch einen anderen Aspekt. Es geht nicht darum, irgendjemandem einen auszuwischen. Es gibt aber eine Volksabstimmung. Wenn wir diese Volksabstimmung gewinnen wollen, müssen wir selber auch überzeugt sein, dass es wirklich etwas Gutes ist. So, wie die Vorlage jetzt war, kann man nicht überzeugt und mit voller Begeisterung dafür werben, dass man hier ja stimmen soll. Es geht auch um eine Risikominimierung bei der Volksabstimmung. Was erwarten wir von der Rückweisung? Ich habe es schon gesagt. Die grosse Mehrheit der Fraktion wird die Rückweisung unterstützen. Wir erwarten erstens eine ganz klare Aussage, dass alle gesprochenen Mittel primär der Allgemeinheit zu Gute kommen und nicht irgendwie für seltsame Zwecke verwendet werden. Die Beiträge, die diesem Anspruch nicht genügen, sollen aus dem Antrag entfernt werden. Ganz klar, was der Allgemeinheit dient. Der Antrag war so einfach nicht fertig, wegen des Anhangs, der gefehlt hat. Es hat auch Informationen, die nicht gut sind. Auf eine komme ich zum Beispiel noch. Wir erwarten einen aktualisierten Antrag mit einer eindeutig referenzierten Übersicht über die aktuelle Situation der SPOAG. Iris, Du hast vorhin wieder etwas gesagt, dass sie offenbar Liquiditätsprobleme haben. Das liest man nirgends. Aber da sollte man einfach genügend Argumente haben, um später auch in der Volksabstimmung begründen zu können. Das hat man heute nicht. Auch klar sein sollten die Eigentümerverhältnisse sein. Wir haben zwar nachgeliefert erhalten, welche Gemeinden wie beteiligt sind und wie viel sie zahlen. Aber das fehlt in der Vorlage. Ich glaube, das ist schon eine wichtige Information, vor allem auch, wenn man dies in der Volksabstimmung begründen will. Dann möchten wir einen Ausblick aus Sicht der SPOAG haben, was in den nächsten fünf Jahren noch zu erwarten ist. Das ist schon ein paar Mal angesprochen worden. Es ist sicher nicht das letzte Mal. Dafür hat man auch ein gewisses Verständnis. Aber um Sicherheit zu haben, sollte man wissen, was in den nächsten fünf Jahren noch auf uns zukommen wird. Ein Aspekt, der bei uns auch besonders zu reden gab, den ich noch erwähnen möchte, ist, dass die neuen Banden offenbar vorgeschrieben sind, ist klar. Was aber nicht ganz klar ist, auf diesen Banden macht man ja Werbung. Daraus gibt es Werbeeinnahmen. Ist es wirklich die einzige Möglichkeit, dass die SPOAG und wir zwar die Banden zahlen, dass die Werbeeinnahmen aber zum EHC gehen? Das wäre einfach etwas, das man eventuell noch begründen müsste. Vielleicht gibt es ja einen Grund, den wir nicht kennen und nicht durchschauen. Aber das ist sicher, wo man noch argumentieren müsste. Noch ganz am Schluss: Ich möchte schon noch bestätigen, dass wir Viktor Müller an die Fraktionssitzung eingeladen und intensiv mit ihm diskutiert haben.

Simone Sager, FDP-Fraktion: Ich verstehe die Begründungen für den Rückweisungsantrag nicht ganz. Du hast schon beim ersten Votum irgendwie von der VIP-Tribüne gesprochen,

die finanziert worden sei. Diese hat ja der EHC Olten finanziert. In diesem Votum hast Du gesagt, es dürfen nur Gelder gesprochen werden, die auch für die Öffentlichkeit zugänglich seien und nicht nur für VIP-Anlässe oder Privatanlässe. Wenn ich jetzt diese Projektteile, die der Stadtrat uns vorlegt, durchgehe, sehe ich eigentlich nichts ausser den ersten beiden Punkten, wo ich sagen muss, das ist Stadionbau, das VIP-mässig ist. Das ist für klein bis gross, alt, jung, reich, arm. Diese Frage ist beantwortet. Nach meinem Wissen – Ihr müsst mich korrigieren – erhält die Sportpark AG vom EHC gewisse Einnahmen, was sie an Sponsorengelder einnehmen. Diese Frage kann man in diesem Sinne auch beantworten. Was in den nächsten fünf Jahren kommen könnte, hatte die Sportpark AG dem Stadtrat mit den rund 4,5 oder 5 Millionen vorgelegt. Es müssen sich alle hier bewusst sein, dass sie, wenn wir dem jetzt zustimmen, früher oder später wieder kommen werden. Dann heisst es vielleicht, die Curlinghalle rupfen wir ab oder müssen sie sanieren. Was mir im Allgemeinen ein wenig verkehrt heraufkommt, ist, dass man der Sportpark AG den Vorwurf macht, was sie alles verlangt oder von der Stadt möchten, sie sich aber hingesezt und gesagt haben, okay, jetzt ist diese Kältezentrale fällig, jetzt ist diese Bande fällig. Was kommt noch? Wir spielen mit offenen Karten. Dass die Curlinghalle auch dazu kommt, wusste man 2010 nicht. Damals hat die Curlinghalle noch der Curlinghalle gehört, und das Baurecht ist abgelaufen. Jetzt hat die Curlinghalle, salopp gesagt, gesagt, wir wollen sie nicht mehr, und die Sportpark AG musste sie übernehmen. Wenn man die Kosten, die man hier hat, die 1,4 Millionen auseinandernimmt, muss man eigentlich sagen, dass die ersten beiden Positionen von knapp einer Million gegeben sind. Dann sprechen wir noch von Fr. 300'000.—, welche die Sportpark AG mehr möchte. Alles andere wie, wir wollen genau wissen, wohin das Geld geht, wir haben die Auskunft nicht erhalten, wofür Einrichtungen da sind etc., finde ich nicht richtig, dass man jetzt versucht, dies einfach abzuschmettern, wenn man eine Vorlage im Stadtrat hatte. Man weiss, worüber man in fünf, sechs Jahren noch einmal abstimmen muss. Man sieht, was man wo investieren will. Ich weiss nicht, ob Ihr noch wissen möchtet, wie die Farbe der Banden ist, wie dick sie ist oder welche Marke die Kältezentrale ist. Ich weiss nicht, was man hier noch alles darlegen möchte. Noch einmal: Die Curlinghalle war vor acht Jahren kein Thema. Die Sportpark AG hat probiert, mit der Curlinghalle für die Sanierung eine Zusammenarbeit zu finden. Die Curlinghalle ist nicht eingestiegen. Als das Baurecht abgelaufen war, hat man es abgegeben, und für sie war es erledigt. Darum werde ich aus diesem Grund sicher nicht für die Rückweisung stimmen. Ich muss sagen, bei der Sache, wie sie hier vorliegt, ist klar, wofür die Gelder verwendet werden.

Beat Felber: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist gegen eine Rückweisung. Ich möchte aber kurz ausholen weshalb. Wir sind leicht irritiert. Es gibt Leute in diesem Saal, die ständig nur vom Sparen reden, die bei fast jeder Sachvorlage und jedem Geschäft gerechtfertigt oder ungerechtfertigt Missstände dankbar aufnehmen und mit schweren Geschützen auffahren. Man fordert Stadträte direkt und frontal zum Rücktritt auf und diffamiert aktuell öffentlich den ganzen Stadtrat. Erstaunlich. Die gleichen Leute nehmen sich bei dieser Vorlage vornehm zurück. Man könnte ja schon fast davon ausgehen, dass man diesem Geschäft sorgenfrei und ohne Einwände zustimmen kann. Wenn man aber die Unterlagen, die wir alle hatten, und die ich selber im Detail studiert habe, sorgfältig durchliest, bekommt man ganz automatisch einen anderen Eindruck. Warum? Ich möchte zwei Beispiele nennen. Im Antrag des Stadtrates steht schwarz auf weiss, dass der 2010 von der Bevölkerung gutgeheissene Investitions- und Betriebskostenbeitrag die Anlage – ich zitiere sinngemäss – für die nächsten 25 bis 30 Jahre fit halten soll, mit Ausnahme der Kälteanlage. Jetzt, acht Jahre später, stellt die SPOAG, nicht der EHCO, in ihrem Originalantrag, den alle hatten, weitere Forderungen von rund 3,5 Millionen, wieder ohne Kältezentrale. Begründung: Ziel dieser Investition – wie kann es anders sein – die Anlage für die nächsten 25 bis 30 Jahre fit zu halten. Interessanterweise benennt die SPOAG die Stadtbeiträge, die man 2010 mit 12,1 Millionen gutgeheissen hat, plötzlich als Phase 1 und die anstehenden Beiträge als Phase 2. Zwei von zwei, zwei von vier, man weiss es nicht. Das zweite Beispiel: Auch bei den Subventionsbeiträgen wird gemauschelt. Der Stadtrat weist frankengenau aus, welcher Verein wie viele Subventionen erhält. Die erste Mannschaft des EHCO bekommt zum Beispiel Subventionen für die Eismiete von 40'000 «Högern». Liest man aber zwischen den Zeilen, fällt einem auf, dass bei der Mannschaftspauschale zusätzlich Fr. 7'150.—

Subventionen jährlich wiederkehrend budgetiert sind. Davon steht nichts, und das kann jeder lesen. Noch unverständlicher ist die Tatsache, dass Fr. 15'000.— Subventionen für die unterdessen brachliegende Minigolfanlage nicht gestrichen wurden. Nein, gemäss stadträtlichem Beschluss werden diese sang- und klanglos – ich zitiere – an die verbleibenden Institutionen verteilt, jährlich wiederkehrend. Das erinnert mich nicht an das Christkind. Das erinnert mich an einen Selbstbedienungsladen. Wenn ich die gleichen Leute, die gestern bei einem Beitrag von 10'000 «Fränkli» für die Holzbrücke einen Antrag auf Streichung gestellt haben und heute den Unmut über die geforderten Millionenbeträge nicht verstehen können, frage ich mich ernsthaft, welche Interessen verfolgt werden. Wir sind nicht gegen Eissport und auch nicht gegen die Eissporthalle. Wir sind aber gegen «Häfeli-Deckeli»-Mentalität. Deswegen möchten wir beliebt machen, den Rückweisungsantrag abzulehnen und dafür dem Änderungsantrag unserer Fraktion zuzustimmen, die Fr. 700'000.— und Fr. 200'000.— für die Banden wirklich zu sprechen, damit die Eissporthalle, weil wir dies auch sehen, mittelfristig in Betrieb bleiben kann. Danke vielmals.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich kann mich jetzt hier outen - es wurde ja auch gesagt – dass ich Vizepräsident des Verwaltungsrates der Sportpark Olten AG bin und im letzten Geschäftsjahre, das immer von Mitte Jahr bis Mitte Jahr dauert, während eines Jahres auch ad interim die Führung und Leitung innehatte. Vielleicht noch einmal zur Erinnerung: Der Souverän hat tatsächlich sehr viel Geld für die Investitionen und Erneuerung der Anlage gesprochen. Das waren 2012 12,1 Millionen Franken. Vergleichsweise ist die Stadt Olten mit dieser Investition eigentlich günstig von der Kilbi gekommen, wenn man anschaut, was eine entsprechende Anlage in Winterthur gekostet hat. Dort waren es 24 Millionen. In Langnau und Visp war es das Doppelte bzw. Dreifache. Der Steuerzahler, der Souverän hat mit diesen 12 Millionen sehr viel Gegenwert erhalten, nämlich eine Anlage, die mehr Kapazität und Zuschauerplätze als die eben vorgängig erwähnten hat. Man muss dazu auch sagen, dass dies nicht gereicht hat. Die Sportpark AG wollte der Stadt Olten nicht eine Bauruine hinterlassen, sondern konnte und musste 5,5 Millionen Franken private Darlehen aufnehmen, um diesen Bau, die erste Etappe fertigzustellen. Das ist nachher genau das Problem. Sie erhalten zwar Geld und erhalten es günstig. Die Verzinsung ist hier auch nicht das Problem. Wir sind ja fast beim Null- oder Negativzins. Sondern die Amortisation der Darlehen und die 5,5 Millionen Franken Darlehen müssen pro Jahr mit Fr. 90'000.— amortisiert werden. Dazu kommt natürlich, dass es Einnahmehausfälle gegeben hat. Michael, das Curling hat natürlich Fr. 35'000.— Erträge in die Kasse des Eissports gebracht, und auch die Sommernutzung der Trendsportanlage hat Fr. 15'000.— Erträge eingespielt. Diese Fr. 50'000.— sind jetzt weg. Wenn man es eigentlich so rechnet, müsste der Antrag der Sportpark Olten AG auf Betriebsbeiträge und Eissportsubventionen bei Fr. 840'000.— liegen. Das traute man sich nicht. Auch wir waren uns im Verwaltungsrat bewusst, in welcher Situation die Eignerin, die Stadt Olten, ist. Man hat dann gesagt, okay, man muss die Fr. 50'000.— stemmen, geht auf Fr. 790'000.— hinunter. Das war der ursprüngliche Antrag. Die Stadt hat es anders gesehen. Der Stadtrat hat es dann auf Fr. 750'000.— reduziert, und jetzt sind ja, wie erwähnt, Fr. 700'000.— auf dem Tapet. Ich möchte auch noch erwähnen, was meine Kollegin gesagt hat. Es ist tatsächlich so, und ich mache jetzt diesen Vergleich schon auch. Die Badi und das Hallenbad haben ein Betriebsdefizit von Fr. 550'000.— pro Jahr, ohne dass sich jemand Jahr für Jahr aufregt. Hier reden wir über das Betriebsdefizit. Die Beiträge an die Sportpark Olten AG umfassen auch die Amortisationen und Abschreibungen der Anlagen, während dem wir bei der Badi und beim Hallenbad nur über Betriebsbeiträge reden. Jetzt wird das Betonbassin chromstahlverkleidet. Die 1,7 Millionen Franken, die wir hier letztes Jahr gesprochen haben, sind natürlich in diesen Betriebsdefiziten gar nicht enthalten. Bei den Betriebsbeiträgen an die Sportpark AG ist natürlich die Amortisation auf die Investitionen und Abschreibung inkludiert. Das ist eine ganz andere Ausgangslage. Ich möchte auch noch erwähnen, dass die Aussengemeinden selbstverständlich auch einen Beitrag leisten. Sie zahlen Fr. 42'600.— pro Jahr an diesen Betrieb. Wir möchten auch versuchen, dies zu steigern. Im Moment ist es nicht so einfach. Es gibt auch eine Nachbargemeinde, die dies schon überprüft hat und sich sogar überlegt hat, wie sie dies einsparen kann. Immerhin bekommen die Kinder der Nachbargemeinden bis 16 Jahre einen Gratis Eintritt für den öffentlichen Eislauf. Zur VIP-Tribüne möchte ich noch sagen, dass der

EHC Olten auf der Nordseite das sogenannte VIP-«Stübli» und auf der Südseite das «Versicherungsstübli», das ein Versicherer bezahlt, vollständig selber finanziert hat. Wer jetzt reklamiert, dass man dort während des Spiels nicht hinaufgehen kann, muss sich einfach vergegenwärtigen, dass er es vorher ja auch nicht genützt hat. Sonst wären die zwei Gastronomen, die der EHCO vorher in Unterpacht hatten, ja nicht «verlumpet». Es ist also vorher auch nicht genützt worden. Wenn dies jetzt jemand reklamiert, dass er nicht hinaufgehen kann, er ist auch vorher nicht hinaufgegangen. Dem EHC Olten hat dies leider einen Verlust von Fr. 500'000.— in der entsprechenden Buchhaltung gebracht. Es ist auch so, dass der EHC Olten natürlich Werbeabgaben leisten muss. Für jeden Match muss er eine Pauschale von Fr. 2'500.— abdrücken. Er muss auch Werbeeinnahmen prozentual abgeben. Es sind ungefähr Fr. 60'000.— pro Jahr, und er bezahlt, wie er ja auch verkünden liess, in der Schweiz vergleichsweise eine hohe Eismiete. Die Curlinghalle war ja gewissermassen im Unterbaurecht an den Curlingclub verpachtet. Es war schon ein ganz schlechtes Ereignis, denn einerseits wurde mit dem Heimfall die Heimfallentschädigung fällig. Das waren Fr. 60'000.—. Andererseits sind die Erträge der Eismiete von Fr. 35'000.— weggefallen. Mit dem Trendsport sind es dann Fr. 50'000.—. Vor allem hat die Sportpark Olten AG und indirekt natürlich auch die Eignerin mit 93 %, die Stadt Olten, eine Anlage übernommen, die eigentlich morsch ist. Ihr könnt dort einen Finger durch die Gebäudehülle stecken, und er kommt auf der anderen Seite wieder heraus. Auch hier kann ich nicht Entwarnung geben, auch wenn man die Halle nicht saniert. Es ist nicht ausgeschlossen, dass halt auch einmal die Gebäudeversicherung die Schliessung der Halle verfügt, und dann stellt sich unmittelbar die Frage des Rückbaus und der Kosten. Ich möchte noch erwähnen, dass in diesen 1,4 Millionen Franken nicht nur die Kältezentrale inkludiert ist. Es ist zum Beispiel auch ein Mehrfachfahrzeug. Die SPOAG muss heute mit einem privaten kleinen Traktor eines Eismeisters operieren. Es ist ein Einachser, den er privat der Sportpark Olten AG als Betriebsmittel zur Verfügung stellt. Es ist schwierig zu bedienen – es hat auch schon mehrere Unfälle gegeben – und eigentlich unverantwortlich, dass ein Mitarbeiter ein privates Gerät, ein Fahrzeug mitgeben muss, damit man den Betrieb sicherstellen kann. Das Mehrfachfahrzeug dient dazu, Lasten zu tragen, damit man noch die Sommernutzungen ausbauen kann, die ja im Parlament auch immer wieder verlangt werden, damit man effizient Reinigungsarbeiten machen kann, die Kosten des Personals auch tief halten und den Schnee räumen kann. Irgendeinmal wird es ja auch wieder Niederschläge geben. Felix, die Holzbänke in der Anlage oben sind jetzt 50-jährig. Wären es Schulbänke, hätte man sie nach 25 Jahren schon ersetzt. Es sind aber Sitzbänke, nicht nur für die erste Mannschaft und Zuschauerinnen und Zuschauer. Auch der Eislaufclub trägt dort Turniere und Wettkämpfe aus, bei denen die Eltern der Kinder auf diesen Plätzen sitzen. Es ist auch so, dass die Wellenbrecher auf der Nordseite der Anlage heute nicht mehr den Sicherheitsanforderungen genügen. Sie sind eingerostet. Sie brechen durch. Sie haben eine Höhe von 100 Zentimetern. Wenn man sie ersetzt, muss man sie auf die entsprechende Höhe stellen. 1.10 Meter ist gefordert, und das ist in diesem Betrag auch inkludiert. Der Verwaltungsrat der Sportpark AG steht hinter diesem Antrag, wie ich erwähnt habe. Der Stadtrat hat ihn dann reduziert. Dort habe ich natürlich auch wieder einen anderen Hut. Das ist klar. Ich muss schon verwehren gegen Mauscheleien oder gegen einen Selbstbedienungsladen. Die Rechnung der Sportpark AG liegt vor, und der Geschäftsführer ist an der Hammerallee zu Hause. Er hatte in den letzten fünf Jahren keinen Besuch von irgendeinem Parlamentarier. Das muss ich jetzt auch sagen. Ich selber und auch meine Kollegen im Verwaltungsrat nicht einmal irgendwo angegangen worden, um eine Frage zu beantworten. Die Rechnung der Sportpark AG ist durch ein Treuhandbüro revidiert. Auch den Treuhänder kann man befragen, wenn dies nötig ist. Er hat diese Rechnungen jeweils ohne Einschränkungen testiert, aber festgestellt, dass die Abschreibungen, welche die Gesellschaft machen kann, ungenügend sind. Ich möchte einfach noch unterstreichen, was auch Urs Knapp gesagt hat. Es ist richtig. Eine Gesellschaft ist halt nicht ganz mit einer Gemeinde vergleichbar. Wir wissen zwar, dass in der Geschichte der Menschheit auch Staaten und Städte Bankrott gehen. Aber sie gehen nicht so schnell Bankrott wie eine Gesellschaft. Wenn eine Gesellschaft eine Überschuldung hat, geht sie in Liquidation, in Richtung Konkurs. Dann ist die Stadt Olten mit 93 % Aktienanteil sicher in der Verantwortung, wenn die privaten

Darlehen und das Baurecht auf die Stadt zurückfallen. Das würde ich bei diesen Überlegungen doch auch zu bedenken geben. Das war jetzt etwas lang.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Es war nicht nur lange, sondern vor allem etwas fragwürdig. Alle anderen Verwaltungsräte der Sportpark AG sind heute nicht in diesem Saal. Sie sind draussen, und sie haben es gemacht, weil es so gebieterisch ist. Natürlich, Thomas, ich weiss, Du musst nicht abstimmen. Aber dass mittendrin, während des Rückweisungsantrags, schnell ein fünfminütiger Werbesport dafür kommt, ist nicht unglaublich angenehm, und es ist auch etwas verwirrend, ob ein Stadtrat dort vorne sitzt, wo die Stadträte normalerweise sitzen, oder ein Sportpark AG-Verwaltungsratsvizepräsident. Dies einmal gesagt. Das ist vielleicht auch etwas symptomatisch für die ganze Vorlage. Vorhin hat Urs Knapp gesagt, es sei für ihn keine emotionale Vorlage. Für mich war es eigentlich auch keine. Aber wenn man jetzt wieder genau die Vermischungen, die hier kommen, sieht, dass quasi die Stadt und die SPOAG nicht mehr voneinander zu trennen sind, plötzlich auch in diesem Saal nicht mehr, es die ganze Zeit heisst, wenn die SPOAG Bankrott geht, hat die Stadt ein Problem. Aber bei allen anderen Sachen hat man scheinbar kein Problem, wenn dort kein Geld hineinkommt oder wenn irgendeine Institution nicht mehr funktioniert, dass man sagt, Ihr wollt ja auch die Badi. Aber die SPOAG müsst Ihr in diesem Fall auch wollen. Während die Badi im Sommer tausende, zehntausende von Personen besuchen, zum Teil auch zu anderen Preisen, und man sie nicht einfach privat mieten und schliessen kann, während dies bei der Sportpark AG normal ist und scheinbar zum Geschäftsmodell gehört, das offensichtlich nicht gut funktioniert, was man auch wieder sagen muss. Ich weiss, es ist keine EHCO-Vorlage, ich weiss, die SPOAG ist kein EHCO. Aber gleichzeitig muss man sagen, wenn sie nachher kein Geld haben, um Sachen, die sie brauchen, zu finanzieren, während sie für andere Sachen scheinbar Geld haben, ist es am Schluss halt gleichwohl wieder eine EHCO-Vorlage, weil man ihnen etwas finanziert, das sie sich offenbar nicht leisten wollten, weil sie denken, das zahlt die Stadt, während andere Sachen, die sie sich leisten, und das sind solche Sachen, die uns allen, auch von der Fraktion, gegen den Strich gehen. Das ist auch der Grund. Gleichzeitig möchte ich wie die anderen Fraktionen vor mir auch betonen, dass wir nicht an sich gegen den Eissport, wir sind nicht an sich gegen eine Eishalle. Aber auch hier geht es wiederum darum, dass man die ganzen Sachen auseinandernimmt. Wenn man gleichzeitig über Banden und zum Beispiel eine Kälteanlage abstimmen muss, macht man für den EHCO, den Sport und die Bevölkerung etwas. Dort müsste man es sauber auseinandernehmen. Dementsprechend sind wir auch für die Rückweisung, weil man einfach nicht alles vermischen kann. Um es noch einmal gesagt zu haben, es ist auch noch seltsam, dass die Vorlage ja eigentlich gar nicht die Vorlage von Thomas Marbet war. Deshalb war es doch die SPOAG.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Ihr habt eine Rückweisung beantragt. Was erhofft Ihr Euch von dieser Rückweisung? Ich muss zwar zugeben, dass die Argumente von Michael, dass man die Investition und den Leistungsauftrag auseinandernehmen und nicht zwei Vorlagen behandeln sollte, ist eigentlich korrekt sind. Aber wenn Ihr es jetzt zurückweist und dann zwei Vorlagen habt, was ist Euer Ziel? Wenn man die Investitionen ablehnt und gleichwohl einen Leistungsauftrag sprechen möchte, macht es keinen Sinn und umgekehrt auch nicht. Das muss man schon sagen. Diese zwei Fragen sind natürlich schon miteinander verbunden. Der Sprecher von Olten jetzt! hat vorhin gesagt, er möchte gerne, dass man die Banden irgendwie von der Kälteanlage trenne. Bei diesem Splitting geht es nicht darum, dass man für jede Investition eine Vorlage macht, sondern es geht darum, dass man die Investitionen vom Leistungsauftrag trennt. Ich habe einfach das Gefühl, Ihr wollt diese Vorlage eigentlich nicht. Aber Ihr habt jetzt den Mut nicht, hier nein zu sagen. Ich verstehe nicht, was Ihr Euch aus dieser Rückweisung erhofft. Steht einfach dazu und sagt nein und lehnt sie ab. Was Urs Knapp gesagt hat, da bin ich nicht ganz gleicher Meinung, dass es emotionslos ist. Zehntausende von Personen gehen jede Saison in diese Halle, um zuzuschauen. Wenn man sagt, EHC und Sportpark sind unabhängig voneinander, ohne EHCO könnten wir die Eishalle sicher nicht amortisieren. Auch emotional könnten wir dies nicht amortisieren. Das ist untrennbar miteinander verbunden. Wenn wir jetzt hier quasi beim Eissport den Schlüssel drehen, gehen die Emotionen hoch. Hier tragen wir nicht nur die

Verantwortung für die Stadt Olten und diese Leute, sondern auch die kleinen «Knorrli» aus Winznau, die mit den Velos den EHCO schauen gehen. Ihnen sind wir hier auch verpflichtet. Wir sind gegen die Rückweisung. Ich sehe zwar, wie die Mehrheiten sind. Es bereitet mir schon etwas Sorgen. Mir wäre es eigentlich lieber, wenn Ihr doch einfach den Schneid hättet, die Vorlage ablehnt und ehrlich seid. Merci.

Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne: Um dies noch einmal zu bekräftigen. Wir haben jetzt von drei Fraktionen gehört, dass wir weder gegen Eissport EHCO, noch gegen Volkssport in der Eishalle sind, noch, dass wir überhaupt dagegen sind, die SPOAG zu unterstützen. Wir wollen hier zwei getrennte Vorlagen sehen, die wir separat verhandeln können. Wir von den Grünen, und jetzt rede ich nur gerade noch einmal von uns, um dies ein weiteres Mal zu betonen. Wir wollen von Eurer Seite, und das ist jetzt halt tatsächlich eine Gelegenheit, und das gebe ich gleich zu, auch einmal ein Entgegenkommen sehen, was die Finanzierung dieser Stadt in näherer Zukunft anbelangt. Wir werden im Budget auch diskutieren müssen, wie es mit den Steuerfüssen aussieht. Das wollen wir zuerst sehen. Nachher sind wir absolut bereit, sachlich über die zwei getrennten Vorlagen zu verhandeln und positiv zu beschliessen, wenn uns dies einleuchtet.

Beschluss

Mit 20 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung wird Rückweisung beschlossen.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. November 2018

Prot.-Nr. 26

Budget 2019/Genehmigung

Das Budget 2019 weist einen Verlust von 788'500 Franken aus. Das Ergebnis setzt sich aus einem Betriebsverlust von 2'694'400 Franken, einem Gewinn aus Finanzierung von 1'907'900 Franken und einem a.o. Aufwand von 2'000 Franken zusammen.

Beim Personalaufwand steigen die Kosten um rund 1.25 Mio. Franken. Rund 450'000 Franken sind dabei auf die höheren Lehrerpensen sowie die vom Regierungsrat genehmigte Teuerung für das Lehrpersonal zurückzuführen. Der Stadtrat hat beschlossen, dem städtischen Personal keinen Teuerungsausgleich zu gewähren, dafür jedoch einen lohnunabhängigen, einmaligen Beitrag. Weiter beantragt der Stadtrat neue Stellen bzw. Pensenerhöhungen im Hochbau (Parlamentsbeschluss), in der Kinder- und Jugendförderung, in der Betreuung der Schulinsel, bei den Schulleitungen, im Rechtsdienst sowie im Werkhof. Diese Zusatzstellen erhöhen die Personalkosten nochmals um rund 451'000 Franken.

Der Sachaufwand liegt weiterhin auf dem Niveau der Budgets 2017/2018

Beim Transferaufwand (Beiträge an Dritte) beträgt die Zunahme 3'636'840 Franken. Hier machen sich die höheren Bruttobeiträge von 1'622'500 Franken an den Finanz- und Lastenausgleich bemerkbar. Erneut müssen auch Kostensteigerungen im Bereich der Sozialhilfe hingenommen werden. Die Mehrkosten von 1'265'300 beruhen grösstenteils auf den vom Kanton vorgegebenen Pro-Kopf-Beiträgen. Weiter steigen die Beiträge an den Kanton für die Schüler der Sekundarstufe (Sek. P) und der Sonderschulen um 492'500 Franken.

Um die erheblichen Mehrkosten in den Bereichen Bildung, Soziale Wohlfahrt, Kultur und Freizeit, den Finanzausgleich sowie die weiter zunehmenden Investitionen finanzieren zu können, beantragt der Stadtrat, ab dem Jahr 2019 den Steuersatz für natürliche Personen auf 112% und jenen für juristische Personen auf 110% festzulegen. Die Mehreinnahmen aus diesen Erhöhungen werden rund 2.2 Mio. Franken betragen.

Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2019 betragen hohe 17'080'000 Franken und sind 3'015'000 Franken höher als im Vorjahr. Diese Investitionen können mit dem nun vorgelegten Budget jedoch nur mit einem Betrag von 7'807'950 Franken selber finanziert werden. Die Stadt ist somit trotz Erhöhung des Steuersatzes auf eine Finanzierung durch Fremdkapital angewiesen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen das Budget für das Jahr 2019, basierend auf den Budgetrichtlinien sowie dem Finanz- und Investitionsplan, mit dem Antrag auf Genehmigung.

1. Ausgangslage

Nachdem die letzten Jahre für die Stadt Olten aufgrund gewisser Sondereffekte erfreuliche Überschüsse verzeichnen konnte, ist die Stadt nun in der finanziellen Realität angekommen. Insbesondere Mehrkosten für den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich (+1'645 TCHF), Mehrkosten für die Sozialhilfe und die Ergänzungsleistungen (+1'374 TCHF) sowie Beiträge an den Kanton für die Sekundarstufe P und die Sonderschulen (+493 TCHF) belasten den Stadthaushalt schwer. Während es sich bei den höheren Kosten für den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich aufgrund der Auflösung der Steuervorbezugsreserve um vorübergehende zusätzliche Kosten handelt, muss davon ausgegangen werden, dass die Kostensteigerungen für Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen weiter zunehmen werden. Ebenfalls ist im Bildungsbereich aufgrund steigender Schülerzahlen sowohl in den Regelklassen und in den Sonderschulen mit zusätzlichen Kostenschüben zu rechnen.

Aufgrund zum Teil fremdbestimmter Kostenfaktoren wird der finanzielle Spielraum für die Gestaltung des Gemeinwesens immer enger. Notwendige Investitionen müssen dadurch vermehrt durch Steuererhöhungen oder der Beschaffung von Fremdkapital finanziert werden.

2. Ergebnisse auf einen Blick

2.1. Ergebnisse der Erfolgsrechnung und der Spezialfinanzierungen

Bei einem Aufwand von 104'192'900 Franken (ohne interne Verrechnungen) und einem Ertrag von 103'404'400 Franken ergibt sich ein **Mehraufwand von 788'500 Franken**.

2.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Die Nettoinvestitionen im Jahr 2019 betragen 17.080 Mio. Franken, wobei sich der Anteil für werterhaltende Investitionen auf rund 10.93 Mio. Franken beläuft. Die Beteiligung an Investitionen des Kantons beläuft sich auf rund 0.88 Mio. Franken, die Investitionen der spezialfinanzierten Bereiche (Abwasser, Abfall) auf rund 2.81 Mio. Franken. An Erweiterungsinvestitionen sind lediglich rund 4.4 Mio. Franken vorgesehen. Die generelle Kürzung beträgt 1.9 Mio. Franken (10% der Nettoinvestitionen).

Bei den Erweiterungsinvestitionen von 4.4 Mio. Franken sind unter anderem folgende Investitionen vorgesehen:

- Schulraumplanung / neuer Schulraum	400'000 Franken
- Schulraumerweiterung Kindergarten Bannfeld	300'000 Franken
- Planungskredit Kunstmuseum	400'000 Franken
- Kinderspielplätze	550'000 Franken
- Planung neuer Bahnhofplatz	150'000 Franken
- Planung Fussgänger- und Veloverbindung OSW	150'000 Franken
- Parkleitsystem	900'000 Franken
- Diverse Strassenerschliessungen	800'000 Franken
- Räumliches Leitbild	150'000 Franken
- Mobilitätsplan	100'000 Franken
- Beitrag an die Sportpark AG	270'000 Franken

Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen am konsolidierten Gesamtaufwand) von 16.0% bedeutet, dass die Stadt Olten im Verhältnis zu ihren Gesamtausgaben eine mittlere Investitionstätigkeit anstrebt. Gegenüber den Vorjahren nimmt diese aber wieder deutlich zu (2016: 7.75%, 2017: 8.58%, 2018: 14.51%) .

2.3. Gestufter Erfolgsausweis

Der gestufte Erfolgsausweis nach HRM2 zeigt das Ergebnis aus dem ordentlichen Jahresbetrieb. Das Ergebnis aus Finanzierung enthält nebst den Zinskosten den Aufwand für die Liegenschaften im Finanzvermögen sowie Liegenschaftserträge (Finanz- und Verwaltungsvermögen) und unter anderem die Verzinsung des Dotationskapitals der sbo. Im a.o. Ergebnis ist lediglich eine Fondseinlage für den Weichenersatz Industrie vorgesehen.

Gemeinde Total (in TCHF)	Budget 2019	Budget 2018	Rechnung 2017
30 Personalaufwand	41'350	40'097	39'094
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	15'596	15'675	14'383
33 Abschreibungen VV	6'567	6'120	5'597
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	1'599	1'599	1'615
36 Transferaufwand	37'679	34'051	32'686
39 Interne Verrechnungen	7'638	7'663	6'974
Total betrieblicher Aufwand	110'428	105'220	100'520
40 Fiskalertrag	73'364	75'474	80'790
41 Regalien und Konzessionen	1'893	1'842	1'958
42 Entgelte	14'841	14'715	14'884
43 Verschiedene Erträge	12	12	6
45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	859	183	859
46 Transferertrag	9'804	10'335	9'797
49 Interne Verrechnungen	7'638	7'663	6'974
Total betrieblicher Ertrag	107'734	110'900	114'646
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-2'694	5'680	14'125
34 Finanzaufwand	1'401	1'509	2'639
44 Finanzertrag	3'308	3'037	3'714
Ergebnis aus Finanzierung	1'908	1'528	1'074
Operatives Ergebnis	-787	7'208	15'200
38 Ausserordentlicher Aufwand	2	871	34
48 Ausserordentlicher Ertrag	0	0	1'136
Ausserordentliches Ergebnis	-2	871	1'103
Jahresergebnis Erfolgsrechnung	-789	6'337	16'302
	Gew. (+), Verl. (-)		

Tabelle: Gestufter Erfolgsausweis

3. Zielerreichung im Budget 2019

3.1. Budgetvorgabe Personal- und Sachaufwand

Als Ziel für das Budget 2019 hat der Stadtrat die Vorgabe auferlegt, die Sachausgaben auf dem Niveau der Jahresrechnungen 2016/2017 festzulegen. Zudem sollen die Personalkosten auf dem Jahresniveau 2018 fixiert werden.

Beim Personalaufwand hat sich in der Zwischenzeit diverser Stellenbedarf ergeben oder wurde vom Parlament vorgegeben. Weiter steigen, auch aufgrund höherer Schülerzahlen, die Lehrpensen und somit die Lehrergehälter. Zudem hat der Regierungsrat für das Lehrpersonal 1% Teuerungsausgleich gewährt, was die Gemeinden zu tragen haben.

Der Sachaufwand in den Jahren 2016/2017 betrug rund 14.5 Mio. Franken. Im nun vorliegenden Budget 2019 beträgt der Sachaufwand rund 15.6 Mio. Franken, also 1.1 Mio. Franken höher als geplant. Heraus sticht vor allem der neu höher geplante bauliche Unterhalt von knapp 375'000 Franken.

Beim Transferaufwand wurden zusätzlich beeinflussbare Beiträge für die Sportpark AG (+50'000 Franken jährlich) sowie höhere Beiträge für die Deutschförderung oder den Trendsport eingesetzt, was in den Vorgaben so nicht geplant war.

Bei den Nettoinvestitionen hat sich der Stadtrat ein Ziel von maximal 10 Mio. Franken gesetzt. Der operative Cashflow wurde aufgrund der Budgetvorgaben auf 6.5 Mio. Franken fixiert, was zu einer Kapitalaufnahme von 3.5 Mio. führen sollte. Aktuell betragen die Investitionen 2019 nun 17.08 Mio. Franken. Der zur Deckung dieser Investitionen vorhandene Cashflow beträgt – vor Steuererhöhung – 5.8 Mio. Franken. Damit die anstehenden Investitionen besser gedeckt werden können, wird eine Steuererhöhung von 4% bei den natürlichen Personen und 2% bei den juristischen Personen beantragt. Der Cashflow kann so auf 7.8 Mio. Franken erhöht werden. Die Verschuldung wird aber immer noch um 9.2 Mio. Franken zunehmen.

3.2. Blick auf die finanzpolitischen Grundsätze

Die vom Stadtrat gefassten finanzpolitischen Grundsätze können nur teilweise umgesetzt werden. Insbesondere die Finanzierung der Erweiterungsinvestitionen in den folgenden Jahren ist nicht sichergestellt. Sogar die Investitionen in den Werterhalt lassen sich nicht telquel sicherstellen. Im präsentierten Finanzplan dürfte für die Periode 2019 – 2025 ein Finanzierungsfehlbetrag entstehen, welcher etwa den Erweiterungsinvestitionen der Schulraumplanung (+31 Mio. Franken), der Stadtteilverbindung Hammer (9.5 Mio. Franken) sowie dem Neubau des Bahnhofplatzes (10.6 Mio. Franken) entspricht.

Grundsatz zur Verschuldung:

- Die Pro-Kopf-Verschuldung soll Fr. 2'500 nicht übersteigen:

Aufgrund der mit dem Budget 2019 ausgewiesenen Selbstfinanzierung von 7'763'950 Franken und der Nettoinvestitionen von 17'080'000 Franken steigt die Pro-Kopf-Verschuldung wieder deutlich an. Sie wird unter Berücksichtigung der Massnahmen in der Erfolgsrechnung (Steuererhöhungen) Ende 2019 bereits wieder auf 2'859 Franken klettern.

- Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab:

Die Stadt Olten bleibt durch die vorgesehenen Investitionen eine der pro Kopf höchstverschuldeten Gemeinden im Kanton Solothurn.

Grundsätze zu den Investitionen

- Der Selbstfinanzierungsgrad (operativer Cashflow nach Geldflussrechnung) für Werterhalt beträgt dauernd 100%:

Die Nettoinvestitionen des steuerfinanzierten Werterhalts (nach genereller Kürzung) betragen rund 9.83 Mio. Franken, der operative Cashflow des steuerfinanzierten Bereiches beträgt 5.76 Mio. Franken. Das wichtige Ziel einer vollständigen Finanzierung des Werterhalts bestehender Anlagen kann im steuerfinanzierten Bereich somit nicht erreicht werden. Der Selbstfinanzierungsgrad für diese Anlagen beträgt 58.7%.

- Der Selbstfinanzierungsgrad (operativer Cashflow nach Geldflussrechnung) der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%:

Der operative Cashflow von 7.81 Mio. Franken deckt die Nettoinvestitionen von 17.08 Mio. Franken nicht. Der effektive Finanzierungsgrad beträgt 45.71% und gilt als sehr schwach.

Grundsätze zu den Steuern

- Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen weicht nicht mehr als 10% voneinander ab:

Aktuell kann zwar dieser Grundsatz eingehalten werden. Im Hinblick auf die anstehende Finanzierung der Erweiterungsinvestitionen wird der Steuersatz zeitnah erneut diskutiert werden müssen.

- Die steuerliche Belastung liegt in der tieferen Hälfte aller Solothurner Gemeinden:

Der durchschnittliche Steuersatz der Solothurner Gemeinden liegt im Jahr 2017 bei 116.4%, der pro Einwohner. Mit einem Steuersatz von 112% für natürliche Personen sowie 110% für juristische Personen hat die Stadt Olten zwar immer noch einen Satz, der unter dem Gemeindedurchschnitt liegt. Der Spielraum für weitere Finanzierungsmöglichkeiten wird, soll der Grundsatz eingehalten werden, jedoch immer kleiner.

4. Veränderungen im Budget / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

Für das Jahr 2019 wurde erstmals die Funktion des Haus der Museen (Funktion 3119) eröffnet. Teile des bisherigen Naturmuseums (Funktion 3111) und des Historischen Museums (3112) wurden nun in das Haus der Museen verschoben. Um eine konsolidierte Kostenbetrachtung vorzunehmen, müssen diese drei Funktionen addiert werden.

Im Budget 2019 ist die Position 3429 (übrige Freizeitgestaltung - Jugendarbeit) wieder aufgehoben worden. Im Jahr 2018 wurde unter dieser Funktion die von der Stadt geführte Übergangslösung des „Provi 8“ abgerechnet. Die Beiträge an den Verein Kinder- und Jugendförderung Wohlen sowie die Miete sind wieder unter der Funktion 3420 budgetiert.

4.1. Grössere Abweichungen im Aufwand der Erfolgsrechnung

Die grössten Abweichungen betreffen folgende Funktionen / Sacharten:

Funktion	B2018	B2019	Differenz	Begründung
2x.302 Besoldung Lehrkräfte	16'910	17'295	384	Gem. GAV, +Teuerung, ohne Soz.L
xx.301 Neue Stellen Verw. + Prämie	14'966	15'517	551	Vgl. Stellenplan, ohne Soz.L
xx.33x + xx.366 Abschreibungen	6'664	7'179	515	Hohe Investitionen
2130.363 Schulgelder Sek P.	1'100	1'497	397	Gem. Beschluss Kantonsrat
5720/5790 Sozialregion	8'796	10'060	1'264	Teilw. gem. Kantonalen Vorgaben
9300 Finanz- und Lastenausgleich	4'550	6'172	1'622	Gem. kantonalen Vorgaben

Grösste Abweichungen Aufwand in TCHF

4.2. Grössere Abweichungen im Ertrag der Erfolgsrechnung

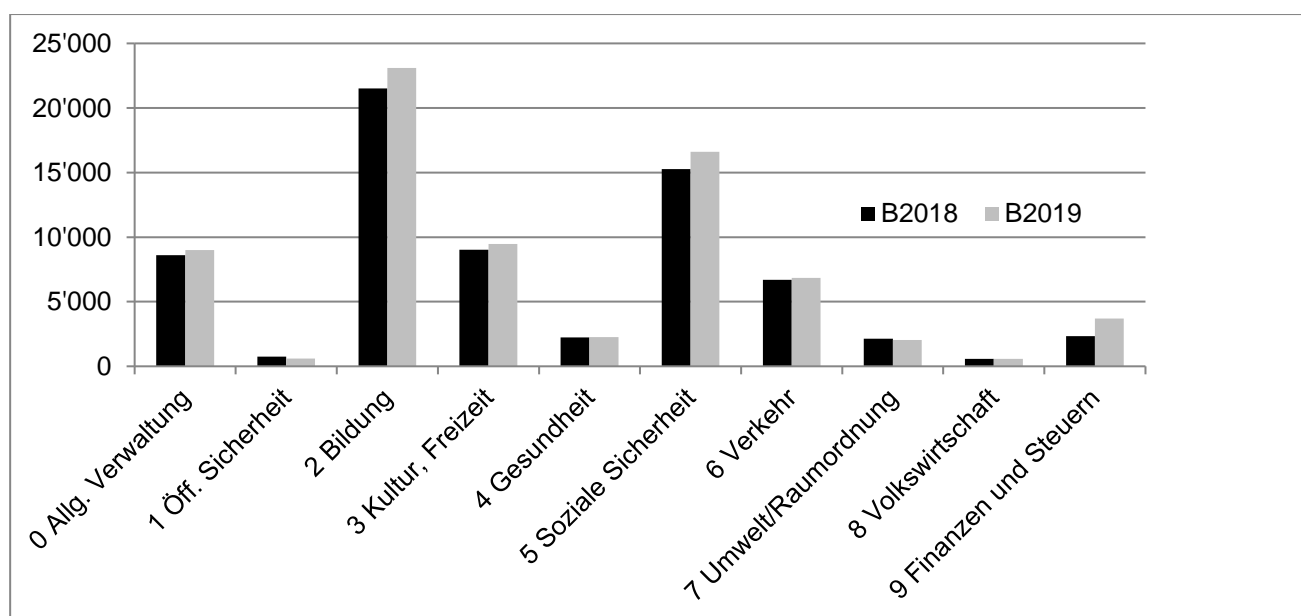
Die grössten Abweichungen im Ertrag betreffen folgende Funktionen:

Funktion	B2018	B2019	Differenz	Begründung
2x.463 Schülerpauschalen	6'622	6'311	-311	Gem. kantonalen Vorgaben
9x.401 Steuern JP, ohne Erhöhung	18'000	16950	-1050	Rückgang
9.x.401 Steuern JP, Erhöhung 2%	0	400	400	Steuererhöhung 2%
9x. 400+402 Steuern NP, ohne Erhöhung	52'395	53'735	1'340	Inkl. Quellensteuer + Nach/Straf.
9.x.400 Steuern NP, Erhöhung 4%	0	1'800	1'800	Steuererhöhung 4%
xx.42/43/44 Gebühren, Zinsen	17'764	18'161	397	Verzugszinsregelung, Anpas. VJ

Grösste Abweichungen Ertrag in TCHF

5. Begründungen zu den Funktionen

Die Nettobelastungen (ohne Steuerertrag Kostenart 40) der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget wie folgt entwickelt:



Grafik: Veränderung B2018/B2019 – in Tausend Franken

0 Allgemeine Verwaltung (B 2019: 8'994 B2018: 8'599 Differenz: +395)

Die Mehrbelastung in der allgemeinen Verwaltung beträgt rund 395'000 Franken. Folgende Positionen erfahren die grössten Abweichungen gegenüber dem Vorjahr:

- Bauverwaltung: Neue Stelle Leiter Hochbau 100%: +173'000 Franken (inkl. Sozialleistungen)
- Rechtsdienst: Erhöhung Pensum 20%: + 42'000 Franken (inkl. Sozialleistungen)
- Einwohnerkontrolle: Anpassung; Fehlbudgetierung 2018 im Zusammenhang mit der Auflösung der Direktion Öffentliche Sicherheit: + 76'000 Franken
- Tiefere Nettoentnahme der Arbeitgeberbeitragsreserve PK: + 96'000 Franken

1 Öffentliche Sicherheit (B 2019: 589 B 2018: 744 Differenz: -155)

Bei der öffentlichen Sicherheit ergeben sich wenige Aufwandänderungen:

Feuerwehr (1500): Wegfall Kauf Fahrzeug -70'000 Franken
Feuerwehr (1500) Übungssold – 30'000 Franken
Feuerwehr (1500) Ausbildung: + 20'000 Franken
Abteilung Ordnung Sicherheit (1100): Konzessionen Taxiwesen + 10'000 Franken

2 Bildung (B 2019: 23'092 B2018: 21'515 Differenz: +1'577)

In der Funktion 2110 (Kindergarten) steigen die Kosten für die Besoldung der Lehrkräfte um 144'700 Franken, die Erträge aus Schülerpauschalen um 25'900 Franken.

Bei den Primarschulen (Funktion 212x) sinken die Schülerpauschalen um 459'900 Franken.

Die Nettokosten der Sekundarschulen (Funktion 213x) steigen um rund 466'000 Franken. Von den Mehrkosten fallen 396'500 Franken auf höhere Beiträge an den Kanton für die Sekundarschüler „P“. Der Kanton hat das Schulgeld für das Jahr 2019 um 30% erhöht. Weiter fallen rund 192'000 Franken für die höheren Gehälter und Sozialleistungen der Lehrkräfte an. Gleichzeitig steigen die Erträge aus Schülerpauschalen um 50'800 Franken. Zudem konnten mit den Gemeinden Boningen und Starrkirch-Wil neue Vereinbarungen mit dem gültigen RSA-Tarif abgeschlossen werden, was Mehrerträge gegenüber dem Vorjahr von 78'300 Franken ergibt.

Bei den Musikschulen betragen die Mehrkosten für das Personal rund 240'000 Franken, die Schülerpauschalen ergeben einen Mehrertrag von rund 73'000 Franken.

In der Schulleitung (Funktion 2190) werden folgende neue Stellen geplant:

Assistenz Schulinsel (25%):	+25'000 (inkl. Sozialleistungen)
Schulleitung (42%):	+67'300 (inkl. Sozialleistungen)
Leitung Fachstelle KJFF (60%):	+76'000 (inkl. Sozialleistungen)
Sachbearbeitung Fachstelle KJFF (40%)	+35'000 (inkl. Sozialleistungen)

Bei den Schulliegenschaften beträgt der Mehraufwand für den baulichen Unterhalt rund 154'000 Franken. Aufgrund der Investitionen in Schulbauten ist weiter mit höheren Abschreibungen (+ 55'000 Franken) zu rechnen.

Die Mehrkosten werden vorübergehend aufgrund der Neuanstellung des Verwaltungsleiters Direktion Bildung und Sport teilweise kompensiert.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Schülerzahlen in der heilpädagogischen Sonderschule (HPS) wird die Planung um 96'000 Franken erhöht (+ 4 Schüler).

In der Funktion 2990 (Bildung übrige) fallen im Jahr 2019 wieder die Kosten für das Schulfest an. Diese werden auf 110'000 Franken veranschlagt.

3 Kultur und Freizeit (B 2019: 9'458 B2018: 9'028 Differenz: +430)

Im Bereich Kultur und Freizeit fallen folgende Mehrkosten an:

Beitragserhöhung Sportpark AG	50'000 Franken
Zusammenschluss Haus der Museen	73'700 Franken
Abschreibungen Investitionsbeiträge Kirche	23'000 Franken
Zunahme Abschreibungen Haus der Museen	152'000 Franken

4 Gesundheit (B 2019: 2'254 B2018: 2'244 Differenz: +10)

Im Bereich Gesundheit ergeben sich folgende Abweichungen:

Mehrkosten in der Pflegefinanzierung + 24'500
Wegfall Beitrag Lysistrada – 10'000,
tiefere Budgetierung Kosten Schulzahnärzte und Schulärzte -10'000
(bisher zu hoch budgetiert)

5 Soziale Wohlfahrt (B 2019: 16'603 B2018: 15'274 Differenz: +1'329)

Bei der sozialen Sicherheit kommen Pro-Kopf-Beiträge zur Anwendung. Diese werden durch das Amt für Soziale Sicherheit (ASO) geschätzt und den Gemeinden als Planungshilfe zur Verfügung gestellt. Die Sozialregion Olten sowie die Stadt Olten stellen ihre Planung auf dieser Grundlage ab. Für das Jahr 2019 wurden die Zahlen der Stadt mit 18'700 Einwohner (ohne Wochenaufenthalter) berechnet.

Pro Einwohner wird mit folgenden Richtwerten geplant:

Beitrag	B2019	B2018	R2017
Verwaltungskosten EL AHV	7.00	6.70	6.52
Verwaltungskosten EL IV	4.50	4.40	4.28
Ergänzungsleistung AHV	153.00	155.00	149.28
Ergänzungsleistung IV	120.00	115.00	112.85
Fachstelle CM (Casemanagement)	0.00	1.60	1.60
Sozialadministration	76.00	70.00	71.20
Sozialhilfe	410.00	360.00	407.75
Alimentenbevorschussung	16.00	16.00	15.72

6 Verkehr (B 2019: 6'851 B2017: 6'689 Differenz: +162)

Im Bereich Verkehr bleiben die Kosten und Erlöse konstant. Die Veränderung der Nettokosten beträgt +2.42%. Die grössten Abweichungen betreffen:

- Einsparungen Energie Strassenbeleuchtung, (- 50'000 Franken)
- Höhere Abschreibungen aufgrund der aktivierten Investitionsbeiträge Strassen an den Kanton (32'800), höhere Abschreibungen Gemeindestrasse +37'500)
- Wegfall Anschaffung Fahrzeug (40'000) im Jahr 2018 (Funktion 6151)
- Werkhof: Limitierung der Verrechnungskosten an die Spezialfinanzierungen Abfall und Abwasser nach HRM2 (vgl. Rechnung 2017) – 83'000 Franken

7 Umwelt und Raumordnung (B2019: 2'044 B2018 2'124 Differenz: -80)

Der im Jahr 2018 geplante Gemeindebeitrag an den Kanton für Gewässerverbauungen an der Aare von 69'000 Franken fällt wieder weg (Konto 7410.3631.01).

8 Volkswirtschaft (B2019: 555 B2018: 558 Differenz: -3)

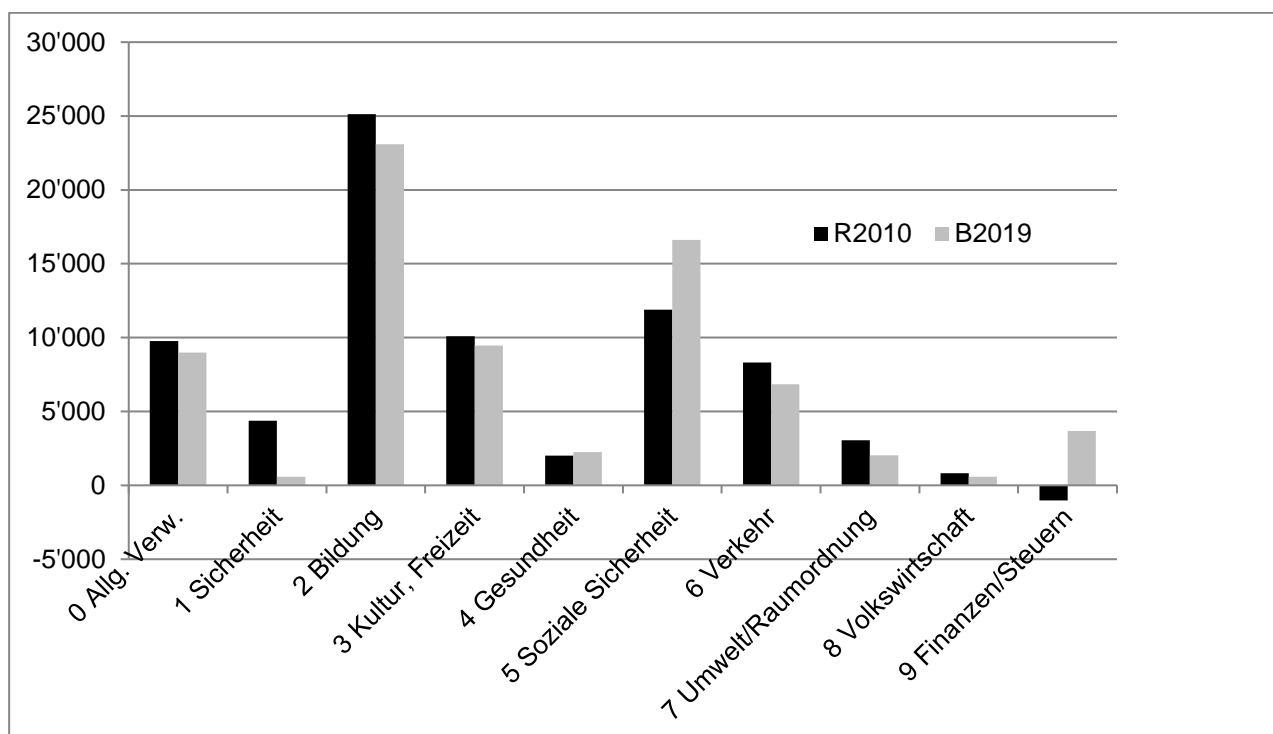
Keine Bemerkungen

9 Finanzen ohne Steuern Koa 40 (B2019: 3'687 B2018: 2'340 Differenz: +1'347)

Die grösste Veränderung im Bereich Finanzen findet im Finanz- und Lastenausgleich (Funktion 9300) statt. Die Zunahme des Disparitäten- und Lastenausgleichs beträgt netto 1'645'400 Franken. Durch die Anpassung der Verzugszinsregelung wird mit einer Nettozinszunahme von 268'000 Franken gerechnet. Bei den Konzessionen der sbo wird mit Mehrerträgen aus Energie und Gas von 45'000 Franken gerechnet.

5.1 Ein Blick 9 Jahre zurück

Mit der Umstellung auf HRM2 wurden alle Rechnungswerte bis ins Jahr 2010 zurück an das neue System angepasst. Der bisherige 10-Jahres-Rückblick ist somit vorerst nicht mehr möglich.



Grafik: Entwicklung des Nettoaufwand pro Funktion vor Steuern

Ein Blick 9 Jahre zurück zeigt, dass folgende Bereiche ihre Nettokosten (ohne Steuern) senken konnten:

Funktion vor Steuern	R2010	B2019	Δ EFF	Δ %
0 Allg. Verwaltung	9'759	8'994	-764	-7.8%
1 öffentliche Sicherheit	4'366	589	-3'776	-86.5%
2 Bildung*	25'119	23'092	-2'027	-8.1%
3 Kultur, Freizeit	10'082	9'458	-624	-6.2%
6 Verkehr	8'310	6'851	-1'459	-17.6%
7 Umwelt/Raumordnung	3'042	2'044	-999	-32.8%
8 Volkswirtschaft	811	580	-231	-28.5%

Alle anderen Bereiche haben teilweise hohe 2-stellige Zuwachsraten erfahren:

Funktion	R2010	B2019	Δ EFF	Δ %
4 Gesundheit	2'013	2'254	242	12.0%
5 Soziale Sicherheit	11'892	16'603	4'711	39.6%
9 Finanzen/Steuern*	-1'030	3'687	4'718	-457.8%

Tabelle: Abweichungen funktionale Gliederung 9 Jahre

*Grosse Verschiebungen gab es aufgrund des neuen Finanzausgleichs. Während die Bruttobelastung aus dem Disparitätenausgleich und dem Lastenausgleich in der Funktion 9 zu einer Mehrbelastung führte, fand im Bereich Bildung durch die Einführung der Schülerpauschale eine Entlastung statt.

6. Begründungen zu den einzelnen Kosten- und Ertragsarten (Abweichungen zum Vorjahresbudget)

30 Personalaufwand

Gegenüber dem Budget 2018 erhöhen sich die Personalkosten um 3.1% oder rund 1'254'000 Franken.

Einmalprämien städtisches Personal		141'000 Franken
Pensen Lehrpersonal inkl. 1% Teuerung		445'100 Franken
Zusätzliche Stellen Verwaltung		450'300 Franken
- Leitung Hochbau 100%	173'000	
- Rechtsdienst 20%	42'000	
- Werkhof 50%	32'000	
- Leitung KJFF 60%	76'000	
- Sachbearbeitung KJFF 40%	35'000	
- Assistenz Schulinsel 25%	25'000	
- Schulleitung 42%	67'300	
tiefere Nettoentnahme Arbeitgeberbeitragsreserve		96'000 Franken
Fehlbudgetierung Einwohnerkontrolle		76'000 Franken
Zuwachs Haus der Museen		51'300 Franken

31 Sachaufwand

Der Sachaufwand des Budgets 2019 entspricht nahezu dem Budget 2018. Bei einem Aufwandsvolumen von rund 15.6 Mio. Franken beträgt die Abnahme rund 80'000 Franken.

33 Abschreibungen

Seit dem Jahr 2016 gelten für die Abschreibungen differenzierte, nach Nutzdauer bestimmte Abschreibungen. Für Abschreibungen des Verwaltungsvermögens Stand Ende 2015, welches noch unter HRM1 geführt wurde, gilt eine lineare Abschreibung auf 18 Jahre (Abwasser 11 Jahre). Die Abschreibungen auf „Altbestände“ sind in der Unterkontonummer unterscheidbar. Sie werden mit der Unterkontonummer 25 (Bsp. 2170.3300.25) ausgewiesen.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Abschreibungstyp	B2019	B2018	R2017
Abschreibungen HRM1	5'024'800	5'024'800	5'024'609
Abschreibungen ab 2016 steuerfin.	1'358'900	940'300	538'775
Abschreibungen Abwasser ab 2016	124'800	125'900	10'518
Abschreibungen Abfall ab 2016	58'300	28'700	23'042
Abschreibungen Total	6'566'800	6'119'700	5'596'944

Hinzu kommen die Abschreibungen von Investitionsbeiträgen. Diese sind unter der Kostenart 3660 geführt. Wir verweisen diesbezüglich auf den Transferaufwand.

Es gelten dabei folgende Abschreibungssätze:

Anlagekategorie	Nutzungsdauer	Abschreibungsmethode
		linear
• Grundstücke nicht überbaut Abweichung zu HRM2; überbaute Grundstücke werden über die Nutzungsdauer des Objektes abgeschrieben	40 Jahre	2.50 %
• Gebäude, Hochbauten	33 Jahre	3.03 %
• Tiefbauten (Strassen, Plätze, Friedhof etc.)	40 Jahre	2.50 %
• Wald, Alpen und übrige Sachanlagen	40 Jahre	2.50 %
• Kanal- und Leitungsnetze, Gewässerverbauungen	50 Jahre	2.00 %
• Orts- und Regionalplanungen sowie übrige Planungen	10 Jahre	10.00 %
• Mobilien, Ausstattungen, Maschinen und allgemeine Motorfahrzeuge	8 Jahre	12.50 %
• Spezialfahrzeuge (Feuerwehr, Strassenreinigung etc.)	15 Jahre	6.67 %
• Informatik- und Kommunikationssysteme	4 Jahre	25.00 %
• Immaterielle Anlagen	5 Jahre	20.00 %
• Investitionsbeiträge	~	Nach Nutzungsdauer des finanzierten Objektes
• Anlagen im Bau	~	keine planmässige Abschreibung
• Darlehen	~	keine planmässige Abschreibung
• Beteiligungen, Grundkapitalien	~	keine planmässige Abschreibung

Tabelle: Abschreibungssätze

34 Finanzaufwand

Im Finanzaufwand finden sich sowohl die Kapitalkosten als auch die Unterhaltskosten für die Liegenschaften des Finanzvermögens. Die Zinskosten belaufen sich im Budget 2019 auf 1.147 Mio. Franken und sind 108'000 Franken tiefer als im Budget 2018. Aufgrund der

aktuellen Refinanzierungsmöglichkeiten werden ablaufende Kredite, welche noch mit fast 2% verzinst worden sind, zu wesentlich tieferen Zinskonditionen oder je nach Laufzeit zu 0% refinanziert werden können und wird daher trotz steigender Bruttoschulden nicht mit höheren Kapitalkosten gerechnet.

35 Einlage in Spezialfinanzierungen / Fonds

Unter den Einlagen in die Spezialfinanzierung ist im Budget 2019 fast ausschliesslich die Einlage der Überschüsse der Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall geplant. Die Überschüsse (Einlagen) in diese Fonds sollten zusammen mit den Abschreibungen etwa der Höhe der geplanten Investitionen entsprechen.

Fonds	B2019	B2018	Abw.
Einlage in die SF Abwasser	1'445	1'464	-19
Einlage in die SF Abfall	118	144	-26
Diverse Fonds	36	7	29
Total	1'599	1'615	-16

Tabelle: Einlage in Fonds in TCHF

36 Transferaufwand

Die Transferzahlungen sind nach den Löhnen die grösste Kostenposition. Folgendes sind die grössten Positionen:

	B2019	B2018	Abw.
Gesetzliche Sozialhilfe	7'595	6'604	991
Restkosten Sozialregion	3'001	2'727	274
Finanzausgleich, Disparitätenausgleich	6'172	4'550	1'622
Beiträge an EL AHV (inkl. VK)	2'976	2'899	77
Beiträge an EL IV (inkl. VK)	2'316	2'283	33
Beiträge an den Regionalverkehr	2'367	2'466	-99
Beiträge an die Abwasserbeseitigung (ZAO)	1'848	1'848	0
Schulgelder an die Sekundarschule	1'593	1'190	403
Beiträge an die Pflegefinanzierung	1'116	1'092	24
Beiträge an Sonderschulen (HPS, Heime)	1'056	960	96
Beitrag für die Steuerveranlagungen	910	900	10
Beiträge an den Eissport	750	700	50
Beiträge an Spitexorganisationen	667	677	-10
Beträge an Kinderkrippen- und Horte, Tagesbetr.	800	830	-30
Beitrag ans Stadttheater (2019 ohne Kantonsbeitrag)	597	647	-50
Standortbeitrag an die FHNW	340	300	40
Beitrag an Alkohol- und Drogenprävention	316	315	1
Beiträge an die Alimentenbevorschussung	298	296	2
Beiträge an Region Olten Tourismus	230	230	0
Abschreibung Investitionsbeiträge	612	545	67
Restbeiträge	1'853	1'992	-139

Tabelle: Transferaufwand in TCHF

38 a.o Aufwand

Keine Bemerkung

39 + 49 Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen

verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können.

40 Steuererträge

Für die Budgetierung der Steuererträge wurde auf die letzten sicheren Veranlagungsstände abgestellt. Für das Budget 2019 wurde bei den natürlichen Personen auf die Veranlagungen 2015/2016 die Vorausrechnungen 2017 und den Vorausrechnungen 2018 abgestellt. Aufgrund der immer wieder festgestellten Nachzahlungen wurde zur Planungsverbesserung eine weitere Ertragskomponente, den Anteil aus Vorjahren, eingeführt. Als Basis diente der Veranlagungsstand des Steuer-Management-Informationssystems per Mai 2018.

Natürliche Personen / Veranlagungsstände per 04.06.2018 (Abschluss Mai 2018)

	2019
+ Durchschnitt veranlagte Steuern natürliche Personen	48.23
+ Personalsteuer	0.59
+ Anteil aus Vorjahren	0.16
+ Sondersteuern (Einzug via Kanton)	0.30
= Basis 2018	49.28
* Konjunkturprognose	0.07%
* Wachstum Bevölkerung / Steuerpflichtige	0.07%
= Planertrag 2018 Steuern natürliche Personen	49.97
+ Steuererhöhung 108% auf 112%	1.80
= Total geplanter Steuerertrag 2019	51.77

In Mio.

Juristische Personen

Bei den juristischen Personen wurden die wichtigsten 44 steuerpflichtigen Unternehmen einer separaten Prüfung unterzogen. Bei der Prüfung wurden die letzten definitiven Steuerveranlagungen sowie der Vorbezug 2018 resp. die Meldung des Unternehmens zum Abschluss 2017 angesehen. Weiter wurde für die betrachteten Branchen eine Chancen-Risiko-Bewertung vorgenommen. Die Finanzverwaltung stützt sich dafür jeweils auf die von der Credit-Suisse vorgenommene Analyse der Schweizer Wirtschaftszweige.

	2015	2016	2019
Veranlagt / JP	18.83	17.28	16.60
Vorbezug JP	0.81	1.89	
Holdingssteuer	0.10	0.13	0.35
Holdingssteuer Vorbezug	0.27	0.24	
Total	20.01	19.54	16.95
Steuersatz JP	108%	108%	108%
Steuersatz Holding	50%	50%	50%
108% → 110%			0.40
Total Steuerertrag 2019			17.35

In Mio.

41 Konzessionen

Folgendes sind die grössten Positionen bei den Konzessionserträgen von 1.89 Mio. Franken:

Position	B2019	B2018	Differenz
Konzessionserträge SBO (Energie, Gas, etc.)	1'620'000	1'575'000	+45'000
Plakatgebühren	33'000	33'000	0
Taxikonzessionen	42'000	36'600	+5400
Konzessionen Kilbibuden/Schausteller	145'000	145'000	0
Diverse	52'500	52'500	0

42 Entgelte

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Mehrertrag von 125'150 Franken (0.9%).

Folgendes sind die wichtigsten Abweichungen:

- Gebühr für die Einreichung der Betreuung (+50'000)
- Reduktion Abfallgebühren (-14'700)
- Gebühren Einwohnerkontrolle + 9'500 (Basis Rechnung 2017)
- Informatik – Weiterverrechnung von Dienstleistungen an Kunden (+ 16'400)

43 verschiedene Erträge

Keine Bemerkungen

44 Finanzertrag

Der Finanzertrag im Budget 2019 liegt rund 272'000 über dem Budget 2018. Die Hauptabweichung liegt im Mehrertrag von 174'000 Franken Verzugszinsen aus Steuerforderungen. Aufgrund der neuen Verzugszinsregelung kann der Stadtrat den Verzugszinssatz jährlich unabhängig vom Kanton selber bestimmen. Aufgrund der hohen Anzahl säumiger Steuerzahler steigt der Betrag erheblich.

45 Entnahme aus Spezialfinanzierung

Für das Jahr 2019 sind folgende grössere Fondsentnahmen geplant:

- Fondsentnahme Kunstmuseum von 30'000 Franken
- Entnahme aus dem Freizeitfonds von 107'300 Franken für den Betrieb der Trendsportanlage, Midnight, Förderung Deutschkurse
- Fondsentnahme für nicht bezahlte Bestattungskosten von 10'000 Franken
- Fondsentnahme für Projekte und Klassenlager von 24'450 Franken

46 Transfererträge

Die Transferbeiträge sinken um 531'400 Franken.

Folgende Hauptursachen tragen zur Senkung bei:

- Schülerpauschalen: -310'700 Franken
- Mehrertrag Sekundarschule umliegende Gemeinden +78'300 Franken
- Minderertrag aus dem Lastenausgleich: -22'900 Franken
- Direkte Auszahlung Beitrag an das Stadttheater: -50'000 Franken
- Wegfall Entschädigung Kanton für Linie OSW (dafür kein Aufwand mehr): -88'800 Fr.

- Museen, tiefere Kantonsbeiträge und Sponsoringbeiträge: -56'900 Franken
- Subventionen SGV Feuerwehr (objektbedingt): -31'800 Franken

7. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

7201 Abwasserentsorgung

Das Budget 2019 weist einen Überschuss von 1'444'900 Franken aus. Dieser Betrag wird als Einlage ins Eigenkapital der Abwasserversorgung ausgewiesen. Der operative Cashflow der Abfallrechnung beträgt 1'846'500 Franken und kann die geplanten Investitionen von aktuell Investitionen im Bereich Abwasser von rund 1.94 Mio. Franken nur zu 95% decken.

7301 Abfallbeseitigung

Der Bereich Abfall weist für das Jahr 2019 einen Überschuss von 117'900 Franken aus. Der operative Cashflow beträgt 199'400 Franken und kann die geplanten Investitionen von 585'000 Franken (nach Pauschalabzug 10%) nicht decken. Der Finanzierungsfehlbetrag von 386'000 wird dem Guthaben der Abfallrechnung bei der Stadt entnommen. Ab dem Jahr 2019 ist eine Gebührenreduktion von durchschnittlich 5% vorgesehen. Die Kosten der Abfallrechnung können trotz Senkung der Abfallgebühren getragen werden.

8. Investitionsbudget

Das Gemeindeparlament nimmt mit der Budgetvorlage auch Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan 2019 – 2025. Das vorliegende Investitionsbudget 2019 basiert auf diesem Investitionsplan. Die Nettoinvestitionen von 16.81 Mio. Franken können trotz vorgenommener Steuererhöhung nicht selber finanziert werden. Bei einem operativen Cashflow von rund 7.77 Mio. Franken muss sich die Stadt neu mit rund 9 Mio. Franken verschulden. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt lediglich 46.2%. Die nun geplanten Investitionen dienen zu einem grossen Teil dem Werterhalt. Erweiterungsinvestitionen sind im Umfang von 4.1 Mio. Franken eingestellt. Ein Investitionsanteil (Bruttoinvestitionen in % des konsolidierten Gesamtaufwandes) von 15.6% gilt als mittlere bis hohe Investitionstätigkeit.

Folgende Entwicklungsprojekte mit Investitionstranchen im Jahr 2019 von über Fr. 500'000 sind im Voranschlag enthalten:

- | | |
|--|----------|
| • Schulraumplanung (2170.5040.003) | 400 TCHF |
| • Schulraumplanung Kindergarten Bannfeld (2170.5040.004) | 300 TCHF |
| • Planung/Neubau Kunstmuseum (3290.5040.001) | 400 TCHF |
| • Neuer Bahnhofplatz (6150.5010.001) | 150 TCHF |
| • Umsetzung Motion Aktivierung Ländiweg (7900.5010.004) | 50 TCHF |
| • Parkleitsystem (6150.5090.000) - fondsfinanziert | 900 TCHF |
| • Stadtteilverbindung Hammer (6150.5010.013) | 150 TCHF |
| • Diverse Strassenerschliessungen (6150.5010.00 DIV) | 800 TCHF |

9. Kennzahlen

Im Anhang zum Budget 2019 sind drei Seiten mit Finanzkennzahlen angehängt. Gemäss Gemeindegesetz § 136 sind für die Steuerung resp. für die Ergreifung von Massnahmen zur Steuerung des Finanzhaushaltes lediglich zwei Vorgaben massgebend:

Eigenkapital/ Bilanzfehlbetrag (§136 Abs. 2 GG):

Ist das Fremdkapital höher als die Aktiven, spricht man von einem Bilanzfehlbetrag. Ein solcher ist spätestens 5 Jahre nach dessen Entstehung abzutragen. Das Abtragen ist durch Überschüsse in der Erfolgsrechnung zu eliminieren.

Im Budget 2019 müssen keine Massnahmen zur Erfüllung dieser Vorgabe getroffen werden.

Nettoverschuldungsquotient (§ 136 Abs. 3 GG)

Wenn der gewichtete Nettoverschuldungsquotient eine Vorgabe von 150% überschreitet, so wird die Gemeinde in ihren Investitionstätigkeiten beschnitten. Der Selbstfinanzierungsgrad aller Investitionen muss dann 80% betragen. Der für das Jahr 2019 massgebende Quotient ist jener, welcher im Rechnungsjahr 2017 ausgewiesen wird. Er beträgt 57.1%. Für das Jahr 2019 ist die Vorgabe über die maximale Neuverschuldung (Schuldenbremse § 136 Abs. 3 Gemeindegesetz) eingehalten und es ist somit keine Beschränkung bezüglich der Investitionen nötig.

10. Zusammenfassung

Im Budget 2019 muss die Stadt aufgrund diverser Mehrbelastungen mit einem Verlust von über 3 Mio. Franken rechnen. Mit einer Anpassung des Steuersatzes kann der Verlust auf 0.8 Mio. Franken reduziert werden.

Während sich Positionen wie der Finanz- und Lastenausgleich wieder senken werden, bleiben Positionen wie die Sozialhilfe oder der Ergänzungsleistung für AHV und IV weiterhin konstante Kostenpositionen, für deren Wachstum kein Ende absehbar ist. Im Bereich Bildung werden die vom Kanton beschlossenen Kostenanpassungen für die Sekundarschule Sek. P ebenfalls bleiben. Weitere Kosten dürften durch die zunehmende Zahl Oltner Kinder in der Heilpädagogischen Sonderschule entstehen.

Während der Sachaufwand konstant gehalten werden kann, steigen die Personalkosten durch mehrere zusätzlich geplante Stellen an.

Wie bereits mehrmals erwähnt, stehen in den kommenden Jahren Erweiterungsinvestitionen wie der neue Schulraum Kleinholz, die Stadtteilverbindung Hammer und der Bahnhofplatz an, für welche eine Finanzierung noch nicht sichergestellt wird. Aktuell können die anstehenden Investitionen nicht vollständig aus bestehenden und selbst erwirtschafteten Mitteln finanziert werden. Der Stadtrat wird im Rahmen der Finanz- und Investitionsplanung auf die fehlenden Mittel aufmerksam machen.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Finanzkommission zugestellt.

EINTRETEN

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Philippe Ruf, SVP-Fraktion: Wir stellen den Antrag auf Rückweisung des Budgets 2019. Wir finden, der Stadtrat muss es überarbeiten. Ich habe gestern angetönt. Der Finanzplan sieht „schitter“ aus. Das können wir so nicht verantworten. Das Budget 2019 ist der erste Schritt in diese Richtung. Es sind bereits Steuererhöhungen enthalten. Wir machen ein Minus. Das ist keine saubere Arbeit, und wir sehen keine Sparmassnahmen drin. Es wird wieder die Verwaltung aufgebaut. Alles, was man in den vergangenen Jahren versprochen hatte, wurde genau nicht eingehalten. Wir finden, es ist wichtig, dass der Stadtrat ein Budget vorlegt, mit dem diese Stadt auch schon im nächsten Jahr gesunden oder zumindest auf dem aktuellen Level bleiben kann.

Reto Grolimund, FDP-Fraktion: Selbstgestecktes Ziel nicht erreicht war im OT zu lesen, und das hat sich auf das vorliegende Budget bezogen. Der Stadtrat wollte die Sachausgaben in diesem Jahr auf dem Stand 2016/2017 fixieren. Im Budget sind Mehrausgaben von 1,1 Millionen. Der Stadtrat wollte den Personalbestand beim Stand 2018 beibehalten. Im Budget werden jetzt 2,6 neue Stellen beantragt, und der Stadtrat wollte im Budget 2019 ein Entlastungspaket einbauen. Auch davon ist er jetzt bereits öffentlich zurückgetreten. Mit anderen Worten: Der Stadtrat hat sich nicht an die eigenen Vorgaben gehalten. Wir Parlamentarier sitzen jetzt heute Abend vor einem Budget, das vorschlägt, dass sich die Stadt um 9,2 Millionen höher verschulden soll. Wir sollen heute darüber debattieren. Einige werden versuchen, die Steuern zu erhöhen, was vielleicht sogar Sinn machen würde. Die Anderen werden versuchen, unzählige Kostenpositionen aus dem Budget zu streichen. Aber wir sind der Meinung, es ist nicht unsere Aufgabe, das Budget jetzt hier so zurecht zu biegen, dass es am Schluss ausgewogen ist. Es ist uns nicht möglich, alle Kostenpositionen durchzugehen und jeden nötigen oder überflüssigen Fünfliber zu unterscheiden. Das ist die Aufgabe der Stadtregierung, und diese Stadtregierung legt uns nicht nur ein Budget vor, das an ihren eigenen Zielen scheitert, sondern auch ein unausgeglichenes Budget. Deshalb unterstützen wir diese Rückweisung. Der Stadtrat soll seiner Pflicht nachkommen, das Budget überarbeiten und einen Vorschlag bringen, der seinen eigenen Vorgaben auch entspricht.

Dieter Ulrich, Fraktion SP/Junge SP: Wir werden diesen Rückweisungsantrag natürlich ablehnen. Das dürfte niemanden überraschen. Wenn wir das Budget zu diesem Zeitpunkt zurückweisen, haben wir einfach schlichtweg unsere Verantwortung nicht übernommen und unsere Arbeit nicht gemacht. Der Stadtrat hat klargemacht, dass er hinter diesem Budget steht. Das hat er auch in der FIKO schon gemacht. Es ist nicht zu erwarten, dass er im Dezember einen komplett anderen Vorschlag bringen wird. Wir sind diejenigen, die jetzt sagen müssen, was uns hier passt oder nicht passt. Die SVP hat jetzt einfach den Rückweisungsantrag gestellt, aber keine einzige Bemerkung gemacht, was sie draussen oder anders haben wollen. Das heisst, es schiebt wieder genau gleich die Verantwortung dem Stadtrat zu, ohne Farbe zu bekennen, was dies heisst, und das geht aus meiner Sicht nicht. Der Stadtrat hat jetzt aufgezeigt, wie er vorgehen will. Man kann geteilter Meinung darüber sein. Aber wir müssen dies jetzt heute Abend diskutieren und zu einem Entscheid kommen. Wenn es nicht passt, könnt Ihr am Schluss ablehnen, und wenn es eine Mehrheit ablehnt, ist es auch zurückgewiesen. Aber diese Diskussion müssen wir jetzt führen und nicht erst wieder im Dezember, Januar oder wann auch immer. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir die Rückweisung jetzt ablehnen und darüber diskutieren müssen.

Raphael Schär, Fraktion Grüne: Auch wir unterstützen den Rückweisungsantrag nicht. Im Gegensatz zum Investitionsplan von gestern haben wir heute die Möglichkeit, Farbe zu bekennen, wo Ihr sparen wollt, und wir erwarten hier entsprechende Anträge und werden das Budget so behandeln wollen.

Laura Schöni, Olten jetzt!: Auch wir lehnen den Rückweisungsantrag ab.

Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Auch wir lehnen den Rückweisungsantrag ab. Auch wenn wir nicht in allen Teilen mit dem Budget happy sind, finden wir es doch, wie es die Vorredner gesagt haben, wichtig, dass man jetzt heute darüber debattiert.

Beschluss

Mit 26 : 14 Stimmen wird der Rückweisungsantrag der SVP abgelehnt.

Urs Knapp: Wir haben gestern über den Finanz- und Investitionsplan gesprochen. Ich habe dort auch vorgestellt, wie die Diskussionen in der Finanzkommission waren. Der Finanz- und Investitionsplan schliesst das Budget 2019 ein. Das ist in diesem Finanz- und Investitionsplan das Sicherste, weil das erste Jahr des Finanz- und Investitionsplans ist das Budget 2019. Die Finanzkommission diskutierte die strategischen Komponenten dieses Budgets mehrheitlich während der Behandlung des Finanz- und Investitionsplanes – so wie wir das auch gestern zum Teil oder mehrheitlich hier im Parlament machten. Die Diskussion der Finanzkommission zum Budget war kontrovers. Viele Entscheide über Anträge und Beschlüsse fielen mit einer oder zwei Stimmen Unterschied. Gleichwohl kann und möchte ich auch festhalten, auch wenn die Emotionen vorhin vielleicht etwas höher waren, dass es in der Finanzkommission kontroverse Diskussionen gab. Wir waren bei vielem nicht gleicher Meinung. Aber ich habe einen gegenseitigen Respekt verspürt. Man konnte sagen, was man denkt, und konnte auch akzeptieren, dass Andere andere Meinungen hatten. Ich habe ein paar Aussagen zusammengefasst, wo man etwas sieht, wie in der Eintretensdebatte in der Finanzkommission die allgemeine Stimmung war. Es sind alles Zitate, die ich habe.

- «Der Stadtrat gab sich extrem Mühe, ein mehrheitsfähiges Budget zu erstellen.»
- «Das Budget hat viele Angriffsflächen.»
- «Das vorliegende Budget ist ein Kompromiss, der zu akzeptieren ist.»
- «Das Budget ist noch kein guter Kompromiss.»
- «Alle vorgeschlagenen Investitionen müssen im Interesse der Stadtentwicklung genehmigt werden.»
- «Ein Budget mit einem Defizit trotz Steuererhöhung ist in Zeiten der wirtschaftlichen Hochkonjunktur nicht akzeptierbar.»
- «Die vom Stadtrat vorgeschlagene Steuererhöhung ist das absolute Minimum».
- «Solange der Stadtrat seine eigenen finanzpolitischen Zielsetzungen nicht einhält, stimme ich einer Steuererhöhung nicht zu.»
- «Das Budget könnte in der vorliegenden Form im Parlament eine Mehrheit finden. Bei einer möglichen Volksabstimmung ist der Erfolg allerdings unsicher.»

Das waren neun Punkte, wo man ein wenig sieht, wie die Diskussionen sind. Ich glaube, ich muss nicht Prophet sein, dass man heute Abend wieder viel in diese Richtung hören wird. In der Detailberatung gab es einige Kürzungsanträge, einige wenige Erhöhungsanträge. Die meisten Kürzungs- und alle Erhöhungsanträge wurden abgelehnt. Ich habe es einleitend gesagt. Meistens mit einer ganz knappen Mehrheit von einer oder zwei Stimmen auf diese oder die andere Seite. Die Stadtkanzlei hat Euch bereits informiert, welche Anträge Erfolg hatten. Ich möchte dies kurz wiederholen, damit wir alle den gleichen Stand haben. In der Jahresrechnung waren dies:

- Streichung der Hälfte der Pensenaufstockung für Schulleitungen (Einsparung 32'000, welche die Mehrheit der Finanzkommission vorschlägt)
- Streichung des Beitrages an die Schützenvereine für die Nachwuchsförderung (Einsparung: 4'600)
- Streichung Pensenaufstockung Werkhof (Einsparung: Einsparung 32'000)

Das ist in der Laufenden Rechnung unterschiedlich zum Vorschlag des Stadtrates.

In der Investitionsrechnung hatte es zwei Posten, bei denen in der Finanzkommission Streichungsanträge durchkamen:

- Streichung Sanierungskredit Froheimschulhaus (Einsparung 130'000)
- Streichung Kosten für Zwischennutzung Naturmuseum (Einsparung 200'000 Franken)

Die Begründungen für diese Streichungsanträge wird die Finanzkommission im Laufe der Detailberatung machen. Ich glaube, es ist auch sinnvoller, als wenn man jetzt hier alles herunterbetet und uns alle fordert, dass wir dies im Kopf behalten können. Höchst umstritten waren in der Finanzkommission, und ich glaube, auch hier bin ich kein Prophet, dass dies nicht auch im Parlament sein wird, die Steuersätze. Der Stadtrat beantragt bekanntlich 110 Steuerpunkte für juristische und 112 für natürliche Personen.

In der Finanzkommission gab es insgesamt drei Änderungsanträge:

- je 112% für juristische und natürliche Personen.
- Je 110% für juristische und natürliche Personen.
- Je 108% für juristische und natürliche Personen (also für den heutigen Steuersatz)

Nach einer längeren Abstimmungskaskade votierte am Schluss eine Mehrheit der Finanzkommission für Steuersätze von je 110%, die gleichen Steuersätze für natürliche und juristische Personen und damit für eine Steuererhöhung von je 2 % im Vergleich zu heute oder 2 Prozentpunkte, um ganz genau zu sein. Im Ergebnis der Beratungen der Finanzkommission mit dieser Steuererhöhung, mit diesen wenigen Änderungen im Investitionsplan in der Laufenden Rechnung haben wir ein Budget nach Beratung in der Finanzkommission mit einer Steuererhöhung von je 2 % für natürliche und juristische Personen

- mit Ausgaben von 111,581 Mio. und Einnahmen von 110,142 Mio
- mit einem Defizit in der Laufenden Rechnung von 1,44 Mio
- mit einem Investitionsvolumen von rund 16,7 Mio.

In der Schlussabstimmung stimmte die Finanzkommission diesem Budget mit 4 zu 3 Stimmen zu. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Wir hatten ja vor, die Steuern für natürliche Personen auf 112 % zu erhöhen und für juristische Personen auf 110 %. Das ist immer noch weniger, als wir 2014 und 215 vorhatten, als wir von 115 % gesprochen haben. Trotz dieser Steuererhöhungen gibt es unter dem Strich ein Minus von fast Fr. 800'000.—. Ihr habt heute einen Zettel erhalten, wo gewisse Stellen, die im Budget schon enthalten waren, angepasst wurden. Es handelt sich um die Leitung KIFF, Sachbearbeitung KIFF, wo nur noch 20 % statt 40 % beantragt werden, und bei der Schulleitung 40 statt 42 %. Das führt zu einer Reduktion von Fr. 96'700.—, und somit würde das Defizit Fr. 691'800.— ausmachen. Was die wesentlichen Veränderungen in den verschiedenen Ertrags- und Aufwandsposten gegenüber dem Budget 2018 sind, kann man im Bericht und Antrag auf Seite 8 oben sehen. Es handelt sich vorwiegend um fremdbestimmte Mehrausgaben, die Besoldung der Lehrkräfte, Schulgelder Sek P, Sozialregion, Finanz- und Lastenausgleich. Das macht zusammen 3,7 Millionen. Dazu kommen noch reduzierte Schülerpauschalen, wo wir vom Kanton weniger erhalten, von rund Fr. 311'000.—. Dann seht Ihr noch, dass wir planen, dass es bei den juristischen Personen einen Rückgang der Steuern von rund 1 Million Franken. Wenn man diesen Mehraufwand oder Minderertrag zusammenrechnet, ergibt dies rund 5 Millionen Franken. Glücklicherweise können wir bei den natürlichen Personen ohne Steuererhöhung mit Mehreinnahmen von rund 1,3 Millionen Franken rechnen. Hier sieht man, wie viele Sachen fremdbestimmt sind, und man sieht auch, dass wir im Stadtrat, und ich gehe davon aus, dass dies im Parlament nicht anders sein wird, eine gewisse Ohnmacht zu erkennen ist, gegen die man eigentlich nichts tun kann. Die Nettoinvestitionen betragen 17,08 Millionen Franken. Davon sind rund 10,93 Millionen Franken für den Werterhalt eingeplant und nur 4,4 Millionen Franken für Erweiterungsinvestitionen. Ausnahmsweise bin ich in diesem Punkt mit Felix Wettstein einig, dass er gestern gesagt hat, nur der kleinste Teil wird eigentlich für Erweiterungsinvestitionen verwendet und der grösste Teil der Investitionen oder Beträge werden für den Werterhalt aufgewendet. Trotz dieser vielen drittbestimmten zusätzlichen

Kosten muss klar gesagt werden, dass der Stadtrat die selber gesteckten Ziele nicht erreicht hat. Das gilt für die finanzpolitischen Grundsätze, insbesondere keine Neuverschuldung und Selbstfinanzierung von 100 %. Für die Budgetvorgaben, die wir uns selber gegeben haben, insbesondere was den Sachaufwand und den Personalaufwand betrifft, und auch im Hinblick auf den letztjährigen Finanzplan, wo wir eigentlich gesagt haben, wir sparen so viel, wie wir mit den Steuern hinaufgehen. Zu diesem Thema hat sich der Stadtpräsident schon im OT vom 20. Oktober 2018 geäußert und sich auch selbstkritisch gezeigt. Ich bin froh, dass er dies getan hat und ich dies nicht tun muss. Sonst hätte ich von gewissen Parteien wieder eine Schelte erhalten, dass ich mich nicht an das Kollegialitätsprinzip halte. Aber lassen wir dies. Dieses Budget haben wir im Stadtrat in drei Lesungen behandelt, und man hat wirklich versucht, jeden Posten zu hinterfragen und zu schauen, ob Ersparnisse möglich sind oder nicht. Hier kann ich Matthias Borner beruhigen. Diese Diskussionen waren alles andere als harmonisch, sehr kontrovers und es ist eingehend diskutiert worden. Man hat gewisse Einsparungen getroffen, und sie sind durch die Mehrausgaben, die drittbestimmt wurden, wieder aufgefressen worden, gewisse Anträge haben keine Mehrheit gefunden oder wurden zurückgezogen. Es ist somit nicht so, dass wir nicht probiert haben, dieses Ziel zu erreichen, dass wir gleich viel einsparen können, wie wir die Steuern erhöhen. Aber es ging einfach irgendwie nicht. Urs Knapp hat das Zitat richtig gesagt. Das vorliegende Budget ist ein Kompromiss. Deswegen bitte ich Euch, dem Vorschlag inklusive Steuerfuss zuzustimmen. Merci.

Philippe Ruf, SVP-Fraktion: Wie schon gestern und auch heute gesagt, sind wir mit diesem Budget nicht einverstanden. Wir finden es nicht gut, wenn dies Euer Plan ist, und sehen die Sparmassnahmen, die Ihr angekündigt habt, einfach nicht. Sie sind nicht enthalten. Ihr habt sie in der Vergangenheit nicht eingehalten. Ihr versucht es jetzt schon gar nicht mehr. Es kann nicht sein, dass wir die Steuern erhöhen und trotzdem ein Minus machen, um dies einmal ganz kurz zu sagen. Wir haben probiert, Euren Job zu übernehmen, werden Kürzungsanträge stellen, die nachher auch rechtfertigen würden, dass es keine Steuererhöhung braucht und man in ein positives Budget käme respektive auch eine schwarze Null hinbekommen würde. Ich möchte beliebt machen, dass man die Streichungsanträge unterstützt. Dann können wir alle dazu beitragen, dass einige Sachen in diesem Budget auch durchaus umgesetzt werden können und alle aber auch befriedigt sind und sagen können, okay, wir schaffen das Ganze ohne Steuererhöhungen, und ich finde, wir sind es den Oltnerinnen und Oltnern schuldig, dass wir auf eine Null kommen. Wir müssen konsequenterweise auch sagen und wie wir dies auch angekündigt haben, wenn wir am Schluss kein Budget haben, bei dem wir auf eine Null kommen und keine Steuererhöhungen drin vorkommen, werden wir dies am Schluss auch ablehnen und notwendigerweise im Nachhinein auch das Referendum ergreifen, wenn dies nicht so zustande kommt.

Dieter Ulrich, Fraktion SP/Junge SP: Ich möchte zuerst einmal dem Stadtrat, der Finanzdirektion und auch der ganzen Verwaltung für das Budget, das uns hier vorgelegt haben, danken. Ich denke, es ist jedes Jahr ein Prozess, der über Monate geht, der am Schluss in diesen zwei dicken Büchern resultiert. Das gehört natürlich zur Arbeit einer Verwaltung, ist aber trotzdem nicht einfach selbstverständlich. Wir sind froh, dass der Stadtrat mit diesem Budget jetzt einmal eindeutig Farbe bekennt. Bis jetzt haben wir die Steuererhöhung eigentlich immer nur im Finanzplan gesehen, der dann wieder hinausgeschoben wurde. Jetzt haben wir einmal eine Vorlage mit einer Steuererhöhung mit entsprechenden Ausgaben, die der Stadtrat angehen will. Er will zum Glück nicht nur noch verwalten, wie er es in den letzten Jahren aufgrund der Finanzsituation auch tun musste. Er will auch wieder gestalten. Das unterstützt man selbstverständlich. Diese Stadt muss sich auch weiterentwickeln können. Diese Stadt muss aber auch ihre Altlasten, die sich in den letzten Jahren oder sogar Jahrzehnten angehäuft haben, aufarbeiten, angehen und fit für die Zukunft machen. Negativ – daran kann man jetzt auch nichts mehr ändern – ist, dass halt im Vorfeld dieses Budgets respektive auch im letzten Jahr sich der Stadtrat vielleicht einfach auch taktisch unklug verhalten hat. Mit dem angekündigten, damals schon unrealistischen Sparprogramm im Zusammenhang mit der angekündigten Steuererhöhung, hat er sich möglicherweise argumentativ auch ein Eigengol geschossen. Das wird jetzt natürlich von

der Gegenseite, wie es schon passiert ist, genüsslich um die Ohren gehauen, dass davon nichts mehr zu sehen ist. Wir haben damals schon gewusst, dass dies nichts wird. In der letzten Legislatur haben wir vier Jahre lang gespart. Es wäre komisch, wenn man dort plötzlich einmal 3 Millionen hätte freimachen können. Dann hätte man es nämlich auch schon viel früher machen können. Insofern sind wir nicht erstaunt, dass das Sparprogramm nicht kommt. Wir bedauern, dass dies jetzt argumentativ etwas schwieriger wird. Aber nichts destotrotz: An der Situation, wie es ist, ändert es nichts. Gestern war im Zusammenhang mit dem Finanzplan schon von diesem Investitions-Tsunami die Rede. Es ist natürlich insofern nicht ein ganz korrekter Vergleich. Es geht zum Glück hier nicht um irgendeine fatale Überschwemmung, Überflutung, wo es um Leben und Tod geht. Dieses Bild ist aber nicht ganz falsch. Ein solcher Tsunami kommt nicht einfach so. Er hat einen Auslöser, und er baut sich über eine relativ lange Zeit auch auf, bis er sich dann irgendeinmal gewaltig entlädt. Insofern stimmt dieses Bild eben schon. Man hat diese Investitionen, vor allem auch in den Werterhalt, über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinausgeschoben. Eigentlich seit ich in diesem Rat dabei bin, heisst es im Finanzplan immer, theoretisch ist der Investitionsbedarf für den Werterhalt so und so hoch. Dann hat man geschaut, welcher Wert in diesem Finanzplan eingesetzt ist, und er war jedes Mal darunter, auch in den Zeiten, als es uns noch viel besser ging. Das ist ein chronisches Problem, das wir schon seit weiss ich nicht wann mitziehen. Es hat sich jetzt einfach angefangen aufzustauen, und irgendeinmal entlädt sich dies, ob uns dies passt oder nicht. Das wird kommen. Gegen einen Tsunami kann man sich auch nicht stemmen. Man kann nicht irgendeine Mauer bauen. Man kann auch nicht sagen, man habe gesagt, wir gehen heute an den Strand und wenn die Tsunami-Warnung kommt, gehen wir gerade zuleide an den Strand. Dann bist Du einfach weg. Das kann man probieren. Aber es wird keinen Erfolg haben. Genauso wird es auch bei uns sein. Man kann jetzt darüber diskutieren, wie hoch die Steuern sein sollen und wann sie erhöht werden sollen. Aber die Tatsache, dass wir uns einfach Altlasten aufgeladen haben, ändert sich nicht. Das werden wir irgendeinmal lösen müssen. Wahrscheinlich wird dann die Steuererhöhung umso höher sein, je länger man es hinauszögert. Ich habe auch noch ein wenig zurückgeschaut und stelle einfach fest, dass sich auch irgendwie das Koordinatensystem in diesem Parlament über all die Jahre, in denen ich dabei war, etwas geändert hat. Ich kann mich noch an die Zeit erinnern, als wir noch bedeutend höhere Steuern hatten, als das Parlament deutlich bürgerlicher war. Trotzdem hatten wir im Budget noch Beiträge für Inland- und Auslandhilfe. Es hat natürlich auch damals schon Anträge gegeben, diese zu streichen, weil man fand, es sei nicht nötig, man kann es sich nicht leisten. Aber das ist damals noch abgelehnt worden. Ich stelle heute fest, dass man einfach wirklich ein solches Primat eines tiefen Steuerfusses hat, dem man irgendwie alles andere unterordnen will. Das ist nicht unsere Position. Ich denke, es ist für diese Stadt auch nicht gesund, wenn man immer nur auf diesen Steuerfuss fokussiert. Das wird nicht aufgehen können. Natürlich sind wir nicht begeistert davon, wenn die Steuern erhöht werden, jedenfalls nicht alle. Eine zusätzliche Verschuldung macht mir auch Sorgen. Darum geht es nicht. Aber es ist halt einfach so. Ob wir jetzt diese Verschuldung in Franken und Rappen irgendwo in der Bilanz haben, oder ob wir sie irgendwo in den Gebäuden oder sonst irgendwo versteckt haben, ist es da, und es wird nicht besser, wenn wir einfach wegschauen. Es bringt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Damit ist kein Problem gelöst. Auch wenn die Attraktivität der Stadt leidet, das wird uns wahrscheinlich eher früher als später einholen. Gerade zum Beispiel die PU Hammer, wo immer angeführt wird, dass dies unnötig ist. Ich kann dies nicht belegen. Aber wenn das Quartier dort hinten nicht zum Fliegen kommt, wenn es nicht funktioniert, und diese Unterführung wird einen Beitrag dazu leisten müssen, dass es funktioniert, dann holt uns dies später wieder ein, indem wir nachher beklagen, wie zu viele Sozialfälle dort hinten sind oder was auch immer. Das wird uns dann auch wieder kosten. Man wird zwar die Schuldigen auch wieder schnell benennen, und der Stadtrat wird, wer auch immer dann dort vorne sitzt, auch dann wieder dafür verantwortlich sein. Aber das Problem verursachen wir jetzt, wenn wir dort nicht zukunftsgerichtet handeln. Man hört auch immer den Vorwurf, gerade an unsere Fraktion, wir würden nicht verzichten und ständig unseren Wunschkatalog bringen. Das stimmt insofern natürlich nicht. Wir führen heftige Diskussionen, was wirklich alles realistisch, wünschbar oder eben nicht wünschbar und machbar ist. Da führen wir durchaus Diskussionen. Wir ziehen einfach die Grenzen anders

als andere Fraktionen. Das ist auch unsere Aufgabe. Ich möchte daran erinnern, dass wir zum Beispiel die Kürzungen im Personalbereich bis zu einem grossen Grad mitgetragen haben. Das war nicht unser Anliegen, und wir sind auch an unsere Schmerzgrenze gegangen. Wir waren bereit, dort Kompromisse einzugehen. Andaaare war eines unserer wichtigen Anliegen. Da haben wir im Volk eine deutliche Mehrheit erhalten. Von diesen 25 Millionen ist jetzt hier nichts mehr drin oder höchstens noch marginal für etwas Anderes. Das haben wir zähneknirschend akzeptiert, auch wenn wir immer noch die Hoffnung haben, das sich dort früher oder später etwas daran ändert. Wir sind der Meinung, dort muss sich etwas ändern. Aber wir sind jetzt nicht so stur, dass wir sagen, das hat das Volk jetzt angenommen. Das muss jetzt unbedingt kommen. Wir haben auch gesehen, dass es im Moment nicht finanzierbar ist. Wenn gestern von der SVP gesagt wurde, der Stadtrat hat sein Ziel verfehlt, meine ich, das ist das Ziel der SVP. Das ist Euer gutes Recht, dieses Ziel zu haben. Mich würde es beunruhigen, wenn der Stadtrat das gleiche Ziel wie Ihr hättet. Dann würde etwas falsch laufen. Es wird immer auch gesagt nice to have. Dann sagt, was nice to have ist, wo kein nice to have Platz hat. Aber sagt, was in diesem Budget nice to have ist, und dann wird dies herausgestrichen respektive kann man darüber diskutieren, ob es herausgestrichen werden soll. Aber genau mit Eurem Rückweisungsantrag wolltet Ihr Euch wieder davor drücken. Das akzeptieren wir einfach nicht. Offenbar ist ja der Eislauf im Kleinholz für Euch nicht nice to have. Man kann dafür oder dagegen sein. Aber das sind gleichwohl namhafte Beträge. Wir haben in der Finanzkommission auch schon diverse Anträge diskutiert. Aber selbst wenn sie durchgekommen wären, wären wir noch weit davon entfernt, wirklich ein ausgeglichenes Budget ohne Steuererhöhungen zu haben. Das muss man einfach auch sagen. Ich habe einfach ein wenig Angst - man hat es in der letzten Vorlage schon gesehen – dass der Entscheid bei der letzten Vorlage oder eben Nichtentscheid, wenn man so will, ein Vorgeschmack sein könnte, wie diese Diskussionen in Zukunft hier laufen. Das macht mir ehrlich gesagt etwas Angst, weil dies auf einer destruktiven Schiene ist. Ich möchte dies weder auf der einen noch auf der anderen Seite haben. Deshalb wäre mein Appell schon, dass man einen vernünftigen Kompromiss sucht, den man mittragen kann, damit wir diese Stadt auch zukünftig gestalten können. Sonst haben wir alle ein Problem. Zum Inhalt insgesamt stimmt die Fraktion diesem Budget so zu. Ich denke, das ist auch zum Ausdruck gekommen. Ein Punkt, den ich erwähnen möchte. Wir haben auch noch länger über die Einmalzahlung an das Personal diskutiert. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass man es eigentlich über den Teuerungsausgleich machen sollte, dass man dort dauerhafte Lösungen haben sollte und nicht solche Einmalzahlungen, die eigentlich nicht nachhaltig sind. Wir sind in Anbetracht der Umstände und so, wie die Diskussionen wahrscheinlich laufen werden, der Meinung, dass wir dies trotzdem so unterstützen. Aber das ist kein Präjudiz für die Zukunft. Wir sind der Meinung, in Zukunft muss dieser Teuerungsausgleich dann auch wieder gewährt werden. Zu den Steuerfüssen: Das ist sicher, was am Meisten zu diskutieren geben wird. Eine Mehrheit ist der Meinung, dass für juristische und natürliche Personen der gleiche Steuerfuss, sprich 112 %, gelten soll. Die Minderheit der Fraktion unterstützt den stadträtlichen Vorschlag mit 112 für natürliche und 110 für juristische Personen. In diesem Sinne möchte ich bitten, eine konstruktive Diskussion zu führen. Man kann hart diskutieren. Aber ich finde immer, am Schluss muss die Sache im Zentrum stehen, und bitte Euch, diesem Budget zuzustimmen. Merci.

Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Mit diesem Budget hat es der Stadtrat geschafft, fasst alle mindestens an einem Ort zu verärgern. Deshalb denken wir nicht, dass es sich schon um einen guten solidarischen Kompromiss handelt. Trotz Aussagen über eine lange, intensive Auseinandersetzung erscheint es noch nicht so gut ausgereift für eine Genehmigung, so dass schon früh zahlreiche Änderungswünsche absehbar wurden und sich eine umfangreiche Debatte im Parlament abgezeichnet hat. Auch bei uns hat es keine wirkliche Zufriedenheit und auch noch einiges zu reden gegeben. Wir sind uns auch nicht in allen Punkten einig geworden, so dass ich einfach für eine Fraktionsmehrheit spreche. Positiv ist sicher, dass die Analysen auch in der Finanzkommission ergeben haben, dass effektiv weniger Ausgabenposten realistisch sind, als aufgeführt wurden, weil der Stadtrat noch wenig ausgereifte Stellenbegehren selber wieder zurückgezogen hat. Leider ist die Aufstellung dazu trotz meiner Anregung nicht vorab verschickt worden. Wir hatten sie aber

jetzt heute doch noch hier. Das hat nämlich auch noch etwas für missverständliche Diskussionen und Erklärungsbedarf in der Fraktion gesorgt. Auch die Abschreibungen werden 2019 tiefer ausfallen, weil absehbar ist, dass auch in diesem Jahr die Investitionsrechnung nur zu ca. 70 % ausgeschöpft werden wird. Auch in diesem Licht und von den weiteren Vorjahren erscheinen die Planungskürzungen für die Investitionsrechnung als sehr vorsichtig geplant, und man kann vermutlich auch wieder damit rechnen, dass eher mehr als weniger drin ist. Auch der Sachaufwand erscheint erneut sehr luftig statt knapp anhand der letzten Rechnungen, wenn man hier vergleicht. Weil es so viele Summen von Posten sind, war es offenbar schwierig zu analysieren. Aber es scheint doch die Tendenz zu geben, dass Nachtragskredite, die man halt kurz begründen müsste, gescheut werden. Das bedauern wir sehr, weil wir uns hier schon erhofft hätten, dass man hier etwas mehr herausholen könnte, was dann vielleicht für Anderes zur Verfügung hätte stehen oder wir uns auch ein genaueres Bild des Budgets hätten machen können. Bei dieser Ungenauigkeit leidet halt doch auch ein wenig das Vertrauen, was denn genau ist und wie realistisch es sein wird, auch wenn es selbstverständlich schöner ist, wenn die Rechnung nachher besser herauskommt. Aber genau grosse Abweichungen sorgen ja dann auch wieder für Diskussionen und unterschiedliche Interpretationen. Die Einmalprämie an das Personal sehen wir auch positiv als faire Lösung, weil sie für alle gleich ist und auch diejenigen sie erhalten, die im Besitzstand sind, wo wir uns erklären liessen, dass dies relativ viele sind, so wie die Stellenstruktur im Moment in der Stadt ist. Es ist für uns auch eine Wertschätzung gegenüber dem Personal, auch für das gute Engagement in den letzten doch sehr schwierigen Zeiten, wo uns auch die Grafik der Nettoinvestitionen und Selbstfinanzierung, die uns der Finanzverwalter vorgestellt hat, noch einmal eindrücklich vor Augen führt, mit diesem krassen Loch noch 2013/2014, das überall Spuren hinterlassen hat. Nicht gefallen uns das Defizit, ohne dies doch die sagen wir einmal positiveren Einschätzungen vorher auch mehr Bauchweh bereiten würde. Die teilweise Prioritätensetzung des Stadtrates zu Projekten, die nachher doch auch noch die einen oder anderen Anträge auslösen werden oder eben einzelne Anträge der FIKO unterstützen würden. Wir sind der Meinung, dass jetzt wieder in die Stadt investiert werden muss. Aber von der Gewichtung und auch von der Kommunikation haben wir doch gewisse Fragezeichen. Die Steuererhöhung an sich hat uns auch nicht sonderlich gefallen, gerade noch gleichzeitig mit der Aufsplittung von unterschiedlichen Steuerfüssen für natürliche und juristische Personen. Zum Zeitpunkt, in dem man die Auswirkungen der Steuervorlage 2017 noch nicht sagen kann, finden wir dies ganz unglücklich und auch im Zusammenhang, wo die grössten Projekte, von denen wir wissen, dass sie noch in der Pipeline sind, jetzt in diesem Budget 2019 auch noch nicht aktuell enthalten sind. Wir werden uns deshalb mehrheitlich für einen Steuerfuss, um dies schon vorab zu nehmen, von diesem Vorschlag, der sich in der FIKO durchgesetzt hat, von 110 und 110 aussprechen.

Laura Schöni: Wir von Olten jetzt! danken dem Stadtrat für das Budget. Wir haben es durchgelesen und als realistisch befunden. Das erste Mal werden keine Reserven aufgelöst. Es wird nicht irgendetwas verschönert, und am Schluss heisst es, oh, es hat ja gereicht mit diesen Steuersätzen, die wir bis jetzt haben. Wir sind ja durchgekommen. Aber das Leben kostet eben. Wer hat dies gedacht? Es kostet. Wir sehen ein und sind froh darum, dass sich der Stadtrat entschlossen hat, in den Werterhalt und unsere Stadt zu investieren. Wir sind dankbar, dass diese Erkenntnis endlich da ist, weil es nötig ist, dies zu tun. Es ist heute Abend schon einmal gesagt worden. Es ist x Jahre aufgeschoben worden. Jetzt ist der Moment da, um dies zu tun. Wir müssen uns entscheiden, was uns eine attraktive Stadt wert ist und wie wir dies finanzieren wollen. Wir von Olten jetzt! finden, dass dies nicht mit Einsparungen passieren soll. Wir sehen keinen Ort, wo die Stadt noch mehr sparen soll. Das Ganze soll also mit einer Steuererhöhung finanziert werden, weil wir uns für einen kleinen Beitrag pro Kopf zusammen etwas leisten können, nämlich etwas ganz Grosses, etwas, das sich eine einzelne Person nicht leisten könnte, eine funktionierende und attraktive Stadt. Das ist genau, was wir wollen. Der stadträtliche Antrag von 110 für juristische und 112 für natürliche Personen hat auch bei uns zu reden gegeben. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es darunter für uns nicht funktioniert. Die Mehrheit von uns wird dem stadträtlichen Antrag folgen, und es gibt Leute in der Fraktion, die auch noch für einen höheren Steuersatz

sind. Wenn wir rein rechnerisch schauen würden, wäre es ja sinnvoll, wir hätten am Schluss auch noch eine Null in der Rechnung. Das heisst, mit 114 für natürliche und 110 für juristische Personen hat man rein rechnerisch eine Null in der Rechnung. Wir folgen aber sicher dem stadträtlichen Antrag, was das Budget angeht. Wir werden es auf jeden Fall nicht zurückweisen und die Steuererhöhung sind wir auch für diesen zu haben, wenn nicht noch höher.

Raphael Schär, Fraktion Grüne: Wir können heute über die Nettoinvestitionen im Rahmen von 17 Millionen Franken diskutieren und hoffentlich auch beschliessen. Oder anders gesagt, ein Investitionsanteil von 14,5 %. Gemäss dem Richtwert, der auch im Finanzplan erwähnt ist, reden wir hier von einer mittleren Investitionstätigkeit. Mit einem Anteil von unter 10 % waren wir bisher bei einer schwachen Investitionstätigkeit. Das erachten wir für eine Stadt mit Zentrumsfunktion als inakzeptabel. Felix hat es gestern vorgerechnet, und es ist heute auch schon zitiert worden. Wir finden eine durchschnittliche Nettoinvestition im Rahmen von ungefähr 19 Millionen, sprich Fr. 1'000.— pro Einwohnerin und Einwohner angebracht und unterstützen deshalb das aufgezeigte Budget 2019. Es ist auch bereits gestern im Finanzplan betont worden. Der Stadtrat dürfte sich auch im Budget besser verkaufen, und es wäre vielleicht auch einmal angebracht, die finanzpolitischen Grundsätze zu überdenken. Wir haben in den letzten Jahren notwendige Investitionen versäumt, und es gilt, diese jetzt aufzuholen. Schliesslich wollen wir unseren Kindern und Grosskindern eine intakte Stadt überlassen, und da meine ich nicht nur finanziell. Wir lehnen deshalb sämtliche Sparanträge aus der Finanzkommission ab. Wir sind gegen einen ruinösen Steuerwettbewerb zwecks einer sogenannten finanziellen Attraktivitätssteigerung, wenn gleichzeitig unsere Schulen und andere Infrastruktur nicht mehr instandgehalten werden kann. Bei Erneuerungen und Sanierungen dann pauschal von verfrüht zu sprechen, erachten wir dann auch noch als Affront gegenüber den Kompetenzen in der Verwaltung, die dies hoffentlich besser abschätzen kann. Es ist vielmehr so, dass es wegen der verfehlten Tiefsteuerstrategie bereits Sanierungen hätte geben müssen, die aber dann aufgeschoben worden sind. Gestern wurde von der bürgerlichen Seite gesagt, dass der Werterhalt nicht zur Debatte steht, jedoch wären dann allein dies im Hochbau 7,5 bis 11,5 Millionen. In Anbetracht, dass wir in den letzten Jahren eher unter diesem Betrag waren, ist der Aufholbedarf klar ersichtlich. Ein weiteres Abwarten bei den für 2019 geplanten Sanierungen ist unverantwortlich. Gegenüber dem Finanzplan sind jedoch für 2019 bereits diverse Projekte nach hinten verschoben worden. Wir haben es gestern auf schon aufgezählt. Der Generationenspielplatz, die Aussenanlage im Sälischulhaus, das räumliche Leitbild, der Hochwasserschutz im Wilerfeld von wegen Tsunami und trotz Parlamentsentscheid vor einem Jahr wiederum das Schulmobiliar. Wir sehen, dass im Stadtrat eine Priorisierung stattgefunden hat, auch wenn wir nicht mit jeder Priorisierung einverstanden sind. Kurz zusammengefasst kann man sagen, wir stimmen diesem Budget mit einigen Änderungen, die schon angekündigt wurden, zu und werden für einen Steuerfuss von 112/112 stimmen.

Reto Grolimund, FDP-Fraktion: Eigentlich kann man jetzt noch einmal wiederholen, was ich zur Rückweisung gesagt habe. Selbstgestecktes Ziel nicht erreicht. Jetzt führe ich dies aber noch etwas aus. Der Stadtrat wollte ja diese Sachausgaben auf dem Stand der Jahresrechnung 2016 und 2017 fixieren und hat jetzt Mehrausgaben von 1,1 Millionen ausgewiesen. Wir haben dieses Ziel, die 1,1 Millionen einzusparen als realistisch betrachtet. Der Stadtrat wollte den Personalbestand beibehalten. Jetzt werden 2,6 neue Stellen beantragt. Wir haben es als realistisch betrachtet, dass die Direktionen miteinander reden und schauen, wo es mehr und wo es weniger braucht. Seit Jahren braucht es immer mehr. Der Stadtrat wollte ein Entlastungspaket in das Budget einbauen. Es wird jetzt zwar gesagt, dass dies unrealistisch war. Aber es lag auf dem Tisch, und jetzt ist es nicht mehr auf dem Tisch. Für uns waren diese Ziele realistisch. Jetzt kommt ein Budget, wo diese Ziele nicht eingehalten sind. Dieter, Du sagst, unsere Aufgabe sei es, von Euch aus gesagt, dass Ihr jetzt hier etwas pusht, dass Ihr dieses Geld ausgeben wollt, dass Ihr diese Stadt attraktiv behalten wollt. Was ist dann unsere Aufgabe? So können wir nicht sachlich diskutieren, wenn wir uns immer nur auf unsere Aufgaben, die wir uns selber zuschreiben, besinnen. Wir müssen schauen, was wir unseren Leuten in dieser Stadt in ein paar Jahren hinterlassen

wollen. Olten jetzt! heisst Olten jetzt. Laura sagt, wir finden jetzt schon keinen Ort mehr, um zu sparen. Wenn dies so weitergeht, wie wir gestern im Finanzplan gesehen haben, wenn wir mit dem Nettoverschuldungsquotienten hoch hinaufkommen, sind wir hier mitverantwortlich, wenn die Leute an einem Ort oder zu einem Zeitpunkt, in dem man dann wirklich nichts mehr zum Sparen findet, sparen müssen. Zum mittleren Investitionsaufkommen der Grünen habe ich gestern schon etwas gesagt. Es ist klar, dass ein mittleres Investitionsaufkommen mit diesen 14 %, die wir haben, ein mittleres ist, und wir haben eine Zentrumsfunktion. Wir haben jetzt eine Pro-Kopf-Verschuldung von Fr. 2'500.—, und es nicht mehr so viel Luft nach oben. Das haben wir gestern im Finanzplan gesehen. Weil wir diese Ziele des Stadtrates als realistisch angeschaut haben, werden wir, wenn wir jetzt innerhalb der Debatte keine Bereitschaft zu Abstrichen an diesem Steuerfuss von 108/108 aktuell festhalten.

Matthias Borner: Ich möchte nur kurz etwas sagen. Wenn ich die Debatte von heute vergleiche, hast Du gesagt, die Rückweisung sei ein Fehler gewesen. Wir sollen uns doch jetzt hinstellen und sagen. Aber gerade vorhin hatten wir ein Geschäft, das Ihr zurückgewiesen habt. Obwohl Ihr wisst, dass dies vom Termin her fast nicht möglich, dass man dies nachher überhaupt in geordneten Bahnen abschliessen kann, wart Ihr ja für Rückweisung. Hier seid Ihr nicht ganz konsequent, und diese Kehrtwende war innerhalb einer Stunde. Das Zweite ist, dass Ihr gesagt habt, wir sollen jetzt sagen, wo man Geld ausgeben soll. Dann wollt Ihr uns wahrscheinlich an jeder Sparmassnahme aufhängen. Man sieht auch die verschiedenen Haltungen. Ihr seid solidarisch mit Geld anderer Leute. Wir wollen einfach eine Priorisierung sehen. Diese versuchen wir hier zu machen. Es ist die Aufgabe des Stadtrates, diese Priorisierung auch zu machen. Wenn wir das Gefühl haben, er habe diese Aufgabe nicht genügend gemacht, stellen wir halt Anträge. Übrigens habe ich gerade kürzlich gelesen, dass im Kanton Zürich die Regierung Kürzungsanträge macht. Dann kann das Parlament entscheiden, ob es diesem Kürzungsantrag folgen will. Ich möchte Euch nur sagen, dass der Push nicht immer von einer kleinen Minderheit aus dem Parlament kommen muss, sondern er kann auch einmal von der Regierung aus kommen.

Michael Neuenschwander: Hier muss ich etwas entgegnen. Wir müssen doch unser Ziel vor Augen halten, nämlich, dass wir heute Abend ein gültiges Budget beschliessen können und dass nicht einfach alles unter einer Referendumsdrohung steht und das Referendum nachher ergriffen wird. Mir leuchtet schon ein, dass es einigen Leuten gefallen würde, wieder einen solchen Shutdown zu machen, wo man dann drei Monate lang keine Schulexkursionen und so weiter und so fort machen kann. Da kann man wieder ein wenig etwas sparen. Aber das kann nicht unser Ziel sein. Ich meine, wir sind hier immerhin verpflichtet, zum Wohl der Stadt, des Gemeinwesens zu handeln. Das heisst für uns auch, dass wir, obwohl wir in diesen letzten Jahren – ich bin jetzt sechs Jahre dabei – weiss Gott nicht immer einverstanden waren, was bei diesen Budgets herausgekommen ist. Aber wirklich nicht. Da ist so viel weggegangen, das uns weh getan hat. Aber deswegen haben wir doch nachher nicht das Referendum ergriffen. Wir haben nicht einmal gedroht damit, sondern für uns war immer klar, wir müssen einen Kompromiss finden, und wir müssen nachher in dieser Stadt zusammenleben. Unser Ziel muss sein, am Schluss dieses Abends, heute, ein Budget zu haben. Dafür müssen wir Kompromisse schliessen und zwar alle.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich möchte gleichwohl gerne noch einmal ein Plädoyer machen, dass wir dem Stadtrat folgen. Es ist ja klar. Wir haben verschiedene Meinungen. Wenn wir das Gehirn anschauen, die Winkel, dunklen und hellen Ecken, die hier sind, müssen ja verschiedene Meinungen herauskommen. Philippe Ruf hat es gestern gut gesagt. Er hat das Ziel des Stadtrates gesucht. Eigentlich wollte er einfach sagen, dass der Stadtrat halt ein anderes Ziel als er hat. Seines ist einfach, dass Olten bis auf weiteres mit 108 % finanziert werden soll. Die Frage ist, ob dies geht. Heinz Eng hat gemeint, der Finanzplan sei ein Globi-Buch. Ich habe jetzt herausgefunden, welches Globi-Buch er gemeint hat. Ich werde dann noch daraus zitieren. Der Sprechende wird dem Stadtrat sicher folgen. 2019 macht er uns beliebt, die Einkommens- und Geschäftssteuer plus 2 Millionen hinaufzusetzen. Er hat jetzt, weil wir ihm immer vorgeworfen haben, er führe nicht, wirklich einmal die Führung

übernommen und hat uns klare Ziele gegeben. Offensichtlich ist ja Olten deutlich unterfinanziert. Das hast Du gestern gut gesagt. Deshalb haben wir jetzt eben diese Schulden angehäuft, obwohl wir immer darüber gesprochen haben. Wir alle haben durch die sehr tiefen Steuerfüsse, auch von der Alpiq her, enorm gespart. Wenn ich denke, was hier hereingekommen ist, weil ich einfach nicht Steuern zahlen musste, weil ich deutlich besser gefahren bin, als zum Beispiel in Grenchen oder irgendwo wohnen würde, ist ein erheblicher Beitrag. Das wären die sieben fetten Jahre. Jetzt kommen halt die anderen. Wir haben die aufgeschobenen Investitionen. Nun kommen etwas die mageren Jahre. Auch hier haben die Bessergestellten von den Steuerersparnissen natürlich überproportional profitiert. Jetzt müssen selbstverständlich auch diejenigen, die besser verdienen, mehr bezahlen. Wir wissen ja, Olten – da hast Du schon recht – wenn wir 100 Personen nehmen, zahlen eigentlich 70 30 %, und 30 % zahlen 70 % der Einkommenssteuer. Jetzt kann man wieder überlegen, für wen wir Politik machen, für die Wenigen oder halt für die Vielen. Dann müssen wir ehrlich sagen, von diesen 10'000 Personen, die im Schnitt etwa Fr. 1'500.— Steuern zahlen, geht die Steuer hinauf, ein Sechszwanzigstel von Fr. 1'500.—. Für die anderen 5'000, die 28 Millionen Steuern zahlen, diejenigen, die im Schnitt etwa Fr. 6'000.— zahlen, geht es auch einen Sechszwanzigstel hinauf, also entsprechend mehr. Aber ein Sechszwanzigstel, geht hier jemand innert zehn Jahren weg. Umziehen kostet etwa Fr. 20'000.— oder Fr. 30'000.—. Das kann ich mir fast nicht vorstellen. Solothurn hat 110 %. Sie haben sehr viele gute natürliche Steuerzahler. Das ist schon so. Ich glaube, Grenchen hat 120 plus. Ich habe nicht gehört, dass dort ein grosser Exodus passiert ist. Ich komme einfach auf das Resultat, dass Olten, damit wir die Stadt als Olten wirklich finanzieren können, eben mit dem Eishockey, eben mit dem Schwimmbad. Ich kann auch nach Aarau baden gehen. Ich kann nach Biberstein gehen. Es ist eine schöne Badi. Ich kann auch nach Aarau oder irgendwohin Schlittschuhlaufen gehen. Man kann dies alles abstellen. Aber ich denke, wir brauchen auch, wie der Stadtrat uns gesagt hat, 115 bis 118 % Einkommenssteuer. Die Verschuldung dieser 50 Millionen, da gibt es ja diese Ratings, und ich habe jetzt ausgerechnet, dass eigentlich die 20'000 Einwohner von Olten, wenn man das Bruttosozialprodukt der Schweiz nimmt – ich bin jetzt nicht ganz sicher – etwa 1,5 Milliarden werden in dieser Stadt offenbar erwirtschaftet. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass das Budget heute Theorie ist. Wir schauen immer auf diese Zahlen. Aber wenn wir dann den Jahresbericht sehen, was wir alles dafür erhalten. Das muss man auch einmal sehen. Urs Knapp hat einmal gesagt, das Wichtige ist eigentlich das Budget. Aber das ist ja Theorie. Das Wichtige ist doch, was wir erhalten, was das Resultat ist, der Output. Das haben wir gestern gelernt. Wir müssen einfach schauen, dass wir jetzt die Richtungsabstimmung hinbringen. Wenn halt dann das Referendum kommt und es so ist, müssen wir den Leuten erklären, was es heisst, eine Stadt mit 108 % zu machen, ob dies möglich ist. Was hat jetzt hier der Globi gesagt, um dies noch einmal zu erwähnen. Er träumt und fährt Berg und Tal. Aber jetzt wird Globi heiter, denn dort führt die Strasse weiter. Ohne jeden Zwischenfall fährt man noch vollends zu Tal.

Luc Nünlist: Ich wollte eigentlich auch noch ein paar Sachen sagen. Aber ich möchte mich nur anschliessen. Das ist alles.

DETAILBERATUNG

Seiten 3 bis 19

Keine Wortmeldungen

Seiten 22 bis 25

Keine Wortmeldungen

Seiten 29 bis 33

Keine Wortmeldungen

Seiten 34 und 35

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Seite 34 haben wir von Benvenuto Savoldelli vorhin erläutert bekommen. Die Änderung, die wir vorliegend erhalten haben, ist aufgelistet. Dort wäre der Ertrag. Das Ergebnis ist hier anders. Das wäre der Beitrag, den Ihr auf Eurer Darstellung habt. Ihr habt die nachträgliche Anpassung erhalten. Die Änderung Aufwandüberschuss findet man auf Seite 34.

0110.3170.00, 0120.3130.01 Umbuchung

Luc Nünlist: Ich habe einen kostenneutralen Antrag. In Konto 0120.3130.01 sind die Fr. 3'000.--, die im letzten Jahr budgetiert waren, sind nicht mehr drin. Dafür ist unter 0110.3170.00 eine Zusatzverpflegung Jungbürger für Fr. 3'000.— drin. Ich würde beliebt machen, dass wir dies belassen und die Jungbürgerfeier statt die Zusatzverpflegung drin lassen. Was ist die Motivation dafür? Es ist eigentlich einfach eine Abbuchungsstelle. Es ist ja der gleiche Betrag. Aus Überzeugung finde ich, es sollte eine Jungbürgerfeier eingeplant sein, nicht einfach nur eine Zusatzverpflegung. Es ist in diesem Sinne einfach eine reine Kostenstellenumbuchung.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wir hatten ja die Jungbürgerfeier immer organisiert, unter anderem auch durch die Jugendkommission. Vom Präsidium her möchten wir die Jungbürgerfeier gerne neu aufstellen, weil uns wichtig erscheint, dass dies erfolgen soll. Eine Idee, die es gibt, und deshalb erscheint es hier, Luc, in diesem Zusammenhang, dass wir eigentlich gerne eine Veranstaltung gemacht hätten – das ist jetzt eine Idee- wo wir jeweils bei der ersten Sitzung des Parlaments, wenn die Parlamentspräsidentin oder der Parlamentspräsident die Eröffnungsrede hält, wir sie auch einladen, damit sie quasi einen politischen Einstieg haben und wir nachher auch eine Verpflegung anbieten. Es ist noch nicht ganz ausgereift. Die Idee wäre, und deshalb kommt es auch hierher, dass wir eine gewisse Anbindung an das Parlament und den Betrieb nehmen würden. Das war die Idee. Selbstverständlich möchten wir diesen Betrag sehr gerne so oder so ausgeben. Wir haben es jetzt einmal hier platziert, weil es eine erste Idee war, die wir am Andenken sind.

Luc Nünlist: Ich war damals in der letzten Jugendkommission, die es gab. Wir hatten auch eine neue Idee für eine Jungbürgerfeier und haben es auch etwas neu aufgegleist. Philippe, Du warst auch dabei. Wenn man dies als eine Feier beibehalten kann und es nicht nur eine Verpflegung im Parlamentsaal gibt, ist es natürlich super. Aber das ist eben eine persönliche Note. Es ist eine kleine Sache. Man kann dies belassen oder nicht. Es wäre mir ein Anliegen gewesen.

Beschluss

Mit 20 : 14 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Seiten 36 und 37

0222.3010.00 und 0222.3930.99

Philippe Ruf: Ich stelle den Antrag, dass man auf Seite 36, 0222.3010.00, wenn wir das Budget vorliegend haben und beschliessen, Fr. 145'000.— für die Stellen Leiter Hochbau herausstreichen und auf 0222.3930.99 die entsprechenden Sozialversicherungskosten von Fr. 28'000.—, die anfallen würden.

Beschluss

Mit 29 : 10 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag abgelehnt.

Philippe Ruf: Ich stelle einen Antrag betreffend die zusätzliche Erhöhung des Rechtsdienstes und entsprechende Sozialversicherungskosten, 0227.3930.99, Fr. 6'900.—. Das ist wieder eine zusätzliche Schaffung von Stellen. Wir nehmen niemandem etwas weg. Hier müsst auch Ihr kooperativ sein und unterstützen, damit wir dieses Budget hinbekommen.

Beschluss

Mit 26 : 13 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag abgelehnt.

0229.3010.00 Prämie Personal

Philippe Ruf: Es geht um Fr. 133'000.— betreffend Prämie Personal, plus die zugehörigen Sozialversicherungsbeiträge von Fr. 8'000.— und auch die dazu gelinkten Prämien, die in der Sozialregion ausbezahlt werden sollen, Konto 5726.3010.00, in der Höhe von Fr. 34'000.— mit entsprechenden Sozialversicherungskosten von Fr. 2'000.—. Noch einmal: Wir wollen niemandem etwas wegnehmen. Wir sehen es. Wir würden dies dem Personal auch absolut gönnen. Es liegt im aktuellen Moment nicht drin.

Christian Werner: Ich muss gleichwohl kurz etwas sagen. Gestern und auch vorher haben gerade Vertreterinnen und Vertreter aus den linken Parteien gesagt, sie seien auf unsere Anträge gespannt, und man könne dies dann diskutieren und abwägen. Ich stelle einfach fest, es findet weder eine Diskussion noch eine Abwägung statt. Ich möchte einfach noch einmal daran erinnern. Wir zeigen jetzt einen Weg auf, wie man auf eine Steuererhöhung verzichten kann, und jetzt muss ich wirklich wieder ernst werden, und dann unter dem Strich noch etwa eine Million schwarze Zahlen in diesem Budget hat. Wenn Ihr uns vorgeworfen habt, wir wollen einfach zurückweisen und hätten keine konkreten Vorschläge, seht Ihr jetzt, dass Ihr nicht recht hattet. Wenn Ihr jetzt einfach alles ablehnt, ohne Euch zu überlegen, ob dies nicht vielleicht einen Gedanken wert wäre, nur, weil es aus der SVP kommt, macht Ihr es Euch wahrscheinlich etwas allzu einfach. Philippe hat es gesagt. Es ist nicht irgendeine Verschlechterung gegenüber dem Status quo. Es ist nicht irgendwie so, dass man jemandem den Lohn senkt. Es geht einfach darum, dass wir im Moment bei dieser angespannten Situation der Meinung sind, man kann jetzt nicht noch Geld verteilen und ausschütten, welches man in den letzten Jahren nicht ausgeschüttet hat. Es läuft deshalb auch niemand davon. Deshalb bitte ich doch zumindest diejenigen, die noch ein halbwegs bürgerlich schlagendes Herz haben, unseren Anträgen zuzustimmen und jetzt nicht einfach alles im Sinne einer Gymnastikübung, ohne zu überlegen und zu diskutieren, abzulehnen.

Myriam Frey Schär: Ich möchte gerne Antwort darauf geben. Ich finde, der Vorwurf, dass wir dies völlig gedankenlos abschmettern, weil es von der SVP kommt, und wir denken nicht darüber nach. Das würde ja heissen, wir haben das Budget im Vorfeld nicht genau gelesen. Wir sind alle mit dem Lineal hier gesessen, jede Fraktion, haben Posten für Posten angeschaut und wirklich überlegt, so gut, wie wir es können, ist dies für ein uns gangbarer Weg oder nicht? Ist dies eine Position, die für uns hier drin sein sollte? Das haben wir uns überlegt und sind ganz grossmehrheitlich offensichtlich zum Schluss gekommen, dass dies für uns stimmt. Im Moment, in dem Ihr sagt, wir wollen eine Position nicht haben, brauchen wir nicht wahnsinnig lange, darüber nachzudenken, weil wir schon einmal ganz fest darüber nachgedacht haben. Der Vorwurf, wir würden jetzt einfach nein sagen, weil es von Euch kommt, kann ich so leider nicht gelten lassen.

Christian Werner: Vielleicht habe ich mich nicht geschickt ausgedrückt. Das ist gut möglich. Der Vorwurf war nicht, Ihr hättet es nicht angeschaut. Der Vorwurf war, dass keine Diskussion über unsere Anträge stattfindet. Wenn Du hier nicht ganz grosse hellseherische

Fähigkeiten hast, hast Du unsere Anträge nicht gekannt. Wir haben sie ja nicht im Vorfeld eingereicht. Das heisst, wir stellen sie jetzt. Wir begründen sie jetzt in Echtzeit. Du konntest sie ja nicht antizipieren, ausser Du hast eben spezielle Fähigkeiten, die wir nicht haben. Ich finde es etwas schade, wenn man über die Anträge, die erst jetzt gestellt werden, gar nicht diskutiert und einfach alles bachab schickt.

Daniel Kissling: Ich möchte dies persönlich sagen. Ich habe gehört, was Ihr soeben gestellt habt und habe gedacht, okay, das wäre ein Punkt, über den man reden könnte. Gleichzeitig habe ich mich daran erinnert, dass die Stadt sonst schon Probleme hat, Leute einzustellen, weil sie die Löhne schon gekürzt hat. Dazu hatte ich das Gefühl, die Stadtverwaltung hat im letzten Jahr eine gute Leistung erbracht. Dann habe ich gedacht, nein, den Vorschlag, den Ihr macht, will ich nicht annehmen und habe deshalb dagegen gestimmt oder würde deshalb jetzt dagegen stimmen. Ich persönlich würde auch beliebt machen, dass man genau auch solche Änderungsanträge vorher mitteilen könnte, weil man sich so noch besser Gedanken darüber machen könnte, ob wir Fr. 150'000.— einfach schnell herausstreichen wollen oder nicht.

Urs Knapp: Ich versuche, die Emotionen wieder etwas herunterzubringen. Ich persönlich werde diesem Antrag nicht zustimmen und zwar nicht, weil ich finde, wir haben genug Geld, sondern aus zwei Überlegungen. Eine ist, dass die Stadt in einer etwas dummen Situation ist, weil der Kanton schon der Lehrerschaft ein Prozent mehr gibt. Das ist unschön. Der andere Punkt ist, und das finde ich eigentlich fast wichtiger, ich begrüsse es, dass der Stadtrat, wenn überhaupt, nur eine Einmalprämie gibt. Das ist der Weg zu einem Bonus und nicht ein Teuerungsausgleich, der sowieso für jeden anders ist. Von daher finde ich dies eigentlich einen sehr zukunftsgerichteten Antrag, den der Stadtrat hier macht.

Dieter Ulrich: Ich habe es in meinem Votum schon gesagt. Wir haben dies in der Fraktion intensiv diskutiert, ob wir für eine solche Einmalzahlung sind oder ob wir nicht einen Antrag wegen des Teuerungsausgleichs stellen. Wir haben gesagt, für uns ist dies jetzt in Anbetracht der Gesamtumstände eine akzeptable Lösung. Anders als bei Urs Knapp ist es nicht die zukunftsgerichtete Lösung, die wir unterstützen möchten. Aber wir unterstützen es jetzt in diesem Jahr, wie es vorliegt. Bezüglich hellseherischer Fähigkeiten bin ich gespannt, was noch kommt. Ich glaube, ich verletze hier das Kommissionsgeheimnis nicht. Aber wir haben dies in der Finanzkommission diskutiert. Wir haben genau diese Anträge behandelt, dort diskutiert. Es ist nicht so völlig neu. Insofern kannst Du nicht erwarten, dass wir hier noch einmal eine Grundsatzdiskussion dazu führen. Wir haben dies in der Fraktion auch angeschaut und sind zu entsprechenden Schlüssen gekommen.

Simon Muster: Es ist alles gesagt worden.

Dr. Arnold Uebelhart: Vielleicht gleichwohl noch zu Dir, Christian. Ich wäre eben schon interessiert gewesen. Ich glaube, bis jetzt hätten wir ja mit Euren Anträgen etwa Fr. 300'000.— oder Fr. 400'000.— gespart. Du behauptest eigentlich, wir können auf die Steuererhöhung verzichten. Dann können wir rund 4 Millionen sparen. Das wäre doch jetzt gut gewesen. Vielleicht kann man dies ja noch irgendwie einbauen, dass Ihr sagen würdet was. Wenn Ihr natürlich immer nur sagt, beim Personal herunter, können wir dies nicht tragen. Aber es wäre doch jetzt von Philippe gut gewesen, der gestern gesagt hat, der Stadtrat müsse Ziele haben. Ihr habt auch ein Ziel. Das müsst Ihr uns doch mitteilen. So macht Ihr Salami. Eine Scheibe nach der anderen wird von mir abgelehnt, weil ich nicht weiss, wo es hinausgeht. Man muss doch wissen, was am Schluss kommt.

Felix Wettstein: Für mich haben sie von der SVP es genug deutlich ausgedrückt, dass es hier um diese Prämie geht, die man einmalig ausschütten möchte. Das steht tatsächlich zur Debatte. Ich gehöre auch zu denjenigen, die es falsch finden, dass wir mit der einprozentigen Steueranpassung nicht mitziehen, so wie dies nach hartem Ringen für das Staatspersonal von den Sozialpartnern auf kantonaler Ebene beschlossen wurde. Es gäbe genug Begründungen für 1,5 oder 1,6 %. Wir hatten sechs Jahre lang Nullrunden. Die

Teuerung hat sich in dieser Zeit zwar sanft entwickelt. Aber über das Gesamte sind eben doch einige Sachen teurer geworden. Ich kann mich auch dem anschliessen, was Dieter Ulrich gesagt hat. Es ist uns ebenso ergangen. Wir haben im Vorfeld schon bei etlichen Sachen Abstriche von unseren Idealvorstellungen gemacht, im Wissen darum, dass wir jetzt einfach nicht das Maximum haben können. Natürlich ist es, wie man so sagt, nicht nachhaltig. Die Prämienidee hat aus zwei Gründen durchaus etwas Sympathisches, nämlich diejenigen, die weniger, und diejenigen, die mehr Lohn haben, kommen A gleich gut weg. B vergrössert man nicht quasi die Schere innerhalb der Lohnstruktur.

Michael Neuenschwander: Mir wäre neu, dass der Kanton Solothurn von links regiert wäre. Das heisst auch, dass 1 %, welches das Staatspersonal jetzt erhält, ja gut begründet ist. Das wird in den nächsten Jahren, so wie die Entwicklung aussieht, wahrscheinlich jedes Jahr wieder ein Thema sein. Wir hatten jetzt einfach ein paar Jahre wenigstens offiziell keine Teuerung. Individuell haben wir alle gemerkt, dass das Leben teurer wird, vor allem auch bei den Krankenkassenprämien. Das heisst, 1 % wäre absolut gerechtfertigt. Wir könnten hier eigentlich einen Antrag dafür stellen, machen wir aber nicht, in Gesamtschau dieses Budget und der Gesamtlage der Stadt Olten. Deshalb winken wir diese Einmalzulage für alle wirklich ausdrücklich auch von uns her für einmal so durch, und auf keine Art und Weise zukunftsgerichtet.

Philippe Ruf: Ich bin froh, dass es hier sehr viele Personalexperten gibt, und auch was die Salärzahlungen scheinen viele Experten hier zu sein, was gerechtfertigt ist. Wir können gerne einmal eine fachliche Diskussion haben, was solche Prämien bringen, wie lange sie anhalten und generell über Lohnerhöhungen. Ich denke, wir müssen dies jetzt hier aber nicht führen. Was wichtig ist, ist, wenn wir versuchen, ein Budget und diese Kooperation hinzubekommen, erwarte ich auch von Euch, dass Ihr aufzeigt, wie wir hier zu einem Budget kommen können, dass es für uns alle hier stimmt. Bis jetzt ist noch nichts gekommen, und ich hoffe, dass ich nicht der Einzige bin, der hier heute Abend im Namen der SVP Änderungsanträge stellt, dass wir irgendwie auf ein Budget kommen, das für diese Stadt vertretbar ist. Ich denke, es ist im Interesse von niemandem, dass wir uns zusätzlich verschulden und die Steuern erhöhen. Ich hoffe, dass wirklich auch von Euch Anträge kommen, wie wir dies etwas besser gestalten können. Ihr habt es ja anscheinend im Detail gelesen, habt Ihr auch gesagt. Ich bin sicher, auf diesen 158 Seiten – es sind zwar nicht alle Budgetposten – habt Ihr auch das Eine oder Andere gefunden, wenn Ihr es so detailliert angeschaut habt. Wir müssen auch einfach eine gewisse Konsequenz haben. Dass alles darauf schön ist, bin ich absolut einverstanden, und ich würde beispielsweise auch sehr gerne den Angestellten eine Prämie durchwinken. Ich glaube, dort hat es sicher ein grosser Teil auch verdient. Im Moment liegt es nicht drin. Es ist ein Nice-to-have. Wenn wir vom Budget auch ein Ziel haben, wenn wir hier etwas eine Gesundung hinbekommen wollen, können wir nicht alles durchwinken, was uns nett erscheint. Wir werden bei jedem Posten, wo ich auch noch Anträge stellen werde, damit wir die Arbeit, die wir angekündigt haben zu machen, dass wir die 2,2 Millionen, welche die Steuererhöhung einbringen soll, plus die Fr. 800'000.—, die minus kommen, auch hineinholen könnten. Diese Anträge stellen wir. Wir fänden es bei jedem Antrag schön, wenn wir es ausgeben könnten. Aber so kann man nicht an ein Budget herangehen.

Felix Wettstein: Philippe Ruf, es ist etwa eineinhalb Stunden her, dass die Grünen einen Antrag gestellt haben und hier eine satte Mehrheit dafür gefunden haben, dass wir im Investitionsbereich vorderhand 1,4 Millionen nicht ausgeben.

Luc Nünlist: Ich dachte, es sei vorhin gesagt worden. Benvenuto hat es gesagt, Arnold, Dieter, wir haben Andaare beschlossen. Wir haben es von der Agenda gestrichen. Das ist ein Kompromiss. Wir haben vor vier Jahren hier gemerkt, ah, diese Millionen fehlen plötzlich. Was machen wir? Dann ist uns vorgerechnet worden, wir bräuchten eigentlich, um die Stadt weiter zu betreiben, wie sie jetzt ist, 125 % Steuersubstrat. 125 %. Darüber haben wir gar nicht gesprochen. Wir hatten damals noch einen Antrag auf 115 %. Diesen haben wir versenkt, also nicht wir. Das sind Steuern, die gefehlt haben. Wir haben dort einen Weg

vorgegeben. Es wurde ein Weg vorgegeben, und wir sind eigentlich schön im Kompromiss weiter vorangegangen und haben gesagt, also gut, wir gehen weit davon weg. Ihr könnt nicht einfach kommen und sagen, nein, es gibt einfach partout keine Steuererhöhungen. Woher dieses Geld kommt, interessiert uns nicht. Es muss einfach herunter. Es sind schon sehr viele Kompromisse von dort drüben, von hier gemacht worden. Vergesst dies einfach nicht. Merci.

Muriel Jeisy: Ich habe auch eingangs im Votum gesagt, wieso ich das Gefühl habe oder wir das Gefühl haben, in dieser Frage sei dem Stadtrat wegen der Einmalprämie eigentlich ein guter Kompromiss gelungen, dass wir deshalb auch dahinterstehen, weil es eben für eine attraktive Stadt braucht es auch gute und motivierte Leute. Wir sind nicht mehr in dieser Situation, wie wir 2013 und 2014 waren, wo man es absolut nicht verantworten kann, irgendein kleines Zeichen zu setzen. Ich finde es gerade auch als Vergleichbarkeit mit den Lehrern und dass alle das Gleiche bekommen ein schönes Zeichen.

Christian Werner: Ich möchte zuerst einmal sagen, dass ich es gut finde, dass es jetzt wenigstens eine gewisse Diskussion gibt. Es geht nicht um die SVP-Anträge. Es geht darum, dass wir jetzt etwa 111 Millionen schnell behandeln. Wir reden hier über Fr. 3'000.—, die man von Konto A ins Konto B buchen will, oder manchmal reden wir über zwei Bäume oder irgendein über was weiss ich irgendwelchen Pipifax. Jetzt reden wir über 111 Millionen. Dass wir nicht alle der gleichen Meinung sind, ist mir schon klar. Selbstverständlich. Ich erwarte nicht, dass Ihr plötzlich irgendwie zu 100 % unsere Ansicht teilen. Aber ich finde es wenigstens wichtig, dass man im Parlament noch ein Stück weit über die Anträge, die gestellt werden, diskutieren kann. Vielleicht bei dieser Gelegenheit noch ganz kurz: Es ist uns vorhin der Vorwurf gemacht worden, man habe es nicht vorgängig eingereicht. Der Punkt ist, und das werdet Ihr verstehen, wir wollten ja zuerst zurückweisen. Man kann natürlich nicht einen Rückweisungsantrag stellen und vorher gleichzeitig schon für die Detailberatung irgendwelche Detailanträge stellen. Dann drückt man ja damit aus, dass man selber nicht an den eigenen Antrag der Rückweisung glaubt. Wenn Du zuerst zurückweisen willst und die Rückweisung dann halt hinunterfällt, musst Du die Detailanträge, die Du vorgängig nicht einreichen konntest, nachher spontan stellen. Das leuchtet wahrscheinlich allen ein, egal welche Ideologie man hier vertritt. Zu Dir, Noldi: Wir werden weitere Anträge stellen, und insgesamt sind es über 2 Millionen. Das ist richtig. Du hast Fr. 400'000.— gerechnet. Ich habe es nicht mitgezählt. Da kommt noch mehr. Das ist schon klar. Das Vorgehen ist aber auch definiert. Die Präsidentin sagt, wir gehen Seite für Seite durch, und überall dort, wo Du etwas beantragen willst, musst Du halt die „Pfote“ erheben und nachher bei diesem Konto xy den Antrag stellen. Das ist halt einfach die Vorgehensweise. Wir können jetzt nicht einfach über das ganze Budget alle Anträge zusammengefasst behandeln, sonst wird es noch chaotischer. Noch kurz der letzte Punkt: Es ist vorhin gesagt worden, das Lohnprozent des Kantons sei gut begründet. Das ist wahrscheinlich etwas eine Frage der Ideologie, die man vertritt. Ich finde, es ist nicht gut begründet. Ich möchte einfach kurz darauf aufmerksam machen, dass die Verhandlungen in der GAV-Kommission stattfinden und dass dort die Arbeitnehmer mit Arbeitnehmern verhandeln. Einfach, damit man dies weiss. Die Arbeitgebervertreter sind bis auf eine Ausnahme alles Chefbeamte, die beim Kanton angestellt sind und ganz direkt monetär von diesem Prozent, das erhöht wird, profitieren. Das macht im Kanton Solothurn sehr viel aus. Eigentlich kann sich der Kanton Solothurn dies hinten und vorne nicht leisten. Wenn man jetzt einfach sagt, das ist gut begründet und gar nicht hinterfragt, wie dieser Entscheid zustande gekommen ist, macht man es sich wahrscheinlich auch allzu einfach. Ich möchte einfach noch einmal wiederholen. Da haben Arbeitnehmer mit Arbeitnehmern verhandelt, und die Arbeitnehmer fanden insgesamt, dass sie etwas mehr Lohn möchten. Dieser Ansicht kann man sein. Aber einfach jetzt nur deshalb zu sagen, wir brauchen in der Stadt Olten das Gleiche, macht Ihr ja auch nicht in der Konsequenz, wenigstens dies nicht, ist falsch, und diese Begründung greift zu kurz.

Myriam Frey Schär: Ich möchte noch ganz kurz ins gleiche Horn wie Luc stossen. Ich bin seit 2009 in diesem Rat, und seit mindestens sagen wir 2011 kommen wir Euch entgegen.

Wir haben keine Umwelfachstelle mehr. Wir haben keine Stadtentwicklung mehr, die diesen Namen verdient. Wir haben unendlich viele Sachen gestrichen, wo wir nicht finden, es ist nice to have. Dass wir hier vollkommen unterschiedliche Vorstellungen haben, was ein erträglicher Steuersatz ist, was wichtige Leistungen der öffentlichen Hand sind, was eine erträgliche Verschuldung ist, darüber müssen wir nicht reden. Das wissen wir. Wir sind an einem anderen Ort. Wir haben jetzt einen ganz langen Weg zurückgelegt, wo wir Euch unendlich viel entgegengekommen sind. Ich kann jetzt die Wut darüber, dass wir nicht noch weiter entgegengekommen, nicht verstehen. Muss ich jetzt einfach die kleinste Geige der Welt hervorheben? Ehrlich. Sorry. Wir machen dies nicht aus Bosheit oder irgendetwas, oder weil wir Euch eins ans Bein streichen wollen. Wir haben grundsätzlich andere Vorstellungen davon, was ein gutes Budget ist oder was offenbar überhaupt ein Kompromiss ist. Wir meinen es nicht böse, ehrlich. Aber es ist jetzt einfach so, wie es ist, und das ist auch okay.

Heinz Eng: Ich glaube, diese Diskussion oder Voten gehen etwas in eine falsche Richtung. Es wird jetzt auch versucht, diese Rechnungen zurückzuzahlen, Felix Wettstein. Es hat mich auch ein wenig erstaunt, wie Du gesagt hast, aus diesem Grund habt Ihr dies gesagt. Deshalb sagen wir jetzt das Gegenteil. Das ist eine Trotzreaktion. Man müsste nicht das Eine mit dem Anderen vergleichen. Vor allem die Güte dieser Sachen sollen schlussendlich für einen Entscheid einer Politikerin oder eines Politikers ausschlaggebend sein und nicht irgendwie, weil wir dort ja oder nein gesagt haben, sage ich jetzt hier nein oder ja. Deshalb schliesse ich mich Urs Knapp an. Ich finde, das ist alles verdient. Ihr werdet sehen, dass dies wahrscheinlich grossmehrheitlich auch so kommen wird.

Beschluss

Mit 34 : 6 Stimmen wird der Streichungsantrag der SVP auf Kürzung abgelehnt.

Seiten 40 und 41

0290.3144.00

Urs Knapp: Ich beantrage, dass man diesen Posten um Fr. 10'000.— streicht. Es sind nur Fr. 10'000.—. Es geht um die neue Holzbrücke-Terrasse. Das ist ein falscher Eintrag. Es geht um den Balkon auf dem Stadtturm, der zweimal pro Jahr gebraucht wird. Ich glaube, es gibt dringendere Sachen, und man könnte hier auch verschieben und sagen, das kann man dann im nächsten oder übernächsten Jahr erneuern.

Michael Neuenschwander: Ich möchte hören, ob man etwas darüber sagen kann.

Stadtrat Thomas Marbet: Urs Knapp hat richtig ausgeführt, dass dieser Name falsch ist. Es ist nicht eine Holzbrücke. Es ist in diesem Sinne ein Balkon oder eine Kommandobrücke beim Stadtturm, wo jeweils bei den Kabaretttagen und bei der Oberrarren-Kür die Personen drauf sind. Das ist eine sehr exponierte Stelle. Wir haben festgestellt, dass das Holz auch gelitten hat. Es ist zum Teil morsch. Wir wollen es aus Sicherheitsgründen ersetzen, und wir müssen auch daran denken, dass der übernächste Oberrarr ein sehr schwerer ist.

Beschluss

Mit 24 : 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag der FdP auf Streichung von Fr. 10'000.— für die Terrasse abgelehnt.

Seiten 42 bis 49

Keine Wortmeldungen

Seiten 50 und 51

Keine Wortmeldungen

Seiten 52 und 53

Keine Wortmeldungen

Seiten 54 bis 57

Seite 54, 2190.3010.00

Philippe Ruf: Fr. 90'800.— und entsprechend 2190.3930.99 Fr. 15'800.—. Bei diesem Konto sind geplant: Leitung KIFF, Sachbearbeitung KIFF, Assistenz Schulinsel und Schulinsel. Jetzt hatten wir aber dort heute ein Blatt vorliegend, dass ein Teil im Budget nicht beantragt wird. Das heisst Wegfall Leiter KIFF, Reduktion Sachbearbeitung KIFF. Das wird halbiert. Entsprechend sind dort nicht mehr Fr. 30'800.— geplant, sondern die Hälfte, Fr. 15'400.—. Entsprechend haben sie auch die Sozialversicherungskosten halbiert. Sie sind jetzt nur noch Fr. 2'100.—. Dann hat es eine Reduktion der Schulleitung um 2 % gegeben, die minus Fr. 2'700.— ausmachen und entsprechende Sozialversicherungskosten von Fr. 500.—. Hier komme ich auf das erwähnte Total von Fr. 90'800.— bei den Löhnen plus die daraus resultierenden Sozialversicherungskosten von Fr. 15'800.—, die zusätzlich wieder geschaffen werden wollen. Das lehnen wir ab.

Urs Knapp: Darf ich den Antrag der Finanzkommission noch begründen? Ich tue dies jetzt als Präsident der Finanzkommission. Ich bitte die Mitglieder der Finanzkommission, die dies möchten, noch zu ergänzen. Die Finanzkommission hatte den Antrag vorliegend, dass bei Position 2190.3010 der Ausbau bei der Schulhälfte aufgrund der finanziellen Situation nur zur Hälfte gemacht wird. Das würde heissen – Ihr seht dies auf dem Beiblatt – dass insgesamt Fr. 32'000.— gestrichen würden, einerseits bei 3010 und andererseits bei 3930.99. Das sind die Sozialkosten. Die Finanzkommission hat diesem Antrag mit 4 :3 Stimmen zugestimmt. Einfach auch von der Transparenz her.

Stadträtin Iris Schelbert: Die Fachstelle KIFF haben wir ja gestrichen, Sachbearbeitung auf 20 %, befristet für ein Jahr, und die Schulinsel. Das ist eine Praktikumsstelle. Wir haben in der Schulinsel eine Heilpädagogin, die in der Regel 12 Kinder hat. Das sind Kinder, die zeitweise in die Schulinsel gehen, weil sie in der Klasse nicht mehr tragbar sind. Wir können diese Frau dort nicht allein lassen, weil sie, wenn sie einem Kind nachrennen muss oder es irgendeinen Zwischenfall gibt, dort eine zweite Person braucht. Man hat es mit Zivildienstleistenden versucht. Sie waren zum Teil absolut überfordert. Jetzt möchten wir gerne eine Praktikumsstelle mit einer Fachhochschule Soziales beantragen. Wir mussten dafür ein Konzept erarbeiten und haben letzte Woche die Anerkennung der Fachhochschule erhalten, dass wir ein solches Praktikum anbieten können. Das ist die günstigste Lösung, die wir wählen können, damit diese Frau auch fachlich durch jemanden unterstützt wird, der in diesem Bereich auch schon tätig ist, mit Kindern, die schwierig sein können. Ich glaube, das ist wirklich unverzichtbar. Das ist das Erste. Bei den Schulleitungen möchte ich Euch ganz herzlich bitten, dem Halbierungsantrag nicht zuzustimmen. Die Schulleitungen werden im Rahmen des Schulprogramms und des Leistungsauftrags mit dem Kanton alle drei Jahre neu bewertet. Das sind Pensen, die sich aus den Schülerinnen- und Schülerzahlen und den Lehrpersonen zusammenrechnen. Wir haben in den letzten drei Jahren 152 Kinder mehr. Dazu ist von jeder Schülerin und jedem Schüler eine Schülerpauschale, die wir vom Kanton erhalten, in Segmente aufgeteilt, ein Segment Fr. 560.— pro Schülerinnen-/Schülerpauschale ist für die Schulleitung bestimmt. Ganz kurz: Wir haben 10 % mehr Kinder in den letzten drei Jahren. Wir haben 10 % mehr Lehrpersonen. Wir bekommen 10 % mehr Schülerinnen- und Schülerpauschalen, und wir möchten jetzt 10 % mehr Schulleitungs-

pensum. Wir haben aktuell 419 Stellenprozent, und 10 % wären die 42 %, und wir haben es auf 40 % abgerundet. Wir möchten die 40 % nicht giesskannenförmig über alle fünf Schulleitungen verteilen, sondern wir möchten sie gerne projektbezogen geben können. ICT-Bildung ist ein Grossprojekt für die nächsten drei Jahre, Lehrplan 21-Umsetzung das zweite, wirklich der Brocken, und die Checks, welche die Lehrerinnen und Lehrer machen müssen. Wir haben in allen drei Bereichen Schulleitungen, Schulleitungspersonen, die sich dort sehr eingearbeitet haben, die auch schon Weiterbildungen besucht haben. Wir möchten, dass sie wirklich projektbezogen etwas mehr an Pensum bekommen. Dies zu den Schulleitungen. Ich bitte Euch herzlichst, wirklich die Schulinsel drin zu behalten, die 40 % Schulleitung und die befristete 20 %-Sachbearbeitung Kinder-, Jugend-, Familienförderung. Dort geht es vor allem darum, all diese Betreuungsgutscheine zu bearbeiten. Wenn Eltern ein grösseres Pensum, ein kleineres Pensum haben, das muss immer wieder neu berechnet werden. Bis jetzt hat dies der Projektleiter, Jan Rechsteiner, gemacht. Aber es macht absolut keinen Sinn, wenn es jetzt eingeführt ist, dass er mit seiner Kompetenz, mit seiner Lohnklasse diese Sachbearbeitung macht. Das kann jemand, der günstiger arbeitet, machen. Dann ist er wieder für das ICT-Projekt frei, an dem er auch massgeblich beteiligt ist. Wir probieren wirklich, alles inhouse zu machen. Merci.

Philippe Ruf: Ich muss noch einmal festhalten, dass dies wieder eine Erhöhung der Stellen ist. Einfach, damit wir uns dies wieder bewusst sind. Ich sehe hier einfach keinen Sparwillen. Wir reden nicht vom Status quo, den wir beizubehalten probieren. Es ist erneut wieder eine Erhöhung, die hier beantragt wird. Wir weichen von keinem Status quo ab. Wir wollen diesen Leuten diese Stellen auch lassen. Aber wir können nicht wieder zusätzliche Stellen bauen, und es sind wieder Fr. 106'600.—, die wir einsparen können. Ich hatte es vorhin aufgestellt. Fr. 90'800.—Lohnkosten plus die Fr. 15'800.— Sozialversicherungskosten. Wir wehren uns nicht gegen den Status quo, sondern dass wir nicht wieder zusätzlich ausbauen.

Urs Knapp: Ich möchte nicht inhaltlich sprechen, ich vertrete ja nur die Haltung der Finanzkommission. Aber Du hast vorhin gesagt, liebe Marlène, Du wollest diese Anträge gegenüberstellen. Ich glaube, das ist nicht korrekt. Das sind unterschiedliche Anträge. Es ist einfach ein Sammelposten. Aber es sind ganz unterschiedliche Sachen. Ich glaube, man müsste über die einzelnen Punkte, die sachlich nichts miteinander zu tun, einzeln abstimmen.

Stadträtin Iris Schelbert: Vielleicht habt Ihr es nicht gehört. Wir haben 152 Kinder mehr. Das sind 10 % Schülerinnen und Schüler mehr. Unsere Stadt wächst. Sie brauchen Lehrerinnen und Lehrer, sie brauchen Betreuung, und sie brauchen eine Schulleitung. Wir können dies nicht mit den immer gleichen Pensen tun. Es geht wirklich nicht. Wir erhalten ja vom Kanton ein Schulprogramm aufgebremst. Es ist dermassen befrachtet, dass unsere Schulleiterinnen und Schulleiter kaum dazu kommen zu erfüllen, was der Kanton will. Der Anteil der Schülerinnen- und Schülerpauschale, den wir jedes Jahr erhalten, sind Fr. 32'000.— pro Jahr, die wir mehr erhalten dank dieser 152 Kindern mehr. Wir erhalten dort auch mehr Schülerpauschalen für die Schulleitungen. Ich sage es noch einmal. Diese Leute müssen ja nicht stempeln. Gleichwohl sind sie im Rahmen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitergespräche gefragt worden: Wie viel Überzeit habt Ihr? Wie weit reicht Euch dieses Pensum? Insgesamt sind es gegen die 40 %, weil sie einfach Überzeit haben. Wir brauchen diese Schulleitungen. Ich hatte im letzten Jahr zwei Schulleitungen, die ein Burnout hatten. Das kostet dann auch. Und zwar, weil sie so gut arbeiten und weil sie sich so einsetzen. Wenn sie diese Entlastung haben, bekommen sie wieder etwas Luft. Das Andere – ich sage es noch einmal – ist bei der Schulinsel. Es ist fast unverantwortlich, wenn man dort eine Person allein mit diesen Kindern lässt. Wir haben die Integration, Inklusion von Kindern, die auch Lernschwierigkeiten, Verhaltensschwierigkeiten haben. Wer jetzt ein wenig Zeitung liest, liest von den Asperger-Kindern und all den autistischen Kindern. Diese haben wir alle in den Regelklassen. Das sind nicht diejenigen, die ruhig in einer Ecke sind, sondern sie beschäftigen eine Lehrerin bis zum Anschlag, und daneben hat man dann noch 21, 22, 23, 24 Kinder, die auch noch etwas lernen möchten. Diese Kinder können, wenn es wirklich nicht mehr geht, in die Schulinsel. Wir sind so froh, dass wir diese haben. Aber dort eine Person

allein mit diesen Kindern ist unmöglich. Deshalb können wir dort mit diesem Praktikum arbeiten. Günstiger geht es wirklich nicht.

Matthias Borner: Ich wollte nur kurz darauf aufmerksam. In der Vergangenheit war ja der vehementeste Gegner der Anzahl Schulleitungen, diese Prozente, in der Fraktion der CVP/EVP/GLP, der immer mit seinen Schlüsseln gekommen ist und mit anderen Orten verglichen hat. Er hat immer gesagt, dass wir zu viele Pensen haben. Jetzt werden die zu vielen Pensen noch einmal um 10 % erhöht. Ich bin jetzt sehr gespannt, wie die CVP/EVP/GLP jetzt stimmt, wenn es nicht aus ihren eigenen Reihen kommt.

Michael Neuenschwander: Ich bin auch nicht ein absoluter Freund von ausgebauten Schulleitungspensen. Ich habe das Gefühl, wenn man neue Ressourcen schafft, am liebsten an der Front für Leute, die mit den Kindern in der Schulinsel arbeiten usw. Wenn es aber so ist, dass wir jetzt halt die 10 % mehr Schüler haben, weil diese Stadt wächst, ist dies ja weiss Gott gut begründet. Ich glaube, niemand von uns möchte einfach 10 % mehr Pensum aufgebremst bekommen und dies verordnet, und man soll dies einfach schlucken. Das kann einmal passieren. Es ist aber immer unschön. Wir sitzen ja hier, um zu gestalten und uns den veränderten Situationen anpassen zu können. Das ist jetzt halt eine davon. Deshalb werde ich dem zustimmen.

Christian Werner: Iris Schelbert hat gesagt, wenn man diese Stelle nicht schafft, sei dies unverantwortlich und eigentlich unmöglich, dass dies jemand allein macht. Ich stelle einfach fest, dass wir bis jetzt eine unmögliche und unverantwortliche Situation hatten. Ich möchte noch kurz sagen – vielleicht werde ich jetzt etwas allzu grundsätzlich – aber das Bildungswesen, wenn Ihr die Budgetentwicklung anschaut und ein paar Jahre zurückgeht, ist es massiv, wie diese Bildungskosten in den letzten zehn Jahren wirklich fast explodiert sind. Die Schule kostet heute mehr als einen Drittel mehr, als noch vor zehn Jahren. Ich glaube, wir wissen alle, dass die Schüler deswegen nicht besser oder gescheiter wurden. Diese Kosten nehmen nicht so massiv zu, weil wir jetzt 152 neue Schüler haben, sondern weil das System geändert wurde, weil man eine integrative Schule hat, was wir von Anfang an immer kritisiert haben. Wir haben von Beginn an immer auf die Kosten hingewiesen. Diese Schulinsel gibt es nicht wegen diesen 150 zusätzlichen Schülern, sondern weil man das integrative Modell eingeführt hat. Dass dies halt viele Schwachpunkte hat und auch zur Überforderung von Lehrerinnen und Lehrern führt, ist klar. Das wusste man von Anfang an. Wir waren nicht diejenigen, die dies wollten. Deshalb müssten wir eigentlich viel weiter gehen und viel stärker versuchen zu kürzen.

Muriel Jeisy: Ich möchte hier natürlich auch gerne noch etwas dazu sagen, was Matthias Borner vorhin angesprochen hat. Es ist richtig. Wir haben im Rahmen dieser Sparpakete und Sparprogramme auch diese Fragen angeschaut und hatten das Gefühl, auch die Bildung muss einen Beitrag leisten und haben dann von den Berechnungen her festgestellt, dass wir auch damals weniger Schülerzahlen an diesem Schlüssel hatten und haben ja dann verlangt, dass dies angepasst wird, was dann auch gemacht wurde. Aktuell ist begründet worden, dass die Schülerzahlen, die wir kennen, und der Schulhausbedarf und alles vorliegt, am Steigen sind, dass wir eine etwas andere Situation haben, dass wir auch Projekte haben. Diese sehen wir alle. Was wir hier aber nicht so sehen, sind 40 %, sondern wir sind mehrheitlich für 20 %. Wir erkennen einen Zuwachs. Aber wir finden es im Verhältnis der Anzahl Schüler und Projekte gerechtfertigt, wie man dies, so wie auch der FIKO-Antrag lautet, nur um 20 % steigert, also minus 20 %. Bei der Schulinsel finden wir, dass man wirklich eine sparsame Lösung gefunden hat, und auch beim KIFF hat man ja, wenn man die nachträglich gemeldeten Anpassungen findet, findet man auch, dass man sich jetzt wirklich auf eine minimale Variante beschränkt hat. Deshalb sehen wir es nicht nur schwarz oder weiss, sondern können dies auch mit den entsprechenden Begründungen nachvollziehen und hinter dem Anderen stehen.

Stadträtin Iris Schelbert: Es ist ja nicht so, dass wir die Integration gesucht hätten. Es ist auch nicht so, dass wir das Riesenschulprogramm des Volksschulamts unbedingt möchten.

Aber wir haben es, und wir müssen dies machen. Es gehört zur Leistungsvereinbarung. Die Schulinsel können wir uns, weil wir eine so grosse Stadt sind und so viele Schülerinnen und Schüler haben, aus dem Heilpädagogik-Pool abzwacken. Am Anfang ist sie nicht so gut gelaufen. Nachher hat es anzuziehen begonnen. Jetzt ist sie eine schiere Notwendigkeit. Ich habe es gesagt. Wir haben versucht, dies mit Zivildienstleistenden aufzufangen, und es hat sich nicht bewährt, weil sie meisten durch die Komplexität, was die Kinder mitbringen, überfordert waren. Wir können dort nicht jemanden allein lassen. Deshalb haben wir jetzt mit dem Praktikum mit der FH wirklich eine sehr günstige und sehr gute Lösung gefunden. Es kostet uns wirklich nicht viel Geld für die Gegenleistung, die wir haben. Es ist eine extrem bessere Situation, wenn sie zu zweit sind. Nicht, dass wir dies gesucht hätten. Aber das haben wir bekommen, und die Integration ist da. Das ist einfach Pflicht, und das müssen wir umsetzen. Also probieren wir es qualitativ gut umzusetzen, und das machen wir auch.

Christian Werner: Ich glaube nicht, dass dies stimmt. Die Stadt Olten hat dies schon eingeführt, bevor es eine Pflicht für die Gemeinden war. Die Stadt Olten war auch bei einem Piloten dabei. Ihr wolltet die integrative Schule, und auch Eure Parteien wollten sie.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich möchte nicht über ganz Alles diskutieren, was man wollte und was nicht. Man hatte einen vierjährigen Versuch. Die Stadt Olten, weil sie innovativ ist und die Lehrerinnen und Lehrer gesagt haben, wir wollen die ausprobieren, hat man dies gemacht, und sie sind eingestiegen. Nachher hatte der Regierungsrat nicht den Mut, wirklich umzusetzen, und hat gesagt, wir verlängern dieses Projekt noch einmal vier Jahre. Dann hat man es noch einmal vier Jahre verlängert. Jetzt haben wir es, und Gottseidank sind wir so früh eingestiegen. Jetzt haben wir so viel Erfahrung damit. Grenchen musste auf dieses Schuljahr umsetzen. Sie rotieren. Das kann ich Euch sagen. Wir stehen gut da, und unseren Kindern geht es in der Schule gut.

Daniel Kissling: Wir waren zwar damals noch nicht im Parlament. Aber wenn wir Deinem Votum folgen, in dem Ihr sagt, Ihr seid gegen das integrative Modell gewesen, also seid Ihr auch gegen diese Stellen. Dann kann man auch sagen, diejenigen, die für das integrative Modell waren, sollten auch für diese Stellen sein oder wären eher für das integrative Modell. Deshalb sind wir auch für diese Stellen.

Dr. Christoph Fink: Ihr könnt auch auf die Zahlen des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes schauen. Wenn Ihr wollt, dass diese Kinder anständig gebildet werden und am Schluss noch den Einstieg ins Berufsleben finden, müsst Ihr halt auch irgendwie ein wenig etwas Zusätzliches investieren. Danke.

Beschluss

Mit 31 : 8 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag der SVP abgelehnt.

Beschluss

Mit 21 : 18 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag der Finanzkommission abgelehnt.

Seiten 56 und 57

Keine Wortmeldungen

Seiten 58 bis 61

Seiten 58 und 60, Naturmuseum, Historisches Museum und Haus der Museen, Kapitel 3111, 3112 und 3119

Reto Grolimund: Im Rahmen des neu gebauten Haus der Museen ist ein neuer Posten dazugekommen, 3119, und als es um die Abstimmungen für das Haus der Museen ging, war

immer von Synergien die Rede. Jetzt habe ich dort die Nettobeträge aufsummiert, und man kommt jetzt mit diesen drei Positionen neu auf ein Plus von Fr. 73'700.—, also Fr. 73'700.— teurer ist es jetzt, wenn man die Museen nur noch in einem Haus hat. Ein Beispiel ist, dass man im letztjährigen Budget Fr. 26'000.— für die beiden Gebäude für Heizung und Wasser drin hatte. Jetzt sind für beide zusammen in all diesen drei Positionen Fr. 50'000.— budgetiert. Ein Argument, das in diesem Zusammenhang gefallen ist, ist, dass es jetzt teurer ist, dass zum Beispiel die Personalkosten wegen längerer Öffnungszeiten steigen könnten. Ich persönlich bin der Meinung, dass man, wenn man von Synergien spricht, wenn man ein neues Haus baut, welches jetzt alle Museen zusammen vereint, es mindestens so teuer behalten könnte, wie es vorher war, und beantrage deshalb, dass in diesen Positionen gesammelt, eigentlich das Plus, das in diesem Budget enthalten ist, im Gegensatz zum letzten Jahr gestrichen wird.

Felix Wettstein: Ich wäre schon lange ein Befürworter, dass wir hier mit Globalbudgets steuern könnten, aber wir können leider nicht. Du musst präzise sagen, in welcher Kostenstelle Du wie viel abzwicken willst.

Reto Grolimund: Ich hatte gedacht, dass dieser Vorschlag kommen wird. Aber ich habe mir tatsächlich die Mühe nicht gemacht, alles durchzugehen. Es gibt hier feste Ausgaben, Löhne, und es gibt weniger feste Ausgaben, Heizung, Informatikerunterhalt, Mieten, alles, und ich würde den Vorschlag machen, dass man diese nach der Sitzung heute alle zusammenzählt und bei allen einen Prozentsatz abzwickt, damit die Summe genau die Fr. 73'700.— sind. Das heisst, ich stelle einen Sammelantrag auf die all diese Budgetpositionen, dass man einen Prozentsatz abzieht, dass man kürzen kann.

Daniel Kissling: Ich würde gerne vom Stadtrat hören, wie er diese Mehrausgaben begründet. Ich persönlich könnte mir vorstellen, dass dies auch daran liegt, dass das Haus der Museen erst öffnen wird und es noch eine Umbauphase gibt.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Reto hat ja diese Frage in der FIKO auch gestellt. Deshalb kann ich dies an und für sich noch einmal wiederholen. Es ist tatsächlich so, wie Du gefragt hast. Die Erfahrungszahlen kennen wir nicht. Es ist tatsächlich die Idee, dass durch diese Zusammenführung wirklich Synergien entstehen sollen. Die Budgetierung basiert eigentlich auf einer Erstbudgetierung. Deshalb fehlen dort auch die entsprechenden Erfahrungen. Das Zweite sind tatsächlich die Öffnungszeiten. Ich freue mich wahnsinnig auf das Haus der Museen. Das gibt eine tolle Sache. Wir sind dort auch zeitlich gut unterwegs, und wir möchten, wenn wir eine solche tolle Investition machen, dies schlussendlich der Bevölkerung auch öffnen und nicht einfach verschlossene Türen haben. Deshalb denke ich, dass es sich allemal lohnt, die Öffnungszeiten auch zu erweitern. Wo wir nicht ein Problem, aber zu kämpfen haben, ist mit den Kostenbeiträgen des Kantons. Wir werden sehr stark unterstützt. Wir haben aber dort die Erwartungshaltung, dass noch mehr Geld an den Betrieb hinkommen sollte, insbesondere, was die Fixkosten anbelangt. Dort sind die Verhandlungen so, dass wir im Moment nicht genau dort sind, wo wir erwartet haben, dass wir hinkommen. Deshalb sind diese Zahlen im Moment hier auch vorsichtig budgetiert.

Felix Wettstein: Wir haben kurz getuschelt. Wir haben für diesen Grundgedanken viel übrig, würden aber beliebt machen – Reto, könntest Du Dir dies vorstellen? - dass wir es auf den Bereich der Sachmittel fokussieren. Wenn wir den Stellenetat auf dem Blatt, das wir separat erhalten haben, anschauen, sieht man, dass das, was das Naturmuseum und das Historische Museum abgeben, bis auf zwei Hundertstel genau dem entspricht, was man neu im Haus der Museen einrichtet. Es ist eigentlich gleich viel. Wir haben vorhin gehört, dass man personelle Synergien dazu nützen will, nicht, dass man Personal abbaut, sondern, dass wir länger geöffnet haben können. Das ist unbedingt zu begrüßen, weil wir ja schon eine grosse Investition gemacht haben. Bei den Sachmitteln kann man einzelne Posten ableiten, die hier grosszügig drin sind. Ich habe es beim Bereich Maschinen/Geräte kurz selber nachgeschaut. Wenn man sie zusammenzählt, die beiden bisherigen auch mit den letztjährigen tatsächlichen Kosten vergleicht und jetzt noch den neuen Posten dazu nimmt,

hat es etwas an sich, was Du vorhin vorgeschlagen hast. Dort mag man wahrscheinlich auch mit etwas weniger auch noch fahren. Im Wissen darum, dass man natürlich, wenn man einen Neubau bezieht, gewisse Geräte schon braucht. Das ist klar. Aber ich denke, dort hat man Spielraum. Ich kann mir vorstellen, dass ich persönlich zustimmen würde und wahrscheinlich noch andere von uns, wenn Du sagen würdest, wir fokussieren dies auf die Sachmittel.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Bei den Sachmitteln ist Folgendes: Ich glaube, wir haben zwischenorientiert, dass wir die entsprechende Klimaanlage, die klimatischen Bedingungen zuoberst in diesem Sinne auch optimieren mussten. Das ist ein Kostenpunkt, den wir tatsächlich nicht von Anfang an kalkuliert haben. Im obersten Stock müssen wir eine Klimaanlage betreiben. Wenn dies gemeint ist, Felix, dann wäre es wirklich am falschen Ort eingespart, denn dort möchten wir im Rahmen der Wechselausstellungen natürlich diesen Raum auch nützen können.

Reto Grolimund: Felix, danke für diesen Ball. Ich habe mir dies grundsätzlich eigentlich so vorgestellt. Diese Öffnungszeiten habe ich verstanden, und ich habe die Erhöhung der Stellenprozente in der Stellenplanung auch gesehen. Ich bin aber überzeugt, dass man, wenn man die beiden Museen in einem Gebäude hat, mit den Synergien, die es bieten sollte, eigentlich mit dem Budget des letzten Jahres auskommen sollte. Wenn es jetzt wirklich ein Notfall ist, gibt es immer noch einen Nachtragskredit. Aber ich bin überzeugt, dass quasi auch die Stellenerhöhung dort drin Platz findet. Es geht nicht ganz gerade weiter. Du kannst es nachrechnen.

Luc Nünlist: Ich bin etwas erstaunt. Das wäre jetzt zum Beispiel genau so etwas gewesen, das auch interessant gewesen wäre. Wäre es im Vorfeld eingereicht worden, hätten wir es anschauen können. Mir scheint, es kommt jetzt ein wenig als Schnellschuss oder Hüftschuss daher. So prozentuale Kürzungen einfach nach Rasenmähermethode, ohne dass wir uns hier mit der Sachlage konkret auseinandersetzen können, finde ich problematisch und kann ich so sicher nicht zustimmen. Auch wenn ich ein Verständnis dafür habe, dass Synergien versprochen wurden und vielleicht jetzt einige Ausgaben da sind. Aber diese sind sicher zum Teil erklärbar. Es ist schwierig, wenn wir jetzt irgendwie ins Blaue hinaus surfen und einfach etwas absenden. Das finde ich wirklich keine gute Variante.

Beatrice Schaffner: Ich habe grosse Sympathien für diesen Antrag. Ich habe nur einmal ganz kurz überschlagen, was bei Heizung, Energie, Wasser 2018 budgetiert, 2017 abgerechnet und 2019 budgetiert wurde. 2017 wurden Fr. 34'000.— abgerechnet, Position 3112, 3120.00. 2018 wurden Fr. 35'000.— für beide Museen budgetiert, und 2019 werden für das Haus der Museen Fr. 35'000.— budgetiert. Beim Haus der Museen ist uns eindeutig Synergiennutzung versprochen, und auf meine Nachfrage ist auch versprochen worden, dass dann weniger Energie verbraucht wird. Jetzt budgetiert man hier einfach gleich viel. Ich finde, da hat es schon noch sehr viel Luft drin.

Simone Sager: Ich finde es eigentlich den Hammer. Jetzt ist das Haus der Museen zum ersten Mal budgetiert. Überall wurde versprochen, man spart dann, und es ist günstiger. Bum, zack, Fr. 73'000.— mehr drin. Es ist schon klar. Budgets kann man nie abschätzen. Da ist man unsicher und dort. Aber da habe ich jetzt sehr Mühe. Hättet Ihr doch wenigstens geschaut, dass es null null gewesen wäre, und dann hättet Ihr mit Nachtragskrediten kommen müssen. Aber das ist für mich jetzt auch so ein Beispiel, wo man Sachen im Vorfeld verspricht, und schon beim ersten Budget ist man einmal darüber. Schon nur aus diesem Grund – wir müssen jetzt nicht die einzelnen Zahlen auseinandernehmen – stehe ich hinter dem Antrag von Reto, dass man sagt, Ihr müsst dort auf 73 sparen. Setzt Euch noch einmal hin, geht diese Zahlen durch und budgetiert dies noch einmal. Aber es kann nicht sein, das erste Mal einfach einmal darüber und nicht an das gehalten, was man uns, aber nicht nur uns, sondern auch dem Volk versprochen hat. Synergien nutzen. Das hat schon einmal nicht geklappt.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte jetzt schon etwas um Ruhe bitten. Erstens muss man berücksichtigen, dass in keinem dieser Jahre, die Ihr jetzt erwähnt habt, die Museen beide geöffnet waren. Das Historische Museum war zum Teil schon 2016 geschlossen, 2017 während des ganzen Jahres und auch 2018 während des ganzen Jahres. 2019 ist das Jahr, in dem man das Haus der Museen neu eröffnet. Wirklich vergleichen kann man das Jahr 2020 mit den Jahren 2016 und früher. Aber was dazwischen liegt, ist einfach nicht vergleichbar. Da wäre ich jetzt schon etwas vorsichtig. Damit kann man jetzt nicht sagen, es wird damit etwas erhöht, sondern es ist einfach nicht vergleichbar. Man hat Jahre, in denen die Museen geschlossen hatten, in denen man natürlich auch weniger Heizung und weniger Sachmittel verbraucht hat, und man hat ein Jahr, in dem man dieses Museum neu eröffnet. Das ist 2019. Diese Jahre kann man nicht miteinander vergleichen. Ich bin aber einverstanden. Vielleicht wäre es gut, wenn man im Budget 2020 den Vergleich zu vorher machen würde.

Reto Grolimund: Ich wollte noch kurz auf den Kommentar von Luc wegen der prozentualen Streichung Bezug nehmen. Das ist für mich eigentlich ein Anlass, um den Ball auch an den Stadtrat zu spielen. Felix hat gesagt, er sehe in dieser Vorlage bei den Sacheinlagen noch Luft. Das ist, was wir die ganze Zeit sagen. Bei den Sachausgaben ist eigentlich noch Luft. Wenn die prozentualen Kürzungen an den richtigen Orten respektive die kleinen Einzelpositionen an den richtigen Orten schon im Vorfeld vorgenommen würden, müssten wir es jetzt nicht tun und müssten nicht über Einzelpositionen diskutieren, wie wir es jetzt machen, sondern hätten ein Budget, wo überall sinnvoll budgetiert ist respektive wo die Sachausgaben auf diesem Niveau sind, wo es sie braucht. Die Rechnungen zeigen, dass dies nicht so ist. Rechnung- und Budgetvergleich zeigen, dass dies meistens nicht so ist. Deshalb könntest Du Dich wenigstens enthalten.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: An und für sich wollte ich, was Ruedi gesagt hat, auch sagen, dass wir die zwei Gebäude tatsächlich auch noch haben. Gerade bei der Heizung müssen wir diese Gebäude selbstverständlich entsprechend unterhalten. Ich wehre mich insofern dagegen, dass eigentlich die Fachlichkeit über dieses Budget, gerade was den Unterhalt bzw. die Heizung anbelangt, durchaus auch noch von einer zweiten Direktion überprüft wurde. Es ist klar, dass man, wenn man eine solche Umstellung macht, es nicht im gleichen Jahr, in dem man umstellt, gerade vergleichen kann. Wir werden aber diesen Beweis antreten, Begründungen liefern müssen, insbesondere, wenn sich die Zahlen erhärten. Ich bitte Euch, diesen Streichungsantrag zu streichen bzw. diesem nicht zu folgen. Ihr könnt alles machen. Aber ich finde es schade, jetzt an einem Objekt, das am Entstehen ist, an dem wirklich seriös gearbeitet wird, was man in diesem Prozess merkt, das ist nicht einfach eine 0815-Übung. Das ist eine relativ anspruchsvolle Zusammenführung, insbesondere auch, was das Bauliche anbelangt, schon den Sparhebel anzuheben. Das finde ich doch auch etwas unverantwortlich.

Urs Knapp: Wir setzen ja nicht den Sparhebel an, Martin Wey. Du hast selber gesagt, es gibt drei Möglichkeiten, weshalb es teurer wurde. Eine ist, dass man längere Öffnungszeiten hat. Das kann man mit den Synergien abfangen. Bei den anderen hast Du selber gesagt, wir haben eher grosszügig budgetiert. Man muss sich auch noch überlegen, welches Signal man macht. Wir haben genug Geld, also muss der Kanton weniger zahlen. Ich glaube, das ist eigentlich genau das, was wir möchten. Wir möchten ohne Reserven budgetieren, und dann gibt es auch die richtigen Signale. Es ist eigentlich im Kleinen das Typische, wie man budgetiert. Bei jedem kleinen Budgetposten hat es noch eine kleine Reserve. Bei den geschätzten 500 Budgetposten gibt es halt eine etwas grössere Reserve. Es ist falsch, wenn man so in eine Verhandlung beim Kanton geht, und signalisiert, eigentlich rechnen wir mit Fr. 73'000.— Mehrausgaben. Entsprechend müsste der Kanton weniger zahlen.

Daniel Kissling: Ihr wisst, dass ich der Typ bin, der immer für Kultur ist und selber auch ein grosser Fan der Museen bin. Aber ich kann den Antrag, der kommt, schon nachvollziehen. Es ist schon so. Wenn man dies halt so verspricht, von Minderausgaben redet, und eine schöne Sache machen will und es nachher nicht wirklich begründen kann, sondern einfach

sagt, man hat es einmal so hineingeschrieben, finde ich dies persönlich schon auch schwierig. Nicht aus dem Grund, weil ich weniger Geld für Kultur ausgeben will, sondern genau, weil gerade bei allen anderen kulturellen Posten gerne einmal einfach gesagt wird, sie geben zu viel aus, und wir dürfen nicht zu viel auf Vorrat ausgeben und so weiter und so fort. Dementsprechend kann ich dem schon ein wenig etwas abgewinnen. Gleichzeitig muss ich sagen, es ist halt ein sehr, sehr schwammig formulierter Antrag. Deshalb mache ich es, wie Du es vorhin vorgeschlagen hat. Ich enthalte mich bei dieser Abstimmung und wünsche mir, ganz ehrlich gesagt, vom Stadtrat, dass man, wenn der Streichungsantrag nicht durchkommt, dann schon schaut, dass man dieses Versprechen auch hält und ein Museum macht, das aus genau diesem Grund auch vom Volk angenommen wurde, nämlich, in dem man Synergien nutzt.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Reto, möchtest Du noch einmal den Antrag formulieren, damit alle wissen, worüber wir abstimmen?

Reto Grolimund: Das kann ich gerne tun. Ich habe eigentlich eher gedacht, dass ich mit diesem Antrag den Nerv von Tobias Oetiker treffe. Ich stelle den Antrag, dass man in den Budgetpositionen 3111, 3112 und 3119 in den Sachausgaben alle Budgetpositionen, die dies zulassen – der Prozentsatz passt sich logischerweise dementsprechend an - um einen gleichen Prozentsatz kürzt, damit die Summe eine Differenz ergibt, die dazu führt, dass das Budget gleich wie letztes Jahr ist. Also: Wir haben einfach im nächsten Jahr gleich viel Ausgaben wie in diesem Jahr budgetiert, insgesamt die Fr. 73'700.—.

Beschluss

Mit 17 : 15 Stimmen bei 8 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

Seiten 62 bis 66

Seite, 64, 3410.3634.00, Beiträge an Eissport

Dr. Christine von Arx: Ich beantrage eine Reduktion auf Fr. 700'000.—. Das entspricht dem, was die GPK im Geschäft über die SPOAG für die Betriebsbeiträge beantragt hat und setzt sich aus Fr. 390'000.— für Betriebsbeiträge und Fr. 310'000.— für Subventionen für die Eissportvereine zusammen.

Heinz Eng, Deny und Sonderegger und Christian Werner begeben sich in den Ausstand.

Urs Knapp: Ich habe eine Frage an den Rechtskonsulenten oder einen der Rechtsjünger vorne. Wir haben vorhin entschieden, dass dieser Betrag zurückgewiesen wird. Eigentlich müsste man ihn ganz aus dem Budget streichen. Das kann mir sicher jemand beantworten.

Dr. Patrik Stadler: Nein, man muss ihn nicht herausstreichen. Wenn er im Budget enthalten ist, heisst dies noch nicht, dass er ausgegeben werden darf, weil die Rechtsgrundlage bis jetzt noch fehlt. Sie muss dafür zuerst noch geschaffen werden.

Dr. Christine von Arx: Wenn Klarheit darüber besteht, dass dieses Geld erst ausgegeben wird, wenn wir die Rechtsgrundlage haben, muss man nicht über diesen Antrag abstimmen. Aber ich möchte sicher sein, dass im nächsten Jahr ohne weiteren Beschluss des Parlaments nicht Fr. 750'000.— ausgegeben werden, sondern maximal Fr. 700'000.—. Es geht mir eigentlich darum. Wenn es natürlich einen anderen Beschluss des Parlaments gibt, der diesen Betrag aufstockt, wird es aufgestockt.

Stadträtin Iris Schelbert: Ihr habt es ja zurückgewiesen, und ich werde eine neue Vorlage bringen. Nachher muss es in das obligatorische Referendum. Bei der neuen Vorlage könnt Ihr plus und minus und überhaupt alles, was Ihr wollt, anmerken. Nachher werden wir es vor das Volk geben.

Felix Wettstein: Ich fände gut, Christine, wenn Du Deinen Antrag aufrecht erhältst und zwar mit Blick auf unser heutiges Gesamtbudget. Wir haben am Schluss unter dem Strich eine Zahl, und diese Zahl möchten wir tatsächlich um die Fr. 50'000.— tiefer haben. Das bringen wir jetzt zustande, wenn Du Deinen Antrag aufrecht erhältst.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Der Antrag lautet wie folgt: Seite 64, Ziffer 34.10.3634.00 würden Fr. 700'000.— statt Fr. 750'000.— ins Budget aufgenommen. Darüber stimmen wir jetzt ab.

Dr. Christine von Arx: Das muss man wegnehmen. Das hat überhaupt nichts damit zu tun.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich nehme es weg.

Beschluss

Mit 34 : 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag angenommen.

Urs Knapp: Ich bin in meiner Funktion als Präsident der Finanzkommission. Eine Mehrheit der Finanzkommission schlägt vor, bei Position 34.10.3636.01, Beiträge zur Juniorenförderung, die bisherigen Beiträge an Schützenverein-Nachwuchsförderung und Beitrag Kleinkaliber-Nachwuchsförderung von Fr. 4'600.— zu streichen. Ich muss gestehen, ich habe im Protokoll nachgeschaut, eine genaue Begründung habe ich nicht gefunden.

Reto Grolimund: Es war so, dass gesagt wurde, dass die Begründung zu den Schützen noch nachgeliefert werden muss. Ich glaube, das war von Seiten des Stadtrates noch nicht der Fall.

Stadträtin Iris Schelbert: Wir haben geforscht und herausgefunden, dass es eigentlich eine historische Begründung ist. Weil wir keine eigenen Schiessanlagen haben, müssen die Jugendlichen der Schützenvereine und des Kleinkalibers auswärts schießen gehen. Deshalb erhalten sie etwas mehr. Hier hat der Präsident der Stadtschützen jeweils ein Gesuch an den Stadtrat geschickt. Dann ist diesem entsprochen worden. Das ist, was ich herausgefunden habe. Vielleicht weiss der Präsident etwas mehr.

Matthias Borner: Ich bin jetzt schon etwas perplex. Die Finanzkommission hat einen Antrag auf eine Kürzung gestellt, hatten aber die Argumente dazu nicht, aber haben dieser Kürzung einfach einmal zugestimmt. Das ist schon etwas seltsam. Das könnte man ja global machen. Dem kann ich jetzt definitiv nicht folgen, und ich zweifle etwas an der FIKO, dass sie einen Antrag bewilligen, obwohl sie die Argumente nicht haben. Unter welcher Voraussetzung kann man bei Euch einen Antrag stellen, um ohne Argumente ein Okay zu bekommen? Das würde mich interessieren. Merci.

Heinz Eng: Ich möchte diesen Knoten etwas lösen. Als ich dies gesehen habe, schien es mir einerseits auch, das ist wahrscheinlich wieder so ein Antrag „Tit for tat“, und dann werden offene Rechnungen zurückbezahlt. Stadträtin Iris Schelbert hat es vielleicht gesagt, dass vielleicht auch hier eine gewisse Intransparenz herrscht und man nicht genau weiss, wofür es überhaupt geht. Richtig ist, was Du gesagt hast. Falsch ist, dass ich der Geldempfänger bin. Das wäre ja schön. Ich bin von der VSGO beauftragt. Dort bin ich Delegierter, und die VSGO ist die Vereinigung der städtischen Schützengesellschaften der Stadt Olten. Dort ist die Kleinkalibersektion drin, die Luftpistolen, die Luftgewehr-Sektionen, Pistolenschützen, Gewehrschützen. Das sind alles unabhängige Vereine, die sich in dieser Vereinigung der Schützengesellschaften der Stadt Olten zusammengeschlossen haben. Sie erhalten dieses Geld wie andere Sportvereine auch. Jetzt kann ich noch sagen, was mit diesem Geld gemacht wird. Markus Dietler, Du kannst es dann bestätigen. Dieses Geld fließt nachher auf ein Konto bei der VSGO, das wir überweisen. Sie unterstützen Jugendliche, die schießen. Jugendliche, Schweizer, Jugendliche mit Migrationshintergrund,

Andersfarbige und sogar je nachdem auch Behinderte. Der Grund dafür ist, dass wir, wie Iris gesagt hat, keine eigene Schiessanlage mehr. Die Stadt Olten hat die Schiessanlage geschlossen. Es ist bis jetzt auch noch nie eine Klage gekommen. Das ist auch erstaunlich, weil gemäss Militärgesetz ganz klar feststeht, und das ist Bundesrecht, dass jede Gemeinde, die obligatorische Pflichtschützen hat, auch eine Schiessanlage haben muss. Das ist jetzt nicht eingetroffen. Bis jetzt hat auch ein gewisser Burgfriede geherrscht. Ich hoffe, dass dies mit diesem Antrag jetzt nicht komplett durcheinanderkommt. Damit werden auch Sachen und Projekte beim Ferienpass unterstützt. Das hören vielleicht einige hier nicht gerne. Aber der Ferienpass, den die Kleinkaliberschützen Olten immer organisieren, einen Teil davon, ist bei den Jugendlichen immer sehr, sehr begehrt, und es gibt immer lange Schlangen vor den Luftdruckanlagen in der Stadthalle. Die Beiträge sind aus diesem Grunde etwas höher. Das sind nicht genau Kopfbeiträge, sondern weil wir auswärts schießen. Ich habe hier Zahlen. Die VSGO überweist der Schiessgesellschaft Hägendort Fr. 6'000.—, der Kleinkaliberanlage in Trimbach Fr. 2'200.—, Druckluftschissanlage in der Stadt Olten Fr. 800.—. Da fliessen die Gelder wieder an die Stadt Olten zurück. Und so weiter und so fort. Dies alles, weil wir keine eigene Anlage haben. Es wäre noch so schön, wenn wir hier entsprechend wieder eine Anlage hätten. Das gibt es dazu zu sagen. Ich hoffe, ich habe hier ein wenig zur Transparenz beigetragen. Es ist in diesem Sinne ein Beitrag, wie Stadträtin Iris Schelbert richtig gesagt hat, wie er seit Jahren, Jahrzehnten ist. Die Schiessanlage wurde 2001 geschlossen. Ich hoffe jetzt nicht, dass die Schützen einmal mehr zum Spielball von links und rechts werden, von einer FIKO, und sich nachher auf dem Buckel als in diesem Sinne Sündenbock für Kämpfe, die eigentlich auf einer ganz anderen Ebene ausgetragen werden müssten, erhalten müssen. In diesem Sinne bitte ich Euch, diesem Antrag nicht zuzustimmen, keine offenen Rechnungen zu zahlen und es so zu belassen. Es dient dem Burgfrieden. Es dient auch dem Frieden der anderen freiwilligen Beiträge, die Ihr auch in den Beilagen seht. Die freiwilligen Beiträge sind wie ein Kartenhaus. Wenn man ein Kärtchen herauszieht, auch wenn es nicht tragend ist, kann es dann plötzlich sein, dass gewisse Pfeiler dann auch ganz anders dargestellt werden und Anträge kommen, wo das Eine oder Andere ebenfalls abgestrichen wird.

Simon Muster: Ich erlaube mir, kurz für die FIKO zu reden. Wie der Präsident zu Recht gesagt hat, findet man im Protokoll nichts. Was man allerdings gefunden hätte, wäre das Stimmverhältnis, das man sonst jeweils sagt. Deshalb wäre es jetzt schön, hätte man dies auch gesagt. Dieser Antrag ist mit 2 Ja-Stimmen zu 5 Enthaltungen durchgekommen, 0 Gegenstimmen. Die FIKO, wie der Präsident erklärt hatte, hat jede Position genau angeschaut und hatte das Diktum, was weg kann, oder wo freiwillige Beiträge sind oder die traditionell gewachsen sind, können weg. Es sind verschiedene Anträge gestellt worden. Dieser ist mit 2 Ja-Stimmen zu 5 Enthaltungen durchgekommen. Das ist eigentlich nicht so schwierig. Da hat man jetzt kein Kommissionsgeheimnis geritzt, und das wüsste man eigentlich.

Matthias Borner: In der Regel bestimmt man doch jemanden als Sprecher derjenigen, die dafür gestimmt haben, der dies nachher im Parlament vertritt.

Simon Muster: Der Präsident der FIKO hatte sich entschieden, bei seinem Votum zu sagen, dass er nachher bei den einzelnen Positionen reden wird. Er hat das Stimmverhältnis nicht genannt. Ich möchte einfach sagen, die Argumente waren, man ist jeden einzelnen Posten durchgegangen. Die FIKO hatte sich entschieden und sagt, wir schauen alles sehr kritisch an. Wir hatten hier nicht genügend Gründe. Das sieht man nachher auch bei 2 Ja zu 5 Enthaltungen. Das ist alles recht neutral. Von daher können wir ja jetzt darüber abstimmen. Es ist einfach nicht so, als wüsste man nicht genau, wie dies gelaufen ist. Ich glaube, das Stimmverhältnis sagt ja auch ein wenig etwas.

Corina Bolliger: Ich möchte sagen, ich als Pazifistin stimme diesem Streichungsantrag zu.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich bin auch Pazifistin. Aber ich möchte Euch gleichwohl bitten, diesem Streichungsantrag heute nicht zuzustimmen. Ich möchte dies genauer anschauen

und dies unter Pro-Kopf-Beiträge Jugendsportförderung stellen können. Dort bekommen alle Fr. 40.— pro Jugendliche oder Jugendlicher, die Sport treiben plus Projektbeiträge. Das seht Ihr auf Seite 4 in der Beilage. Ich würde dort gerne für die Schützenvereine eine adäquate Lösung finden, dass man dies wie alle anderen behandeln kann. Deshalb möchte ich Euch bitten, dies jetzt nicht herauszustreichen. Was machen sonst die Jungen? Wohin gehen sie schiessen und mit welchen Beiträgen?

Ernst Eggmann: Ich durfte vor einigen Jahren bei der 800-Jahr-Bundesfeier mithelfen, und ich musste in dieser Zeit feststellen, dass Schützen einer der ältesten Vereine in der Schweiz sind und eine alte, alte Kultur darstellen. Wenn Ihr jetzt hier kommt und einfach sagt, wir streichen hier Fr. 4'600.— für die Junioren, ist dies eigentlich auch ein Streichen für die Kultur. Ich finde, es ist wirklich nicht angebracht, die Fr. 4'600.— bei diesen Jungen, die schiessen gehen wollen, zu streichen. Da geht es nicht um Amoklauf und weiss der Teufel was, sondern es geht um die Erhaltung einer ganz alten Schweizer Kultur.

Christian Werner: Ich habe bis heute diese Begründung noch nicht gehört. Simon Muster hat jetzt zwar ergänzt, was das Stimmenverhältnis war. Nach meinem Dafürhalten spricht dies nicht unbedingt für die Kommission und ihr Arbeiten, wenn zwei Schnäuze dafür sind und sich alle anderen enthalten. Aber das müssen sie selber wissen. Die Begründung ist aber nicht geliefert worden, die Begründung, wieso man diesen rein ideologischen Antrag auf dem Buckel der Kinder und Jugendlichen gestellt hat. Bestrafen würde man Kinder und Jugendliche. Wir haben es vorhin gehört. Ferienpass etc. Wieso Ihr diesen Beitrag streichen wollt, diese Begründung ist bis jetzt nicht gekommen. Einen Antrag, der nicht begründet ist, kann man sicher nicht annehmen. Abgesehen davon, und das hat Ernst Eggmann vorhin gesagt, würde man jetzt wirklich einfach ganz direkt Kinder und Jugendliche für einen läppischen Beitrag bestrafen. Ich meine, wir bringen Anträge, wo man wirklich substanziell etwas an die Gesundung der Finanzen beitragen könnte. Jetzt reden wir hier von Fr. 4'100.— zu Lasten von Kindern und Jugendlichen. Das kann ich nicht verstehen.

Heinz Eng: Simon Muster, merci für Deine Offenheit. Zu Corina möchte ich sagen, dass die Schützenvereine gemäss den Statuten konfessionsneutral und auch politisch neutral. Du hast ein politisches Statement gemacht. Die Schweizer Armee kämpft dafür, dass Du immer Pazifistin bleiben und immer Deine Meinungen frei sagen darfst. Ich hoffe, es bleibt in den nächsten 100 Jahren so.

Simon Muster: Du weisst nicht, wer den Antrag gestellt hat. Du weisst aber, wer in der FIKO sitzt, und Du weisst, dass sich fünf Personen enthalten haben. Ich glaube, das sollte genug Rückschluss geben. Noch einmal: Die Begründung finde ich leider im Protokoll auch nicht. Es ist nicht meine Aufgabe. Ich bin nicht der Sprecher dazu. Leider hat es scheinbar entweder im Protokoll oder der Präsident versäumt, sich Notizen zu machen. Aber im Endeffekt ist es jetzt halt einfach so. Dann muss man mit seinen FIKO-Leuten reden, warum es fünf Enthaltungen gibt. Wir müssen in der FIKO vielleicht reden, dass wir besser auf solche Sachen vorbereitet sind. Aber jetzt stimmen wir doch einfach darüber ab.

Daniel Probst: Es hat sich heute Abend eine Saumode eingeschlichen. Das Stimmenverhältnis gehört auch zum Kommissionsgeheimnis. Hört auf. Es hat heute angefangen. Nicht Du, Simon, hast angefangen. Andere haben angefangen. Es gehört zum Kommissionsgeheimnis. Ihr sagt nicht mehr, wie die Abstimmungen ausgegangen sind. Es gibt einen Antrag. Das steht dort drin. Ihr zitiert nicht mehr aus diesem Protokoll. Verstanden?

Daniel Kissling: Ich wollte nur noch zur Sache zurückkommen. Ich bin auch Pazifist. Von mir aus kann man die Armee abschaffen. Aber ich finde, das ist ein schöner Beitrag für Leute, die dort arbeiten. Wir wissen selber nicht genau, wie er sich zusammensetzt. Die meisten hier haben sich ziemlich sicher noch nie darüber Gedanken gemacht, ob man ihn streichen will oder nicht, weil er so klein ist. Deshalb freue ich mich, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Es macht jetzt den Braten wirklich auch nicht feisst.

Dieter Ulrich: Nur eine kurze Erklärung oder vielleicht etwas Licht in das Dunkel über die Hintergründe des Antrags zu bringen. Wir haben andere Anträge diskutiert, und es ist unter anderem auch vom Stadtrat argumentiert worden, dass es nicht die Kernaufgabe der Stadt sei, dies zu machen, und man deshalb den Beitrag gestrichen haben. Wir haben nachher gefragt, was der Hintergrund bei diesem Beitrag ist. Wir haben einfach keine Antwort erhalten. Deshalb hat dies am Schluss eine Mehrheit gefunden. So einfach ist es.

Beschluss

Mit 29 : 2 Stimmen bei 9 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Seiten 65 bis 69

Keine Wortmeldungen

Seiten 70 und 71

Keine Wortmeldungen

Seite 72

4210.3636.00

Simon Muster: Ich würde gerne die Fr. 10'000.— für Lysistrada wieder aufnehmen. Allein vom Betrag, und da darf ich wirklich einmal Christian Werner zitieren, was auch nicht so oft passiert, ist dies wirklich ein Pipifax auf 111 Millionen. Aber für die Fachstelle von Lysistrada ist es eben überlebenswichtig. Das ist jetzt nicht etwas, was ich als linker Träumer sage, wie mir gestern so unter der Hand auch einmal vorgeworfen wurde, sondern das war aus der Finanzdirektion auf eine Antwort auf eine Motion von 2016. Freiwillige Beiträge, Lysistrada, der Beitrag sei überlebenswichtig. Warum ist er überlebenswichtig? Das sind Fr. 10'000.—. Das Gesamtbudget ist Fr. 110'000.—. Ich habe bei dieser Fachstelle angerufen. Die Fr. 10'000.— finanzieren ihnen zwei Beratungsgänge auf dem Strassenstrich in Olten, und sie sind aber auch zuständig für andere Beratungen für Sexarbeiterinnen. Die Frauen sind aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts und ihres sozioökonomischen Statuts mehrfach ins Prekariat gedrückt. Ich finde, es wäre eigentlich ein recht kleiner Betrag, der für diese Frauen sehr viel bedeuten würde. Es ist einmal noch gesagt worden, das gehört nicht zu den Aufgaben der Stadt. Ich bin etwas anderer Meinung. Wenn man sich wirklich für dieses Thema interessiert, weiss man, dass Olten immer noch der Hotspot ist, dass viele Frauen, die diese Arbeit ausüben, in die Illegalität und somit weiter ins Prekariat getrieben werden. Es war eigentlich noch nie so günstig, menschlich zu sein. Von daher würde ich gerne diesen Beitrag wieder aufnehmen.

Beatrice Schaffner: Merci, Simon Muster. Ich habe wirklich Sympathien für diesen Antrag. Die Prostituierten, die dieses Angebot nutzen, sind zuunterst in der gesellschaftlichen Hackordnung. Sie haben keinen Fürsprecher, auch nicht im Parlament, und es geht um keinen Riesenbetrag. Ich werde diesem Antrag zustimmen.

Heinz Eng: Ich schlüpfe jetzt in die Rolle von vorhin, vom Dossier, wo es um die Schützen ging, und werde diese Rolle jetzt von Dir, Daniel Kissling, übernehmen. Eigentlich müsste ich ja jetzt hier auch in der Analogie der Sache dagegen stimmen. Aber Du hast es richtig gesagt, Simon Muster. Das ist effektiv so dort unten, und das muss man unterstützen. Zudem war dieser Beitrag – die Älteren wissen dies noch – einmal Fr. 20'000.—. Dann hat man ihn auf Fr. 10'000.— gekürzt. Ich bin weder Sexarbeiter noch Freier usw. Aber trotzdem stimme ich dem zu. Iris Schelbert, Du kannst Dich erinnern. Du hast einmal gesagt, die Männer aus Olten gehen auswärts, und die auswärtigen kommen hier zum Strich. Aber es ist

effektiv so, dass man dort unten etwas unterstützen muss. Das Problem ist ja nicht das. Das Problem, was hindurch mit der Prostitution, mit den Zuhältern und allem abläuft. Es gibt halt wirklich Menschen, die nicht nur auf der Sonnenseite stehen, und dies für sie eigentlich auch ein Einkommen ist. Die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter. Das muss man auch sagen. Es gibt beide. Deshalb werde ich dies gleich, wie Du, Beatrice, auch gesagt hast, unterstützen.

Heidi Ehrsam: Ich möchte Iris Schelbert oder Marion Rauber fragen, die sich jahrelang für diesen Betrag von Fr. 10'000.— für die Lysistrada eingesetzt hat, warum der Stadtrat die Fr. 10'000.— nicht aufgenommen hat. Iris hat sich eingesetzt, und das Soziale hat es nicht aufgenommen. Von mir aus kann man es, wenn der Stadtrat dies nicht hineinbringt, auch lassen, wie es jetzt ist. Es gibt sicher eine Begründung dafür. Danke.

Stadträtin Marion Rauber: Meine Aufgabe war, mein Budget durchzukämmen. Ich habe sehr viele Sympathien für Lysistrada und habe es auch immer unterstützt. Bei diesem Posten musste ich wirklich einfach sagen, das ist für uns nicht grundsätzlich Aufgabe auf Gemeindeebene, sondern wir haben das Gefühl, das müsste eigentlich der Kanton unterstützen. Das war auch der Grund, wieso wir gesagt haben, wir streichen diesen Betrag einmal heraus. Ich habe aber sehr viele Sympathien, wenn man diesen wieder aufnehmen würde. Merci.

Laura Schöni: Wir haben vorgängig zur Parlamentsdebatte schon verkündet, dass wir, falls dieser Antrag gestellt wird, ihm zustimmen werden.

Heidi Ehrsam: Wenn ich es richtig verstanden habe, Marion, ist vor Jahren, als sich Iris dafür eingesetzt hat, ist dieses Geschäft, diese Aufgabe beim Kanton noch nicht angekommen. Jetzt hat sich hier im Verlauf der Zeit etwas geändert. Ist dies richtig so, dass der Kanton in dieser Sache gewisse Aufgaben übernommen hat?

Stadträtin Marion Rauber: Nein, es hat sich nichts geändert. Aber unsere finanzielle Situation hat sich so geändert, dass Ihr von uns verlangt, dass wir unsere Budgets wirklich sehr genau anschauen und sehr offen und ehrlich halt auch sagen, was wir finden, was unsere Kernaufgabe in dieser Stadt ist und was nicht, Sympathien hin oder her.

Myriam Frey Schär: Der Komplettheit halber noch von den Grünen: Wir sind selbstverständlich auch dafür, diesen wieder aufzunehmen. Wir sind der Überzeugung, dass die Streichung dieses Betrags, so klein er ist, die Symbolwirkung von daher unglaublich destruktiv ist. Man hat die Möglichkeit, weiss der Kuckuck was alles zu streichen. Damit nimmt man eigentlich eine Wertung vor, oder das wird so gelesen. Das fänden wir absolut katastrophal. Ich finde es unglaublich wichtig, dass die Stadt diese Aufgabe, ob irgendwo obligatorisch oder nicht, wahrnimmt, weil die Stadt wirklich auch zeigen muss, wo sie in dieser Hinsicht steht.

Philippe Ruf: Nur noch kurz eine Frage, auch für mich zur Klärung. Das Projekt ist grundsätzlich sicher sinnvoll. Gleichzeitig müssen wir uns überlegen, dass wir uns nicht leisten können, Aufgaben des Kantons zu übernehmen. Wir fangen dann an abzuwägen, was wir vom Kanton übernehmen und was nicht. Das finden wir jetzt eine gute Sache. Es ist schwierig, wenn wir dies als Messmittel nehmen. Wir können nachher nicht Aufträge vom Kanton übernehmen. Ich werde mich jetzt enthalten, weil ich es grundsätzlich eine gute Sache finde. Fr. 10'000.— sind bei diesem Budget tatsächlich nicht ein riesiger Betrag. Wir müssen aber konsequent bleiben. Daran möchte ich auch erinnern. Sonst kommen wir gar nirgends hin. Für mich wäre noch interessant, wenn man gesehen hat, dass dies die Aufgabe des Kantons ist, wurde der Stadtrat beim Kanton vorstellig, und ist man hier aktiv geworden, dass sich der Kanton wieder darum kümmert? Das wäre für mich eigentlich die Lösung.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich kann vielleicht einfach zur Klärung beitragen. Seit 1993, als das Ganze entstanden ist, war ich eigentlich immer die politische Verbindung. Heute ist es so, dass wir zwei- bis dreimal pro Jahr eine Austauschsitzung haben, Kantonspolizei, Lysistrada mit mir. Wir wissen eigentlich immer direkt, was auf dem Strassenstrich abgeht. Irgendeinmal ist Lysistrada in die Situation gekommen, dass sie zu wenig Geld hatten. Dann haben sie vom Kanton einen Auftrag erhalten, sich um die Sexarbeit im ganzen Kanton zu kümmern, das heisst um alle Salons. Wir sind die einzige Stadt, der einzige Ort im Kanton, der die Strassenprostitution hat, und sie sind zweimal pro Woche mit Mediatorinnen in der Herkunftssprache von den Frauen unten. Sie können die Frauen aufklären. Es hat zum Teil Frauen unten, die nicht einmal wissen, in welchem Land sie sind. Sie werden hierher geführt. Dann werden sie weitergeführt. Sie wissen nicht, wo sie genau zu Hause . Die Mediatorinnen können sie aufklären, können ihnen auch ihre Rechte klarmachen. Ja, Lysistrada hat vom Kanton Fr. 100'000.—, um den ganzen Kanton abzudecken. Aber für Olten haben sie wirklich die Fr. 10'000.—, die ihnen ermöglichen, zweimal pro Woche dorthin zu gehen und die Frauen, die es halt wirklich nur in Olten gibt, zu beraten. So ist dies entstanden, und so ist der Stand heute. Ohne die Fr. 10'000.— weiss ich nicht, ob sie die Arbeit auf dem Strassenstrich aufrecht erhalten können. Sie müssen diesen Mediatorinnen auch Löhne zahlen und sind sehr am Limit.

Philippe Ruf: Es geht mir nicht darum, dass ich Euch vorwerfen kann, dass Ihr nichts gemacht hättet. Aber jetzt zu meinem Verständnis: Es gebe diese im Kanton nur in Olten. Was machen sie dann mit den Fr. 100'000.—?

Stadträtin Iris Schelbert: Mit diesen Fr. 100'000.— haben sie einen Auftrag, Prävention, Beratung im Sexgewerbe des ganzen Kantons flächendeckend zu machen.

Philippe Ruf: Nicht nur in Olten?

Stadträtin Iris Schelbert: Nur die Fr. 10'000.— sind für den Strassenstrich. Die Etablissements sind im anderen Betrag enthalten.

Philippe Ruf: Entschuldigung, jetzt gleichwohl meine Frage, dass ich sie auch noch einmal konkret stelle: Habt Ihr beantragt, dass der Kanton dort einschreitet und schaut, dass man dies gleichwohl noch wahrnehmen kann, dass man in Olten diese zwei Runden machen kann?

Stadträtin Marion Rauber: Ihr verlangt von mir aufzuzeigen, was Notwendigkeit in dieser Stadt ist. Ich habe ganz viele gebundene Kosten in meiner Direktion. Das sollte nicht despektierlich tönen. Aber das ist jetzt ein Nice-to-have. Ich würde auch gerne wieder Fr. 30'000.— in dieses Budget stellen, und ich hätte Freude, wenn dieser Antrag wieder durchkommen würde. Aber meine Aufgabe ist es aufzuzeigen, was wir in der Sozialregion bzw. Sozialdirektion notwendig brauchen. Jetzt habe ich dies gemacht, und Ihr entscheidet darüber. Ich nehme gerne auch die Fr. 25'000.—, wie es früher war, wieder auf.

Philippe Ruf: Darf ich noch einmal die Frage stellen? Wurde der Stadtrat beim Kanton aktiv und hat verlangt, dass sie ihre Zuständigkeit dort wahrnehmen können? Ich frage jetzt zum dritten Mal.

Stadträtin Marion Rauber: Philippe Ruf, sie nehmen ja ihre Zuständigkeit wahr. Sie geben ja die Fr. 100'000.—. Nein, ich bin oder wir sind beim Kanton nicht vorstellig worden.

Philippe Ruf: Ist Iris vorstellig geworden und hat dies gefragt?

Stadträtin Iris Schelbert: Der Strassenstrich war zu dieser Zeit, wo dieser Paradigmenwechsel stattgefunden hat, als Lysistrada diesen Auftrag vom Kanton erhalten hat, nicht Inhalt des Ganzen.

Beschluss

Mit 29 : 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

Seiten 74 bis 77

Keine Wortmeldungen

Seiten 78 bis 83

Seite 78

Myriam Frey Schär: Wir haben keinen Antrag, aber wir möchten gerne etwas anmahnen. Es ist ein Thema, das offenbar in der FIKO auch schon besprochen wurde. Aber weil wir dort ja nicht mitmachen dürfen, mussten wir unabhängig davon darauf kommen. Konto 6150.3144.00 und die folgenden vier sind so exemplarisch für die Positionen, von denen wir ganz viele gefunden haben. Kapital 6 und 7. In der Regel geht es um Unterhaltsarbeiten, die immer sehr viele Nullen haben, und relativ wenig mit der Rechnung 2017 zu tun haben. Das heisst, das Delta zwischen ihnen ist immer ganz erheblich. Ich habe jetzt davon einmal die 14 ausgeprägtesten in einer Liste zusammengestellt und habe gedacht, ja gut, es kann ja sein. Vielleicht hat man 2017 dort einfach gerade besonders wenig ausgegeben. Ich habe dann die alten Budgets hervorgehoben und bin zurück bis zur Rechnung 2014. Ich wäre noch weiter zurückgegangen, wenn ich gewusst hätte, wohin ich die älteren wegräumt habe. Aber ich habe dann versucht herauszufinden, wie nahe war man denn überhaupt einmal an diesen budgetierten Beträgen. Es hat es schon einmal gegeben, dass man ein wenig in die Nähe gekommen ist, aber nicht wahnsinnig in die Nähe. Die 14 Posten, die ich jetzt genommen habe, das sind vier davon, von diesen 14 sind 9 Unterhaltskonten: Insgesamt geht es hier um Fr. 482'000.—. Das ist das Delta von dem, was in diesem Jahr budgetiert und 2017 abgerechnet wurde, Fr. 182'000.—. Das ist im Budget jeweils eine Vollzeitstelle. Wir haben dies schon noch bemerkenswert gefunden. Das sind 37,8 %. Wenn man zurückgeht, sieht es auch nicht unbedingt so viel besser aus. Es hat einzelne Spitzen. Selbst dort, in den Jahren, in denen man jeweils am meisten ausgegeben hat, habe ich es mit dem darauffolgenden Budget verglichen, das ja darauf basieren sollte, und fand immer noch, dass es fast 25 % Abweichung gibt. Das ist uns zu wenig genau. So auf Halde zu budgetieren, stösst uns etwas auf. Wir sind nicht ganz sicher, ob dies Beträge sind, die man eigentlich, gerade unterhaltsmässig, aufwenden müsste und aus einem Grund nicht aufwendet. Das wäre schlecht. Oder will man einfach vermeiden, dass man irgendeinmal irgendwo einen Nachtragskredit sprechen muss, und denkt, ja, gut, jetzt legen wir hier einfach so etwas eine Luftfolie um uns herum. Es sieht ja jedes Jahr gleich aus. Dann merkt es eh niemand. Uns ist es etwas so vorgekommen. Wir haben jetzt diese Tabelle. Sie ist auf meinem Computer. Sie wird auch nächstes Jahr noch drauf sein. Wir werden diese Positionen wieder anschauen und behalten uns vor, dass wir es dann schon ein wenig genauer wissen möchten. Wir möchten beliebt machen, dass man dort entweder mit etwas genaueren Kennzahlen oder mit effektiven Aufwendungen arbeitet. Ich habe einmal in einer Wohnung gewohnt, wo sie mir jeden Monat irgendeinen Anteil Boilerentkalkung verrechnet haben. Ich glaube, ich habe am Schluss rund 7'000 „Stutz“ für die Boilerentkalkung ausgegeben. Es ist aber in der Zeit, in der ich dort gewohnt habe, gar nie ein Sanitär gekommen. Natürlich ist es nicht Geld, das wir ausgeben. Aber wir sind in einem Budget, bei dem wir über tiefe fünfstellige Beträge, zum Teil noch kleinere, diskutieren. Dann finden wir, einfach so in diesem Rahmen auf Halde zu budgetieren, stossend.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich nehme dies gerne auf und kann Dir auch zusichern, dass man mit der Stelle, die man jetzt im Hochbau geschaffen hat, ja genau die Immobilienstrategie und auch den Werterhalt besser erfasst. Wir wollen über jedes Bauteil der Stadt wissen, wann es errichtet, wann unterhalten, mit welcher Investition, wie es abgeschrieben wurde. Dann gewinnen wir mit einer Werthaltungsstrategie mehr Sicherheit über den Zeitlauf des

Finanzplans, und es wird dort dann auch weniger Schwankungen geben. Das ist eine Folge, die es verbessern wird.

Urs Knapp: Ich stelle einen Antrag, dass man diese Position – es sind ganz, ganz viele Konten – um Fr. 400'000.— streicht. Diesen Antrag stelle ich im Bewusstsein – das ist in der Finanzkommission offen gesagt worden – dass dieser Antrag schon im Stadtrat gestellt wurde, dort aber abgelehnt worden ist. Es ist wirklich genauso, wie Du, Myriam, sagst. Es hat einfach überall ganz viele Luft drin. Ich glaube, von daher tun wir uns alle einen Gefallen, wenn wir jetzt nicht jeden Kontoposten anschauen. Es ist überall ein wenig. Der Stadtrat hat uns signalisiert, von daher ist es öffentlich, welche Anträge im Stadtrat zum Teil gestellt und nicht angenommen wurden. Das war einer der grösseren, und das ist genau, was Du sagst.

Raphael Schär: Fr. 400'000.— gegen Fr.182'000.—. Das ist schwierig.

Myriam Frey Schär: Ich muss vielleicht präzisieren, dass die Fr. 182'000.— einfach die 14 sind, die mir am Stärksten ins Auge gesprungen sind. Ich habe diese Rechnung aber natürlich auch nie im Detail gemacht. Insofern bin ich nicht sicher, was ich mit diesen Fr. 400'000.— anfangen kann. Insofern weiss ich nicht, ob ich diesem Antrag trotz einer gewissen Sympathie so zustimmen könnte.

Philippe Ruf: Es ist mehr eine Bitte. Thomas, könntest Du Dich dazu äussern, welche Konsequenzen hat, welche Überlegungen man hier anstellen könnte? Ich finde es grundsätzlich lobenswert, wenn man die Fr. 400'000.— anschaut und kritisch hinterfragt. Ich kann es nicht greifen. Ist es sinnvoll? Ist es auch realistisch, und welche Konsequenzen hätte es? Das fände ich schon noch interessant. Ich weiss, dass Du dies nicht abschliessend beantworten kannst. Nicht, dass Du es nicht könntest.

Stadtrat Thomas Marbet: Es ist tatsächlich eine schwierige Frage. Vor etwa vier Stunden wurde ja reklamiert, dass man den Werterhalt über Jahre vernachlässigt oder ein wenig aufgeschoben hat. Es ist natürlich jetzt eine Folge davon, dass man dies nicht reduzieren sollte. Fr. 400'000.— sind sehr viel Geld. Ich muss Euch sagen, ich finde es schon etwas verantwortungslos, wenn man pauschal eine Kürzung macht. Ich meine, es geht hier um Unterhalt, eine Bushaltestelle, Fahrzeuge, Mobilien. Das wird die Bevölkerung dann direkt spüren. Wir realisieren und rechnen nur ab, was es dringend braucht. Wenn wir es nicht brauchen, sind wir froh, und dann gibt es nachher bei der Rechnung eine Entlastung. Aber jetzt pauschal zu sagen, über Fr. 400'000.— ist jetzt etwas schwierig. Ich glaube eigentlich auch, dass es nicht zulässig ist. Wir haben nicht Globalbudget wie im Kanton, und ich bitte Euch, jetzt in der Sitzung einfach die Spielregeln nicht zu kehren. Wir müssen über die Positionen und Kontonummern abstimmen. Man darf Fehler nicht wiederholen.

Beatrice Schaffner: Myriam hat ja hier eine Vorarbeit geleistet, indem sie die grössten 14 Positionen analysiert hat. Urs hat einen Betrag von Fr. 400'000.— in den Raum gestellt. Das Baudepartement sollte ja in der Lage sein zu entscheiden, welche Arbeiten durchgeführt werden müssen und welche nicht. Wenn jetzt eine gesprochene Summe nicht genügen würde, besteht ja immer die Möglichkeit, einen Nachtragskredit zu stellen und ihn zu begründen. Ich glaube, wir haben noch keinen Nachtragskredit abgelehnt.

Felix Wettstein: Ich werde diesen Antrag nicht unterstützen können, Urs. Mir geht es auch darum, dass wir diese Gelder, wenn sie nicht sein müssten, auch gar nicht budgetiert. Das Ziel ist absolut unbestritten. Aber was Thomas Marbet vorhin noch gesagt hat, ist halt schon das Entscheidende. Wir haben kein Globalbudgetsteuerung. Wir haben in der Stadt schlicht die gesetzliche Grundlage nicht, damit wir anfangen dürfen, dies so zu machen. Es tönt wahnsinnig reizvoll. Vielleicht müsste man tatsächlich beginnen, unsere Gemeindeordnung in dieser Richtung zu ändern. Bloss reden wir jetzt noch einmal von einer anderen Ebene. Auch Globalbudgets sind, dort wo wir entsprechend arbeiten, in der Regel nach Sachkapiteln aufgeteilt und nicht nach einzelnen Kostenstellen. Hier reden wir aber quasi querbeet zu den verschiedenen Aufgaben. Im Baubereich schlägt es am meisten durch. Aber man würde

einen Teil auch bei der Öffentlichen Sicherheit finden und wahrscheinlich sogar im Präsidialen. Wir reden jetzt hier von den Kostenstellen 3144 und 3151, also die zweite vierstellige Gruppe. Das würde auch bei einem Globalbudgetdenken nicht möglich sein, dass man auf dieser Ebene steuert. Es bleibt uns nichts Anderes übrig, als dies zu machen, und es ist schön, wenn die anderen Fraktionen mithelfen, wo Myriam jetzt angefangen hat, nämlich, dass wir halt anfangen, eine solche Zahlenreihe aufzubauen, sodass wir dann wirklich sehen können, Rechnung, Budget in einem Jahr, Budget im nächsten Jahr. Man ist offenbar nicht bereit, vielleicht nicht bereit, entsprechend von diesem geringeren Bedarf zu budgetieren, sondern setzt aus Gewohnheit wieder eine Zahl. Da müssen wir den Finger draufhalten und ein nächstes Jahr möglichst in der vorberatenden Kommission und sonst halt wenigstens aus den Fraktionen heraus sagen, in diesem Betrag geht es mit Fr. 10'000.— weniger, in diesem Betrag geht es mit Fr. 5'000.— weniger. So müssen wir daran gehen.

Seite 98, 3144, Unterhalt Hochbauten Gebäude

Urs Knapp: Das wäre eigentlich die Rechtsgrundlage. Man könnte nämlich dies kürzen. In der Rechnung 2017 ist ein Betrag von 1,61 Millionen Franken enthalten. Im Budget 2018 sind es 1,314 Millionen Franken, und im aktuellen Budget 2019 haben wir 1,681 Millionen Franken. Das sind nämlich genau die Fr. 400'000.—. Es ist immer noch etwas mehr als in der Rechnung 2017. Ich bin der Meinung, es kann auch legalistisch sein, aber selbst da bin ich der Meinung, wenn wir auf dieser Seite 98, 3144, reduzieren – dieses Recht haben wir, wenn wir das Budget behandeln – ist es halt auf einer höheren Ebene gestrichen. Der Stadtrat hat die Kompetenz und Möglichkeit, diese Anpassungen im 3144 dort vorzunehmen, wo es ist. Das geht rechtlich. Von daher würde ich beantragen, dass wir es so machen, damit es ganz sauber ist, dass wir auf Seite 98 Position 3144 um Fr. 400'000.— streicht. Ich glaube, dann sind auch die rechtlichen Zweifel ausgeräumt.

Michael Neuenschwander: Die Absicht ist gut. Aber ich möchte hier nicht über das Ziel hinausschiessen. In Anbetracht der Tatsache, dass dies so durchkommen könnte, finde ich es zu massiv, ohne genauere Kenntnis der Sache. Dann stelle ich halt einfach einmal den Antrag, dass man davon gerade wieder die Hälfte wegnimmt und auf Fr. 200'000.— geht.

Raphael Schär: Man sieht hier, dass es einen rechten Zuwachs gibt. Gibt es in diesem Jahr dafür konkret eine Begründung? Wir haben eher gesehen, dass er konstant höher bleibt als in der Rechnung. Aber hier ist auch im Budget mehr. Kannst Du dazu etwas sagen, wo der Zuwachs kommt gegenüber dem sonstigen konstant höheren?

Stadtrat Thomas Marbet: Wir haben in den letzten fünf Jahren den Unterhalt zurückgefahren aus Rücksicht auf die Finanzen. Jetzt haben wir dringenden Nachholbedarf. Es ist im Frohheim nachher auch noch ein Thema. Dort gilt es, beispielsweise den Boden der Turnhalle zu sanieren. Dort rutscht man aus, weil er aufbröseln, wie es immer so schön heisst. Man kann ihn auch mit der Putzmaschine nicht mehr richtig reinigen. Ihr greift jetzt hier wirklich in die Qualität und das Angebot für die Bevölkerung ein. Es ist natürlich für mich schwierig, um 23 Uhr über jede einzelne Position zu reden. Schön wäre, wenn man dies vielleicht eine Woche vorhin in der Finanzkommission diskutieren könnte. Dann könnte man es auch aufschlüsseln. Ich möchte bitten, nicht unter den Wert zu gehen, den man dann im Budget 2018 vorgesehen hat.

Myriam Frey Schär: Ich bin nicht ganz sicher, wie zielführend es ist, wenn wir dies jetzt machen, etwas streichen, obwohl dies auch mein persönlicher Impuls ist. Aber wenn ich schaue, was in den letzten Jahren gelaufen ist, kann man davon ausgehen, dass wahrscheinlich etwa Fr. 130'000.— davon nicht ausgegeben werden, die ich jetzt nur schon zusammengerechnet habe. Aber wir wissen nicht wo. Ich meine, es gibt diesen Vorbehalt, dass gewisse Sachen einfach zu wenig unterhalten sind. Ich möchte dort nicht irgendetwas wegwerfen. Aber für mich ist es eigentlich cool, wenn man sagt, okay, wir schauen, wie dies im nächsten Jahr aussieht. Dort müssen Zahlen stehen, die etwas bedeuten und nicht irgend

so ein Haufen Nullen. Das wäre für mich eigentlich zielführender. Wir vergeben uns ja damit nichts so richtig.

Dr. Rudolf Moor: Ich muss sagen, ich verstehe die Welt nicht mehr ganz. Wir waren uns am Anfang einig, dass wir beim Werterhalt an der untersten Grenze sind. Wir waren uns einig, dass man hier eher erhöhen sollte. Wir waren uns auch einig, dass man bei den Dienstleistungen auf keinen Fall weiter kürzen sollte. Jetzt kommt dies dazu, und plötzlich sind alle für reduzieren. Das verstehe ich überhaupt nicht. Die ganze Diskussion ist aus meiner Sicht völlig widersprüchlich und inkonsequent.

Urs Knapp: Ich möchte nicht gerne einen Stadtrat korrigieren. Aber der Unterhalt der Turnhallen läuft nicht darüber. Das ist auf Seite 190, Investitionsbudget, wo es heisst Sanierung innen Turnhalle. Dafür sind Fr. 210'000.—. Das hat mit dem Budget der laufenden Rechnung rein gar nichts zu tun.

Stadtrat Thomas Marbet: Der Reinigungsaufwand ist grösser, wenn der Boden bröseln.

Felix Wettstein: Die erste Hälfte von dem, was ich sagen wollte, hat mir Urs vorweggenommen. Die zweite Hälfte, Ruedi, es geht auch mir tatsächlich um die Investitionsebene. Dort haben wir Inwertsetzung und Instandhaltung als Investition. Da sind wir tatsächlich extrem viel tiefer. Es ist im Gegenteil so, es gibt relativ viele Ideen, wie man investieren könnte, so dass nachher der laufende Betrieb günstiger werden kann. Bei der Energie kennen wir dies. Aber das Beispiel, das wir gerade gehört haben, kann man sich auch für den Unterhalt beim Putzen vorstellen.

Christian Werner: Wir sind jetzt auf Seite 98 gehüpft. Ich rede nun von Seite 98 und zu diesem Antrag. Ich möchte ihn klar unterstützen. Eigentlich sind wir uns ja einig, dass man Luft budgetiert hat. Man hört zwar jetzt, dass es in der Zukunft dann anders sein soll. Natürlich kann man dies immer sagen. Auf der kantonalen Ebene ist dies genau gleich. Man budgetiert dann gleichwohl immer wieder etwas Luft und sagt, wegen dem und wegen dem und wegen dem brauchen wir es dann. Ein Jahr später sieht man in der Rechnung, dass es doch nicht gebraucht wurde. Wenn man sieht, was jetzt von der Rechnung 2017 zum Budget 2019 – das sind die zwei Zahlen, die wir vergleichen müssen – an Mehrausgaben geplant sind, sind dies Fr. 420'000.—. Wenn der Antrag jetzt Fr. 400'000.— lautet, können wir immer noch 20'000 „Stutz“ mehr ausgeben, als dies heute der Fall ist. Das im Übrigen etwa ein Steuerprozent bei den natürlichen Personen. Wenn man ja jetzt nicht wirklich nachvollziehbar und glaubhaft erklären kann, wieso man Fr. 420'000.— mehr braucht, bin ich klar der Meinung, streichen wir dies doch ein. Dann haben wir eine Steuererhöhung um ein Prozent bei den natürlichen Personen schon einmal kompensiert.

Beatrice Schaffner: Ich werde diesen Antrag auch unterstützen. Mir geht es auch um die Glaubwürdigkeit des Budgets. Das war ja beim letzten Budget und der Rechnung 2017. Dann glauben wir, wir würden hier messerscharf budgetieren und hätten relativ viel Luft herausgelassen, und dann machen wir wieder schwarze Zahlen. Ich möchte auch ein Budget, bei dem dieses Ziel auch etwas erreicht wird. Nicht, dass wir keine roten schreiben, keine schwarze, sondern einfach das Budget erreichen und die Latte auch einmal ein wenig höher legen. Und es gibt ja eben Nachtragskredite.

Laura Schöni: Wir haben am Anfang gesagt, dass wir den Stadtrat unterstützen, indem Geld für den Werterhalt ausgegeben wird. Das ist jetzt genau dieser Posten hier. Es geht uns auch etwas gegen den Strich, dass hier immer so hohe Zahlen budgetiert sind, und wir begrüssen, dass man das Auge darauf hat. Aber jetzt in diesem Moment zu streichen, ist nicht in unserem Sinne.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich habe einen Antrag von Fr. 400'000.— und einen von Fr. 200'000.— gehört. Wir stellen sie gegenüber.

Beschluss

Mit 25 : 15 Stimmen wird dem Antrag auf Kürzung um Fr. 200'000.— zugestimmt.

Mit 24 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag auf Kürzung um Fr. 200'000.— zugestimmt.

Deny Sonderegger: Bei Position 6153.3010.00 ist eine neue Stelle angekündigt, Allrounder für Graffiti-Entfernungen. Ich möchte beliebt machen, diesen Betrag im Budget um die neue Stelle zu kürzen. Ich sehe nicht ein, wieso die Stadt Olten quasi auf Reserve und auf Goodwill eine Stelle schaffen soll. Für Graffiti-Entfernungen gibt es Spezialfirmen, die bei Bedarf entsprechend angerufen werden können. Das ist jetzt nicht in Eigenwerbung. Aber ich sehe nicht ein, wieso man hier auf Reserve eine Stelle schaffen soll. Graffiti entfernen ist notabene auch eine etwas delikate Sache. Dazu braucht es Spezialisten. Ich möchte beliebt machen, dass man dies so kürzt.

Urs Knapp: Ich wechsele jetzt wieder den Hut und werde Präsident der Finanzkommission. Vielleicht bin ich wieder der Überbringer der schlechten Nachricht und bekomme ein wenig auf den „Grind“. Das macht nichts. Die Finanzkommission hat auch diesen Antrag gestellt.

Michael Neuenschwander: Ich würde hier gerne auch vom Stadtrat vielleicht Auskunft über dieses Geschäft haben.

Stadtrat Thomas Marbet: Es ist nicht eine Stelle, es ist eine halbe Stelle. Das ist einmal das Erste. Sie ist in der Lohnklasse 6 im Werkhof. Das ist die tiefste eingereichte Stellen, die es bei der Stadt gibt, und davon eine halbe. Es ist nicht ausschliesslich die Stelle für Graffiti-Entfernung, sondern es ist inklusive Graffiti-Entfernung. Wir brauchen diese halbe Stelle in einer wachsenden Stadt auch. Ich möchte einfach daran erinnern, wir haben Jahr für Jahr neue Strassen. Das ist so. Wir haben Jahr für Jahr mehr Abfall, den wir einsammeln müssen. Wir müssen Jahr für Jahr mehr Littering wegräumen. Wir haben Jahr für Jahr auch trockenere Sommer, in denen wir die Bäume wässern müssen. Übrigens haben wir in den letzten drei Jahren 300 Bäume gesetzt. Nicht alle sind natürlich Entwicklungsbäume, sondern es gibt auch aus dem Bestand heraus solche, die man ersetzen muss. Ich möchte Euch bitten, die Fr. 33'000.— zu belassen. Aber ich bin an der Sitzung der Finanzkommission auch gefragt worden, ob ich noch einen Sparbeitrag bringen könnte. Ich bringe ihn jetzt. Wir müssen aber noch einmal zurückspringen auf Seite 68, Parkanlagen, Wanderungen, würden wir die Position 3424.3101.01, die Fr. 25'000.— auf Fr. 5'000.— reduzieren. Man sieht es auf der rechten Seite. Das ist die Position Vandalismus, Drittaufträge, Werkhof und Hochbau. Wir machen eine Internalisierung. Wir sparen mit dieser halben Stelle in der Lohnklasse 6 die Drittaufträge einsparen, machen diese Aufgabe selber, haben dann aber noch ein wenig Flexibilität zusätzlich im Betrieb dieser Stadt. Ich darf ja auch selber einen Antrag zu meiner Position stellen. Minus Fr. 20'000.— auf Seite 68, Parkanlagen und Wanderweg. Ich bitte Euch aber, bei der Stelle beim Werkhof diese Position stehen zu lassen.

Urs Knapp:

Christian Werner: Einfach der Klarheit halber: Wenn wir jetzt über diesen Antrag abstimmen, ist dies verknüpft mit der Zusage, dass man dann die Fr. 20'000.— einspart? Das ist quasi die Bedingung? Das ist unbestritten? Einfach, damit wir es auch zuhänden des Protokolls haben. Es nicken alle. Gut. Dann lehne ich diesen Antrag ab.

Beschluss

Mit 38 : 1 Stimme bei 1 Enthaltung wird dem Vorschlag und Antrag von Thomas Marbet zugestimmt.

Deny Sonderegger: Ich bin jetzt ein wenig erstaunt, weil mein Antrag nicht dem FIKO-Antrag gegenübergestellt wurde. Mein Antrag müsste noch behandelt werden. Man hat ja einen Abtausch gemacht. Ich habe einen Antrag auf Reduktion des Lohnnetats, dieser Stellenkreierung, gestellt. Dahinter ist nachher entsprechend eine Reduktion vermischt worden. Einfach zuhänden des Protokolls.

Christian Werner: Da bin ich jetzt anderer Meinung. Wir haben einen Antrag abgelehnt, der diese Stelle streichen wollte, isoliert über diese Frage. Es waren alle dagegen. Der Antrag ist abgelehnt worden, und im Gegenzug ist der Antrag des Baudirektors angenommen worden. Ich habe eigentlich gemeint und habe deshalb diese Frage gestellt, dass man über diesen Antrag gar nicht mehr abstimmen müsste, weil dies eigentlich die Bedingung gewesen wäre. Aber Fakt ist, der Antrag ist von Dir, Deny, abgelehnt worden.

Deny Sonderegger: Dann habe ich missverstanden. Entschuldigung.

Seiten 84 bis 91

Keine Wortmeldungen

Seiten 92 und 93

Keine Wortmeldungen

Seiten 94 – 101

Keine Wortmeldungen

Investitionsrechnung

Seiten 105 bis 107

Keine Wortmeldungen

Seiten 108 und 109

Keine Wortmeldungen

Seiten 110 bis 112

Seite 109, 2170.5030.002, Sälischulhaus, Bau zusätzlicher Kindergartenspielplatz

Philippe Ruf: Die Fr. 550'000.— sind wieder eine zusätzliche Investition. Ich weiss, es ist jetzt eine etwas saloppe Aussage. Aber in dieser Region hat es schon sehr viele Spielplätze.

Stadträtin Iris Schelbert: Eine Erklärung warum. Beim Sälischulhaus haben wir ja schon x Mal die Pausenplatz-Sanierung verschoben, weil ich der Meinung bin, die Kinder können dort über den Wurzeln spielen. Aber beim Kindergartenspielplatz ist es so, dass wir dort oben einmal einen Doppelkindergarten und ein Gärtchen dazu hatten. Dann haben wir noch Land. Dort hat es Hobbygärtnerinnen und –gärtner, und es hat einen Kompostplatz. Dieses Land gehört der Stadt. Dort könnten wir den Kindergartenspielplatz machen. Wir haben dort oben sechs Kindergärten und haben einen Spielplatz für zwei Kindergärten. Sie können im Sommer, wenn es heiss ist, nicht gleichzeitig nach draussen gehen. Sie müssen immer absprechen, wer wann nach draussen geht. Diesen Kindergartenspielplatz müssten wir eigentlich haben.

Christian Werner: Ich mache mich wahrscheinlich jetzt unbeliebt. Aber ich sage jetzt gleichwohl, zurückkommend auf die Frage, die einmal gestellt wurde. Von mir aus gesehen ist dies ein Betrag nice to have. Begründen kann man dies schon. Es ist nachvollziehbar. Aber man muss auch sagen, es gibt schon zwei Spielplätze dort oben. Ob es jetzt bei dieser aktuellen finanziellen Situation unbedingt gerade sofort einen dritten braucht, sei dahingestellt. Ich bin der Meinung, das hat jetzt nicht eine so hohe Priorität. Deshalb ist dies ein Beispiel, SP-Fraktion, nice to have. Diese Fr. 550'000.— können wir zumindest auf ein nächstes oder übernächstes Jahr hinausschieben.

Beschluss

Mit 25 : 13 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Kürzungsantrag um Fr. 550'000.— abgelehnt.

Seite 110, 3410.5610.005, Sportpark Olten AG, Investitionsbeiträge

Dr. Christoph Fink: Fr. 270'000.— soll die Bande sein. Erstens bin ich für diese Investition und möchte zweitens einfach darauf aufmerksam machen, wenn wir dem zustimmen, darf man diese Bande nach meinem Rechtsverständnis errichten. Ich möchte, dass dies geklärt wird. Danke.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Das ist nicht so. Dieser Beschlussesantrag fehlt. Wir haben dies ja jetzt zurückgestellt.

Felix Wettstein: Doch, Christoph Fink hat recht. Die Betragsgrenze, die eine eigene Vorlage braucht, ist bei Fr. 400'000.—. Wenn etwas unterhalb von Fr. 399'000.— ist und wir es mit dem regulären Budget am entsprechenden Investitionsposten beschliessen.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Reto nickt. Dann ist dies korrekt. Entschuldigung für meine Verwirrung. Patrik nickt.

Seite 109, 2170.5040.005, Sälischulhaus, Beleuchtung Trakt 1 bis 3

Philippe Ruf: Wir möchten beliebt machen, dass man die Fr. 975'000.— aus diesem Budget herausstreicht. Das ist eine Erneuerung. Der Betrag erscheint mir enorm hoch. Aber ich glaube, ich bin keine fachkundige Person. Ich kann dies schlecht beurteilen. Das ist jedoch ebenfalls etwas, das es nicht jetzt in diesem Budget braucht. Das kann man auch noch zu einem späteren Zeitpunkt machen.

Stadtrat Thomas Marbet: Der Verwaltungsleiter ist noch fünf Minuten hier und muss nachher auf den letzten Zug gehen. Es wäre die letzte Gelegenheit, ihm auch noch eine Frage zu stellen. Diese Beleuchtung ist uralte. Das ist, was ich weiss. Ich weiss, sie braucht viel Energie, und ich weiss, dass die Vorschaltgeräte dieser Leuchtkörper surren, auch den Unterricht stören und die Konzentrationsfähigkeit der Kinder beeinträchtigen. Ich möchte einfach an dieser Stelle noch erwähnen, dass der Bau in diesen ganzen Geschichten Dienstleister zuhanden der anderen Direktionen. Deshalb hat sich jetzt auch meine Kollegin gewehrt oder auch der Stadtpräsident bei den Museen. Wir sind Dienstleister für andere Direktionen. Ihr „strafft“ mit den Streichungen nicht den Bau, sondern es geht um die Nutzerinnen und Nutzer, und das sind die anderen Direktionen.

Raphael Schär: Man sollte ja auch einmal etwas sagen, wenn es einen Antrag gibt. Das ist gewünscht worden. Wir wollen ihn bewusst drin lassen, weil es jetzt möglich ist, diese Investition zu tätigen. Es scheint ein Bedarf vorhanden zu sein. Deshalb finden wir es sinnvoll, ihn drin zu lassen.

Simone Sager: Ich frage mich einfach, ob man gleich alle auf einmal ersetzen muss. Ich gehe jetzt nicht davon aus, dass bei allen alle gleich surren etc. Ich möchte lieber beliebt

machen, dass man sagt, man teilt diesen Betrag auf drei Jahre auf, Trakt 1, 2 und 3, und etappiert es so, dass man diesen Betrag staffeln kann anstatt den ganzen Betrag auf einmal und die schlimmsten zuerst und so weitermachen.

Felix Wettstein: Simone, das tönt auf den ersten Hieb einleuchtend, und gleichzeitig muss ich an das erinnern, was wir gestern gesagt haben. Die Begründung, man könnte es doch auf die nächsten Jahre verteilen, ist jetzt dreimal gefallen. Das Verrückte ist eben, wenn wir den Finanz- und Investitionsplan angeschaut haben, dass wir in den Folgejahren jetzt schon höhere Posten drin haben. 2020, 2021 haben wir die höchsten Investitionssummen, obwohl wir immer wissen, dass noch Sachen, von denen wir heute noch nicht reden, dazu kommen werden. Wir stellen uns ein Bein, wenn wir anfangen wollen Sachen, die für 2019 parat sind, zu verteilen. Es kommt zusammengezählt nur teurer, und es wird nur noch schwieriger, die Sachen, die jetzt noch nicht fertig vorbereitet sind, noch nicht spruchreif sind, aber sein müssen, gleichwohl aufgleisen zu können. Bitte behaltet diesen Kredit bei einander und lasst ihn nächstes Jahr auslösen, weil er tatsächlich reif ist. Wir haben nachher noch extrem viele anstehende Investitionen.

Michael Neuenschwander: Ich würde dazu gerne noch einen Kommentar von Kurt Schneider hören.

Kurt Schneider: Es ist so, dass es tatsächlich sinnvoll ist, wenn man ein Gesamtkonzept hat, gerade bei einer Beleuchtung, dass man eine Liegenschaft in einem gleichen Prozess auch durchzieht. Das hat mehrere Vorteile. Man kann dies effizient in einem Guss durchziehen, eine Planung machen, das Ganze erstellen und hat nachher auch die gleichen Leuchtmittel, die gleiche Generation. Sie wissen es. Es ist eine sehr grosse Entwicklung genau in diesem Bereich. Wir sparen nachher, wenn wir eine solche Investition tätigen, auch in den Betriebskosten. Es gibt enorme Veränderungen, seit man dieses Schulhaus gebaut hat, und dort haben wir wirklich solche Beleuchtungskörper, die seit dem ersten Tag im Einsatz sind. Deshalb müssen sie ersetzt werden. Sie sind auch laut. Die Schule fühlt sich gestört, ich habe mich selber davon überzeugt, dass es auch wirklich unangenehm ist, vor allem, wenn man sich konzentrieren muss, so wie Sie jetzt heute hier. Wenn Prüfungen stattfinden, muss man auch dies entsprechend estimieren. Man hat sogar in gewissen Schulzimmern, wo es ganz schlimm war, bereits ein wenig angefangen, und ich habe gesagt, sofort stoppen, weil es völlig ineffizient ist, wenn man einzelne Zimmer macht. Dann hat es am Schluss die Konsequenz, dass man dauernd am Ersetzen ist.

Beschluss

Mit 30 : 8 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag abgelehnt.

Seite 109, 2170.5040.007, Frohheim, Treppenhaus, Gangsanierung, Fr. 130'000.—

Philippe Ruf: Darunter sehen wir auch die komplette Gebäudesanierung, Planungskredit. Ich finde, wir sollten dies im Moment nicht draussen lassen, bis wir auch das Gesamtkonzept sehen.

Urs Knapp: Das ist auch der Antrag der FIKO.

Stadtrat Thomas Marbet: Hier geht es um den baulichen Unterhalt. Es geht um das Streichen, Elektrische, den Boden, die man erneuert. Es geht hier nicht um das gesamte Projekt, das man natürlich für das Schulhaus, das jetzt auch in die Jahre gekommen ist, insgesamt auch prüfen muss. Es sind hier konkrete bauliche Erneuerungsmassnahmen vorgesehen. Mehr weiss ich nicht.

Urs Knapp: Jetzt als Urs Knapp. Herr Schneider hat vorhin eigentlich das Argument gegeben, dass man dies bei den Beleuchtungen streichen kann. Man soll ein

Gesamtkonzept machen. Man soll die einzelnen Sachen anschauen und dann gleichzeitig machen. Hier wird es genau verletzt. Man macht zuerst etwas und gleichzeitig das Gesamtkonzept. Wir geben für das Gesamtkonzept die Fr. 130'000.— aus und damit, und das kann man ja rasch durchmachen, kann man nachher entscheiden, was man braucht. Es ist nicht sehr sinnvoll, dass man zuerst etwas macht und nachher noch ein Konzept macht. Das ist die falsche Reihenfolge.

Raphael Schär: Ich traue hier der Verwaltung zu, dass man herausgefunden hat, dass dies notwendig ist und zwar dringender, dass es den Planungskredit braucht, und werde deshalb zustimmen.

Beschluss

Mit 20 : 19 Stimmen bei 1 Enthaltung mit Stichentscheid der Präsidentin wird der Antrag auf Streichung angenommen.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich habe nicht gedacht, dass es um die Treppe geht. Ich bin ehrlich. Ich war für die Streichung.

Seite 110, 3410, Fr. 270'00.—

Florian Eberhard: *Keine Tonaufnahme.* beiträge für die Sportpark AG mit der Begründung, dass wir dies in einer sauberen Vorlage beschliessen sollten.

Beatrice Schaffner: Mir ist nicht klar, um welches Konto es geht.

Florian Eberhard: 3410.5610.005, Sportpark AG, Investitionsbeiträge Fr. 270'000.--. Ich würde gerne noch beantragen, dass der Ausstand wieder eingehalten wird.

Christian Werner: Die Ausstandspflicht gibt es ja bei den Subventionen, weil man direkt profitiert. Ich bin nicht ganz sicher, ob es bei den Investitionsbeiträgen auch eine Ausstandspflicht gibt. Vielleicht kann man den Rechtskonsulten fragen. Wenn dies der Fall ist, gehe ich sofort hinaus. Wenn dies nicht der Fall ist, würde ich drinnen bleiben.

Dr. Patrik Stadler: Man muss eigentlich selber entscheiden, ob man gehen soll oder nicht. Zwei sind gegangen. Wenn wegen einer Person nachher der Stichentscheid notwendig wird, kann es ja nachdem halt anfechtbar sein.

Christian Werner, Heinz Eng und Deny Sonderegger begeben sich in den Ausstand.

Urs Knapp: Ich möchte nur noch wissen, wofür die Fr. 270'000.— sind. Wir haben ja 1,4. Das ist für die Bande, also eigentlich das, was für die Gesundheit ist.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ja, Prävention.

Philippe Ruf: Eine Frage für mein Verständnis. Die Fr. 270'000.—, die nachher im Dezember in diesem separaten Geschäft noch einmal vorgelegt werden, ist dies richtig? Wenn wir sie herausstreichen, sind sie dann nicht mehr Teil des Geschäfts oder waren sie gar nie Geschäft?

Stadträtin Iris Schelbert: Sie sind schon Teil des Geschäfts. Sie waren ja ein Teil der Vorlage bei den Investitionen, allerdings schon für das Jahr 2019. Sie wollen dies ja dann in der eisfreien Zeit machen können. Aber wie Felix gesagt hat, braucht es für die Fr. 270'000.— keine spezielle Vorlage. Es ist eigentlich als Einzelbetrag in der Kompetenz des Gemeindeparlaments, hier ja oder nein zu sagen. Wenn Ihr heute hier ja sagt, komme ich einfach mit diesen 1,4 Millionen minus Fr. 270'000.—.

Urs Knapp: Es tut mir leid. Aber von der Klärung her. Iris hat gesagt, wenn wir hier ja sagen, wird der Kredit gestrichen. Heisst dies im Gegenzug, wenn wir hier nein sagen, kommen die Banden nicht in den Investitionskredit? Das sagen wir ja jetzt nicht. Es ist in unserer Kompetenz. Von der Logik her heisst dies, wenn wir den Investitionskredit hier streichen, ist er weg. Es ist in unserer Kompetenz, genauso wie Du es vorhin gesagt hast. Wenn wir ja sagen, streichst Du den gesamten Investitionsbedarf von 1,x. Wenn wir hier nein sagen, ist dies weg. Das ist ein Entscheid des Parlaments über diesen Antrag. Einfach damit klar ist, worüber man abstimmt.

Dr. Patrik Stadler: Es ist eine Frage der Einheit der Materie. Der Stadtrat hat mit der Gesamtvorlage gesagt, es ist ein ganzes Paket. Wenn das Parlament jetzt sagt, nein, wir belassen dies hier, nimmt er dies aus der Einheit der Materie heraus, was durchaus möglich ist. Die Banden kann man einzeln hinstellen. Es hängt nicht direkt zusammen. Dann ist die Rechtsgrundlage genügend vorhanden, dass man sie auslösen könnte, sobald das Budget rechtskräftig ist. Wenn es jetzt aber abgelehnt würde, kann der Stadtrat immer noch sagen, wir wollen das gesamte Paket vorbringen und dann dies dem Parlament vorlegen.

Michael Neuenschwander: Ich habe etwas nicht verstanden. Ist es unmöglich, dass man es im Jahr 2019 verwirklicht, wenn wir es jetzt ablehnen?

Dr. Patrik Stadler: Nein, die Vorlage wird wahrscheinlich in diesem Jahr noch kommen. Dann kann man auch noch entsprechend sagen, man wolle dies 2019 auslösen. Wenn Ihr es jetzt ablehnt, sagt Ihr im Prinzip, es ist ein ganzes Paket. Wir wollen dies als ganzes Paket haben, und man kann es nachher in der Gesamtabstimmung, die dann im Dezember kommen wird, immer noch herausnehmen.

Daniel Probst: Ich bin dagegen, dass man dies herausstreicht. Hier geht es um die Gesundheit von Jugendlichen, von Spielern. Deshalb finde ich, behalten wir dies drin, egal wie die Vorlage im Dezember kommen wird. Ich plädiere dafür, behaltet dies drin. Es geht um die Gesundheit von Jugendlichen und Spielern.

Luc Nünlist: Ich kann gerne noch kurz auf Daniel Probst eingehen. Ich würde wirklich dafür plädieren, wir haben einen Entschluss gefasst und würden ihn wieder umstürzen, wenn wir diesem Antrag nicht stattgeben würden. Wir haben uns eigentlich darauf eingestellt, dass wir hier wirklich reflektiert darüber bestimmen können. Bei der Gesundheit würde ich mich schon etwas dagegen wehren. Wir haben es im Detail erklärt bekommen. Das sind flexible Banden und diese braucht es auf dem Spielfeld für die erste Mannschaft. Die alten Banden können auf dem Aussenfeld wieder verwendet werden. Wenn die Sicherheit wirklich das massgebliche Kriterium ist, brauchen wir doch auf dem Aussenfeld für die Jugendlichen und Schüler auch sichere Banden. Wir können doch nicht allen Ernstes sagen, ja, gut, wir brauchen jetzt hier sichere Banden. Aber die anderen sind eigentlich schon noch sicher genug für die Schüler. Sie setzen wir dann diesen Gefahren wieder aus. Das fände ich jetzt eigentlich schon etwas eine Beleidigung an die Intelligenz. Bleiben wir bei der Sache. Lassen wir es doch jetzt, wie wir es entschieden haben und geben dieser Sache einmal etwas Zeit. Wir erhalten eine überarbeitete Vorlage wieder zurück.

Laura Schöni: Ich schliesse mich Luc Nünlist an. So wie ich es verstanden habe, ist es der einzige Grund, weshalb man diese Banden wirklich jetzt in diesem Moment braucht, damit der EHC Olten im nächsten Jahr auch noch in der Nati B spielen kann. Ich finde nicht, dass es der Auftrag der Stadt ist, einem EHCO ermöglichen zu sollen, Nati B spielen zu können. Das ist der „Seich“ der Sportpark AG, wenn sie bereit ist, eine Leistungsvereinbarung mit dem EHCO einzugehen und ihnen diese Banden zu finanzieren, nur, weil sie sagen, ja, wir ermöglichen Euch, dass Ihr Nati B-Niveau spielen könnt. Das finde ich nicht in Ordnung. Sie sollen selber schauen, dass sie das Geld für die Banden auftreiben können.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich wollte einfach noch darauf hinweisen, dass man diese Bande im Februar bestellen können müssen, weil sie noch produziert, geliefert, eingebaut, getestet

wird. Dann wird sie bespielt. Man muss im Februar diese Bande bestellen können. Wenn man sie jetzt herausnimmt und meine Kollegin mit dem neuen Bericht und Antrag, der bis am Donnerstag fertig sein muss, in die Dezember-Sitzung kommen wird, reicht es nicht für das obligatorische Referendum im Februar. Das heisst, es wird 24. März, und dann kann man diese Bande einfach nicht mehr rechtzeitig einbauen und hat mit der gültigen Leistungsvereinbarung, ob man sie akzeptiert oder kritisiert, aber sie gilt, dem EHC Olten, dem Ankermieter, auch ein Nati B-taugliches Stadion zugesichert.

Alexandra Kämpf: Ich möchte noch kurz zu Luc replizieren. Man kann es nicht vergleichen, wenn erwachsene Spieler und jugendliche Spieler auf dem Ausseneisfeld spielen. Die Erwachsenen haben ganz andere Geschwindigkeiten, andere Grössen. Es ist eine ganz andere Physik, die hier wirkt, wenn sie gegen eine Bande kommen. Zum anderen dürfen junge Spieler nicht checken. Sie sind eigentlich nie an einer Bande. Sie fallen einfach um, rutschen hinein. Das ist das Eine. Das Andere ist, dass wir, wenn wir diese Bande nicht haben und mir allenfalls wieder ein Unfall passiert, wie schon einmal einer dort oben passiert ist, allenfalls in die Gefahr laufen, dass wir dort als Vermieterin der Eishalle haftungsrechtlich haftbar gemacht werden könnten, weil wir im Wissen darum diese Bande nicht installiert haben. Ich möchte einfach einem solchen Rechtsstreit auch aus dem Weg gehen.

Beat Felber: Ich finde es etwas widersprüchlich. Wir waren uns am Anfang einig, dass eigentlich alle für den Eissport sind. Das braucht es einfach für die Ausführung dieses Spiels. Das kann die Stadt nicht selber wählen, und sie hat ja eigentlich mit dem EHCO einen Mietvertrag, der sie verpflichtet, diese Bedingungen so herzustellen. Also ist es wirklich widersprüchlich, wenn man jetzt kommt und sagt, man muss es streichen.

Felix Wettstein: Laura Schöni, Du hast vorhin ein Argument auf einer anderen Ebene hineingebracht, nämlich soll die Stadt diese Bande überhaupt zahlen oder nicht. Das ist nicht das Gleiche wie das, von dem wir zuerst geredet haben. Zu welchem Zeitpunkt soll man den Betrag auslösen und gestützt auf welche Unterlagen? Das sind zwei ganz unterschiedliche Sachen. Man kann in guten Treuen zum Schluss kommen, diese Bande kann man drittfinanzieren. Ich gehöre zu denen, die sagen, es ist richtig, dass wir sie jetzt öffentlich finanzieren und zwar 2019. Weil es sich um einen Betrag handelt, der weniger als Fr. 400'000.— ist, braucht es keine separate Vorlage. Sie steht schon drin, also müssen wir nichts ändern. Ich bin gegen den Streichungsantrag und bitte Euch, dies wirklich unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Diese Investition ist tatsächlich begründet, und sie ist als einzige schon 2019 fällig. Auch von dem, wo man ursprünglich einmal von 4,1 Millionen ausgegangen ist, ist nichts Anderes schon 2019 fällig. Jetzt reden wir nur noch von den Investitionen für das nächste Jahr, für 2019, und das ist dieser Betrag. Da braucht es keine separate Vorlage. Aber man könnte ihn jetzt sprechen, und wir sollten dies auch tun.

Simone Sager: Ich möchte eigentlich meinen Vorrednern noch beipflichten und einfach noch kurz klar erwähnen, dass die Sportpark AG zu grossen Teilen der Stadt gehört, sie einen Mietvertrag mit einem Verein hat, der ein ligataugliches Stadion zur Verfügung stellt. Es ist wie wenn man eine Wohnung mietet, die man vermieten können muss, damit man sie bewohnen kann. Diese Investition hat nichts mit dem EHCO zu tun, sondern es hat damit zu tun, dass diese Auflagen vorhanden sind und sie dadurch gemacht werden müssen. Da geht es um die Sicherheit all jener, die dort oben sind, und ich bin überzeugt, irgendeinmal wird diese Vorlage auch auf weiter Ligen nach unten kommen, auch wenn die Kräfte dort vielleicht nicht so gross sind. Aber je mehr Gewicht kommt, was bei den älteren Spielern, die vielleicht in den unteren Ligen spielen, auch kommen könnte. Nicht streichen, abstimmen für ja und nachher weiter.

Michael Neuenschwander: Ich stelle fest, dass man, wenn dieser Fahrplan auch etwas sportlich ist, wenn man mit dieser Vorlage im Dezember kommen und dies durchkommen wird, diese Bandensise im nächsten Jahr einbauen kann. Das ist nach allem, was ich jetzt gehört habe, möglich. Das heisst für mich, wenn es kein Referendum gegen dieses Budget,

das wir heute Abend beschliessen, gibt, haben wir nachher alle Optionen, um diese Bande im nächsten Jahr zu verwirklichen und kein Problem. Es hängt von Euch ab.

Luc Nünlist: Es ist etwas fernab. Aber ich wollte nur noch kurz auf eine persönliche Note. Ich fühle mich ein wenig persönlich angesprochen. Ich war im Stadion, als vor ein paar Jahren passiert ist. Ich sass gleich darüber. Es hat mich sehr berührt. Das ist ein Moment, der mir tief unter die Haut ging. Ich nehme keine Verantwortung dafür an. Die Empfehlung, die flexiblen Banden einzubauen, liegt aber schon einige Jahre zurück, und die Entscheidung, dass wir dies jetzt machen wollen, kommt jetzt. Wenn wir mit menschlichen Tragödien argumentieren, hätten wir dies wirklich vor drei Jahren machen müssen. Da sind wir schon aus der Verantwortung heraus, die wir ja nicht wahrgenommen haben. Das kann ich nicht annehmen.

Simon Muster: Ich finde bezüglich menschliches Argument Folgendes: Wir hatten SPOAG-Vertreter bei uns in der Fraktion, und ich wurde mit dem genau gleichen Argument recht angefahren. Dann habe ich einmal gegoogelt, und die Timeline geht einfach nicht ganz auf. Das ist einmal ein Tipp an die SPOAG, vielleicht etwas freundlicher aufzutreten, auch wenn derjenige, der Fragen stellt, möglicherweise nicht derjenige ist, dem man so gerne hat. Das Zweite ist, dass ich kein Unternehmer bin, wie Ihr vielleicht gemerkt habt, aber ich frage mich halt schon. Wenn dieser Beitrag nicht gesprochen wird, hat der EHCO, ein Unternehmen mit rund 6,5 Millionen Umsatz, 6 Millionen Budget, wie ich beim letzten Mal nachgeschaut habe, wo der Präsident auch sagt, man sei finanziell auf rechtem guten Wege, dass man sogar drohen kann, dass man wegziehen kann. Hier hat es viel mehr EHCO-Fans, als die EHCO Fan von Olten ist. Deshalb möchte ich einfach sagen, sie haben es garantiert eingeplant, sie wissen auch genau, dass es ein Risiko gibt. Sonst ist es unternehmerisch nicht gut, und das kann ich mir bei diesem Verwaltungsrat nicht vorstellen, wo ja immer alle als Unternehmer kokettieren.

Stadtrat Benevuto Savoldelli: Etwas zu Luc: Es ist nicht dieser tragische Unfall, der dies wegen der flexiblen Banden ausgelöst hat, sondern weil es in letzter Zeit immer mehr Hirnerschütterungen und zwar ganz schwere gibt. Es gibt zum Teil Leute, die sich nicht mehr erholen. Sie können gar nicht mehr spielen. Zu Simon: Ich war ja 21 Jahre für diesen Verein tätig. Ich weiss, wir wenden dort jeden Rappen. Eines kann ich Dir garantieren. In diesem Verwaltungsrat arbeitet jeder ehrenamtlich und wendet x Stunden auf, damit man diesen Verein vorwärtsbringen kann. Jetzt hier einfach gross zu sagen, nun kommt ein Unternehmer, der viel Geld hat und vielleicht noch geerbt, er solle dies doch aus der eigenen Tasche bezahlen, finde ich den falschen Weg.

Dieter Ulrich: Ich hätte noch eine Frage an den Stadtrat wegen der Termine. Michael hat es bereits angetönt. Thomas hat vorhin argumentiert, wenn es erst im Dezember verabschiedet wird, reicht dies nicht, um die Banden rechtzeitig zu bestellen. Wenn wir jetzt heute Abend den Antrag auf Streichung ablehnen und es belassen, aber das Referendum gegen das Budget ergriffen wird, reicht es dann oder reicht es nicht mehr? Dann reicht es auch nicht mehr. Sehe ich dies richtig?

Dr. Christoph Fink: Ich möchte nur einmal klarstellen, dass der EHC Olten vertraglich Eismiete zahlt – das ist auch in der Buchhaltung der Sportpark AG – und wir dem EHCO Olten ein Mietobjekt zur Verfügung stellen müssen, das Nationalliga B tauglich ist. Wir müssen unsere vertraglichen Verpflichtungen erfüllen. Sonst kann der EHC Olten dieses Mietobjekt nicht brauchen. Jetzt sind die Bestimmungen des Eishockeyverbands einfach so, dass bessere Banden gefordert werden. Wir sollten diese bis zu Beginn der neuen Spielsaison haben, damit der EHC Olten im Kleinholz weiterspielen kann. Besten Dank.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich bitte Euch, doch diesen Betrag zu belassen. Dann reicht es mir nämlich wirklich, auf die Dezember-Session für die Beiträge und Vereinssubventionen eine saubere Vorlage zu machen. Ich kann Euch bei all den Angaben, die Ihr wollt, nicht ganz garantieren, dass es mir für die Investitionen auch reicht. Aber wenn diese Bande drin

ist, kann ich nachher auf das nächste Budget oder vorher während des Jahres eine saubere Vorlage mit all Euren Anforderungen, die Ihr für diese Investitionen wollt, was Ihr alles wissen wollt, bringen. Aber wenn dies drin wäre, würde ich sagen, dass wir schon einmal ein Schritchen gemacht haben. Es geht wirklich um die Sicherheit.

Florian Eberhard: Ich ziehe meinen Antrag gerne zurück.

Seite 111, 34.24.5030.002, Generationenspielplatz Stadtpark

Muriel Jeisy: Der Stadtrat hat den Generationenspielplatz im Budgetprozess hinausgeschoben und die Planung von der Projektgruppe her so gewesen wäre, dass das realistische Ziel für die Umsetzung Herbst 2019 ja gewesen wäre. Im Sinne eines Kompromisses und dass man nicht ein weiteres Jahr zu einer unsinnigen Zeit verlieren würde, wäre mein Antrag, Fr. 30'000.— von diesen insgesamt Fr. 220'000.—, die wir für die Umsetzung brauchen, in das Jahr 2019 zu nehmen, weil für die Planung von diesen Fr. 30'000.— bisher erst Fr. 4'000.— verbraucht wurden. Wir haben auch darauf geachtet, dass hier nicht viel gebraucht wird. Es geht vorläufig auch lediglich darum vorzubereiten, dass die Umsetzung im Jahr 2020 erfolgen kann. Aber mir ist von der Finanzverwaltung gesagt worden, die Vorbereitung für Baugesuche, das Einladungsverfahren mit drei Offerten, welches man einhalten muss, muss separat kommen. Das läuft nicht mehr unter Planung. Ich muss in diesem Zusammenhang schon sagen, dass sich hier vom Stadtrat insbesondere ein Grosssponsor, der sich nicht nur für dieses Projekt für die Stadt bei privaten Sachen für die Attraktivierung einsetzen wollte, schon vor den Kopf gestossen gefühlt hat, wenn man gleichzeitig mit einer Steuererhöhung kommt, aber vergleichsweise so kleine Projekte, wo man mit einem sparsamen Umgang doch eine grosse Anzahl Nutzer erreichen und auch etwas ein vernetztes Denken innerhalb fördern möchte, vor den Kopf setzt. Deshalb wäre es mir wirklich wichtig, hier ein Zeichen zu setzen, dass, wenn schon langsamer, doch zu einer sinnvollen Zeit als quasi Mai 2020 ein realistischer Zeitpunkt auf die Sommerzeit, wo man es auch nutzen könnte, die Fertigstellung machbar wäre.

Beschluss

Mit 22 : 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

Seite 110, 3111.5040.001, Naturmuseum Rückbaukosten Fr. 180'000.—

Philippe Ruf: Bitte korrigiert mich, wenn Ihr dies nicht so wollt. Ich finde, man kann dies auch gleich in Verbindung mit dem unteren Teil 3111.5040.002, Naturmuseum, Kosten für die Zwischennutzung, Fr. 200'000.— tun. Ich möchte beliebt machen, dass wir die Fr. 380'000.— hinausschieben. Ich finde, wir sollten zuerst die Abstimmung machen, die in diesem Jahr kommt und auch die Museen betrifft. Vor allem sollten wir auch zuerst wissen, was mit dieser Lokalität überhaupt passiert, bevor wir etwas zurückbauen.

Stadtrat Thomas Marbet: Das Eine ist der Rückbau der Vitrinen. Sie sind Jahrzehnte alt. Man muss sie entfernen und entsorgen. Dort hat es auch Asbestbestände drin. Es kostet relativ viel, sie herauszunehmen. Der Kredit für die Zwischennutzung ist natürlich genau dazu gedacht, um die Kosten, die vorher bei den Museen kritisiert wurden, zu reduzieren. Ein Haus, das leer steht, kostet im Unterhalt ja gleichwohl Fr. 30'000.— bis Fr. 40'000.— pro Jahr. Mit der Zwischennutzung wollen wir Mieterträge an bester Lage in der Innenstadt erzielen können. Das dient eigentlich dem, was vorher beklagt wurde, nämlich, dass man zu viele Kosten hat. Wir haben jetzt ein Haus der Museen und noch zusätzlich ein leer stehendes Haus. Das kostet halt auch Geld. Mit der Zwischennutzung wollen wir Mieterträge in der Innenstadt aus städtischen Liegenschaften beziehen können. Dazu braucht es halt auch eine Investition, sei es für Büros, Pop-ups oder Wohnungen oben. Es geht darum, dass wir in unseren eigenen Liegenschaften Mieterträge wollen und brauchen. Wir haben Ende Monat im Stadtrat eine Aussprache dazu, welche Nutzung wir anstreben wollen. Dann kann man auch den Kredit für diese Zwischennutzung, die es braucht und gibt, auslösen.

Urs Knapp: Es sind zwei verschiedene Sachen, und ich möchte auf die zweite aufmerksam machen, Kosten für Zwischennutzung, wo es einen Antrag der Finanzkommission gibt, diesen zu streichen. Ich möchte dies auch wieder rasch begründen. In der Finanzkommission wurde gefragt, wofür man dieses Geld braucht. Die Auskunft von Kurt Schneider war, man wisse es eigentlich noch nicht. Es sei ein Platzhalter. Aufgrund dieser Auskunft hat nachher die Finanzkommission gesagt, wir streichen diesen Posten. Wenn man nicht weiss, was es ist, hat es keinen Sinn. Über das Andere müsste man anders diskutieren. Ich würde vorschlagen, dass man über Eines nach dem Anderen abstimmt und auch diskutiert.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte mich unbedingt für diesen Betrag für die Zwischennutzung einsetzen. Es ist im Interesse aller, dass in der Kirchgasse nicht Häuser leer stehen. Es ist weder aus finanzieller Sicht, noch aus städtebaulicher Sicht, noch aus Sicht der Attraktivität der Stadt sinnvoll, dass die Häuser dort leer stehen. Dass man den Betrag drin lässt, finde ich auf jeden Fall sinnvoll, auch wenn man noch nicht konkret weiss, welcher Art die Zwischennutzung ist. Aber die Zwischennutzung an sich rechtfertigt die Fr. 20'000.—.

Deny Sonderegger: Ich hätte aber noch eine Frage, wie es mit einem möglichen Mieterertrag aussieht. Wenn man dies dementsprechend für eine kurze Zeit irgendwo zur Verfügung stellen könnte, müsste ja auf einem Konto auch ein Gegenwert im Sinne eines Ertrags sein.

Stadtrat Thomas Marbet: Man muss natürlich auch zuerst die baulichen Massnahmen vornehmen. Man muss die Vitrienen entfernen. Das dürfte zwei, drei Monate in Anspruch nehmen. Dann kann man die Zwischennutzung bauen, sanieren. Ich gehe davon aus, dass man Mieterträge nicht vor dem Herbst hat. Mit dieser Unsicherheit haben wir es deshalb noch nicht aufgenommen.

Urs Knapp: Vielleicht noch eine Antwort an Ruedi Moor. Es heisst ja nicht, man ist gegen die Zwischennutzung. Aber es gibt einen Budgetgrundsatz, dass man eigentlich nur etwas budgetieren kann, wenn man eine Ahnung hat. Trotzdem kann man budgetieren. Wir sind ja nicht im Finanzplan, wo man einfach einen Platzhalter aufnimmt. Es wird niemand etwas dagegen haben, wenn man wirklich eine gute Zwischennutzung sieht, dass man dies über einen Nachtragskredit oder anders machen kann. Wir haben hier etwas drin, das budgettechnisch ein Fremdkörper ist. Wir nehmen einfach einmal einen Betrag auf. Kein Mensch weiss, ob dieser Betrag zu tief oder zu hoch ist. Man weiss es nicht.

Eugen Kiener: Ich finde es sinnvoll, dass dies unbestimmt ist. Vielleicht kommen Büros, und dann müssen wir etwas ganz Anderes investieren, als wenn es Wohnungen sind.

Christian Werner: Es ist nicht unbestimmt, Eugen. Es sind Fr. 200'000, — und es sind auch nicht nur Fr. 20'000.—, Ruedi. Es ist der Faktor 10. Fr. 200'000.—, und wir wissen überhaupt nicht wofür. Urs hat es völlig zu Recht gesagt. Das widerspricht jeglichen Budgetgrundsätzen. Also streichen wir dies heraus. Das heisst nicht, dass wir zu einem späteren Zeitpunkt nicht für eine sinnvolle Zwischennutzung sein werden. Aber wir können heute nicht budgetieren, wenn wir nicht wissen, was kommt.

Stadtrat Thomas Marbet: Mit dieser Argumentation kann man eigentlich diese Budgetierung ad absurdum führen. Dann würde man nichts für Schneeräumung, Salz streuen, Vandalen budgetieren. Das müsste man eigentlich auf 0 nehmen. Man weiss nicht, ob es schneien wird. Man weiss nicht, ob es Vandalen gibt. Dann müssten wir irgendwie eine andere Vorgehensweise wählen. Wir wissen, wir wollen Mieterträge. Die Stadt braucht Mieterträge, und dazu braucht es auch Investitionen. Wenn man dies nicht will, hat man ein leer stehendes Haus, das neben dem Haus der Museen weiterhin Fr. 25'000.— bis Fr. 30'000.— kostet.

Christian Werner: Sorry, Thomas. Aber dieser Vergleich ist jetzt wirklich schlecht. Man hat seit Jahrzehnten und seit Jahrhunderten in der Schweiz Winter, und man hat seit Jahrzehnten entsprechende Kosten. In jeder Rechnung siehst Du dies, und das kannst Du plus/minus abschätzen. Selbstverständlich kannst Du nicht es auf einen Franken genau budgetieren. Aber Du hast Erfahrungswerte. Hier haben wir überhaupt keinen Erfahrungswert, weil Ihr keinen Plan habt, was Ihr machen wollt.

Beschluss

Mit 19 : 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem Antrag auf Streichung der Zwischennutzung zugestimmt.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Wir kommen noch zu den Rückbaukosten. Dieser Antrag wurde auch noch gestellt.

Urs Knapp: Ich hätte eine Frage. Wenn das Haus verkauft würde – das ist wahrscheinlich einmal ein Grundentscheid – ist ja normal, dass der Verkäufer die Rückbaukosten übernimmt. Er zahlt vielleicht einen etwas tieferen Kaufpreis. Aber er weiss ja dann genau, wofür er es braucht. Wahrscheinlich ist es gesamthaft günstiger. Ich glaube, die Grundfrage ist, ob die Stadt die Absicht hat, das Haus zu verkaufen, wie es ja auch einmal in der Museumsvorlage drin war oder ob sie nicht die Absicht hat. Wenn sie die Absicht hat, das Haus zu verkaufen, wäre es rein aus bautechnischer Sicht sinnvoller, dass der Neueigentümer die Rückbaukosten nimmt. Dann macht er dies in einem Gesamtkonzept.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich habe vorhin gesagt, wir haben Ende Monat ein Gesprächsthema zu diesem Thema Nutzungen Kirchgasse, beide Gebäude, kurz- und langfristig, aufbereitet. Auch hier gibt es etwas eine Verknüpfung zwischen der Museumsplanung und der Schulraumplanung. Aber wir haben diese Diskussion Ende Monat im Stadtrat, und es ist so, dass der Rückbau natürlich kostet. Wenn man ihn dem Käufer überbürdet, wird es beim Kaufpreis, der Schätzung abgezogen. Aber die Kosten entstehen halt gleichwohl dort, wo sie verursacht sind, bei der alten Nutzerin.

Beatrice Schaffner: Thomas, hier habe ich noch eine Anschlussfrage. Du hast gesagt, Ihr habt Ende Monat diese Grundsatzdiskussion oder die Diskussion, was mit diesem Haus passiert. Wann legt Ihr uns dies vor? Wann wisst Ihr, was mit diesem Haus passiert?

Stadtrat Thomas Marbet: Wir haben Ende Monat ein Gesprächsthema dazu. Dabei werden in der Regel keine Beschlüsse gefällt, sondern es gibt einen Austausch, um einmal zu spüren, wie der Stadtrat dies einschätzt. Wir haben ja einen Planungskredit für das neue Kunstmuseum drin. Diesen haben wir weiterhin im Budget integriert. Wir werden jetzt diese Diskussion führen müssen, welchen Weg wir gehen. Wichtig ist, dass wir eine attraktive Innenstadt haben. Wir haben genügend leerstehende Erdgeschosslagen. Wir wollen eine Nutzung, und wir wollen Ertrag. Das werden in etwa die Leitlinien der Diskussion sein. Wenn man beispielsweise eine Liegenschaft veräussert, gibt es ganz klare Finanzkompetenzen gemäss dem Reglement über den Wert des Verkaufs von Immobilien. Ab 1 Million Franken ist die Kompetenz beim Parlament.

Beatrice Schaffner: Ich habe eine Frage gestellt. Wann wird dies dem Parlament vorgelegt? Ich kann es auch ein wenig einschränken, im 1., 2. oder 3. Quartal 2019? Für mich ist der Rückbauentscheid schon noch entscheidend, was mit diesem Haus passiert. Ihr wisst doch auf der Zeitschiene irgendwie, wie lange eine solche Entscheidungsfindung dauert.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich kenne die Meinung meiner Kolleginnen und Kollegen noch nicht. Deshalb Ende Monat diese Aussprache. Ich mache jetzt keine Prognose über diesen Entscheid, weil ich noch nicht weiss, was hier dazu gedacht wird. Ich weiss, was in der Partei, was in den Veranstaltungen, in den Stadtgesprächen diskutiert wird. Das weiss ich. Aber ich kenne die konsolidierte Meinung des Stadtrates noch nicht.

Beschluss

Mit 22 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag auf Streichung der Fr. 180'000.— abgelehnt.

Seite 110, 3290.5040.001, Neubau, Sanierung Kunstmuseum, Fr. 400'000.—

Philippe Ruf: Auch hier finde ich, wir müssen zuerst die Abstimmung im kommenden Jahr anschauen, damit wir die Gesamtübersicht haben, was mit den Museen passiert, als dass wir jetzt schon einen solchen Betrag aufnehmen, um solche Sachen anzugehen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wie gesagt, ist die Museumslandschaft, wie, wo, was ist von meinem Kollega angetönt worden. Die Fr. 400'000.— sind eminent wichtig, dass wir insbesondere auch rechtzeitig bereit sind, wenn schlussendlich diese Verschiebung oder die Umgruppierung dieser Häuser passiert. Ich denke, es ist immer wieder auch gesagt worden. Seid Ihr dann parat? Dann sind wir nicht parat. Hier möchten wir sehr gerne diese Planung vorantreiben. Übrigens haben wir dies schon in einer Vorlage im Parlament diskutiert und beantragen Euch wirklich, dass man dort im Bereich des Kunstmuseums, damit wir weiterkommen, ist ja auch die Sanierung ein Thema. Wenn man sagt ein Platzhalter, ist es ganz wichtig, wenn das Naturmuseum frei wird. Ihr fordert ja von uns auch, dass wir dann etwas machen. Das haben wir auch gesagt. Wenn wir das Haus der Museen machen, und das gehört dort in die ganzen Planungen hinein. Lasst bitte diesen Betrag drin. Sonst sind wir dann wirklich auch in der Stadtentwicklung blockiert.

Christian Werner: Ich finde es speziell. Jetzt haben wir vorhin von Thomas Marbet gehört, dass die Meinung des Stadtrates noch gar nicht bekannt ist, dass sich der Stadtrat noch gar nicht darüber unterhalten hat, welche Meinung er als gesamtes Gremium vertritt. Deshalb bin ich der Meinung, dass man die Fr. 400'000.— für den Moment, bis klar ist, was Sache ist und insbesondere auch – das hat Philippe Ruf angesprochen – bis klar ist, ob das Volk überhaupt das Kunstmuseum, wie Ihr dies allenfalls einmal beantragt, wünscht. Ich finde, bis dies geklärt ist, muss man diesen Betrag herausnehmen, weil wir gar nicht wissen, ob er je zum Tragen kommen wird.

Felix Wettstein: Christian Werner, ich weiss, es ist spät. Aber es gibt zwei Hauseingänge, und es sind auch zwei Häuser. Wir haben vorhin vom Naturmuseum gesprochen, und jetzt reden wir vom Kunstmuseum. Dort weiss es der Stadtrat schon lange. Er wollte nämlich die Fr. 400'000.— 2018 schon ausgeben. Wir haben zugestimmt. Das ist, was ich gestern moniert habe, dass man immer alles nach hinten schiebt. Aber wir sind schon lange bereit. Der Entscheid ist dort gefällt. Es gibt keine Volksabstimmung, ohne dass vorher jemand Grundlagen ausarbeitet. Um Grundlagen auszuarbeiten, müssen wir in Gottes Namen Geld haben.

Heidi Ehrsam: Ich möchte auch bitten, dass man dies nicht herausnimmt. Die Museen sind jetzt schon lange auf dem Radar und immer wieder hintenangestellt worden. Beim Kunstmuseum wissen wir ganz genau, dass jetzt noch Beitragssponsoren da sind, die aktiv mithelfen würden, in einer neuen Situation etwas zu finanzieren. Mir scheint es jetzt richtig, dass es endlich drin ist und hier etwas vorwärts geht. Jetzt, wo man wieder eine Idee hat, wohin man es tun könnte. Leider ist es halt so. Wenn eine Planung oder etwas aufgleisen dermassen teuer ist, ist es halt dermassen teuer. Da können wir es nicht einfach heruntersetzen oder irgendetwas anderes machen. Aber wir reden immer wieder von Prioritäten, und die Museen waren manchmal ganz weit vorne, und dann waren sie ganz weit hinten. Jetzt, wo wir mit dem Haus der Museen angefangen haben, sollten wir dranbleiben und dies beim Kunstmuseum machen. Dann steht ja auch noch der Verwendungszweck des jetzigen Kunstmuseums zur Debatte. Wir können nicht immer wieder Sachen praktisch ganz hinauswerfen, die jetzt eben wirklich auch nötig sind. Wenn man das Kunstmuseum von innen sieht, sieht man, dass einiges im Argen liegt, und es ist schade, dass man an diesen

Vernissagen sehr wenige von Euch sieht. Da könnte man sich einmal ein Bild, das hier wirklich Bedarf besteht, eine gute neue Situation zu schaffen, wenn wir schon jetzt in einem ganz guten Team sind, das auch sehr innovativ Ausstellungen macht.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich habe ausgerechnet, wenn dies etwa stimmt – ich glaube, bis jetzt haben wir etwa 1,5 Millionen gespart. Kann dies sein? Ich möchte eigentlich ein Referendum verhindern. Wenn es eines gibt, haben wir Schwierigkeiten, dass wir Sachen drin haben, eben die Fr. 400'000.—. Entschuldigung, es wären jetzt halt wirklich etwas antifundamentalistisch Sachen drin, die wir nicht begründen können. Die Gegner sind ja nicht dumm und machen dann solche Sachen, und wir haben Probleme. Deshalb frage ich mich jetzt, ob man wirklich so stur niemandem entgegenkommen soll. Auch Du, Felix. Am Schluss muss ich dies irgendwie sagen, und dann muss ich fragen, weshalb hab Ihr es dort drin? Dann sage ich, ich weiss es eigentlich auch nicht. Ich habe geschlossen.

Felix Wettstein: Noldi, es ist einfach nicht wahr, dass man hier nicht weiss, was man machen will. Im Februar 2018 hat der Stadtrat vorangemacht und hätte eigentlich tatsächlich schon 2018 damit loslegen sollen. Ich glaube, er hat in diesem Jahr bis jetzt etwa Fr. 30'000.— oder Fr. 40'000.— ausgegeben, und der grosse Teil ist jetzt halt auf 2019 verschoben. Wir sind schon längst unterwegs. Noch einmal: Wir können ohne Geld nicht Vorbereitungen für eine Volksabstimmung machen.

Beschluss

Mit 26 : 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag auf Streichung der Fr. 400'000.— abgelehnt.

Seiten 113 bis 115

Seite 113, 6150.5010.013

Philippe Ruf: Ich möchte, dass wir die Fr. 150'000.— für PU Hammer/Olten SüdWest streichen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Der Stadtrat beantragt, diesen Streichungsantrag auch nicht anzunehmen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Anbindung an Olten SüdWest notwendig ist. Wir stellen im Rahmen der Mitwirkung unter anderem auch den neuen Gestaltungsplan vor. Im Übrigen muss ich sagen, dass dieses Geschäft eigentlich immer noch sehr pendent ist, nachdem das Parlament ja eine Rückweisung zu einer Vorlage beschlossen hat. Das heisst, dieses Geschäft ist eigentlich immer noch virulent. Zweitens habt Ihr gesehen, dass bei den Beilagen entsprechende Beiträge in diesem Sinne auch in Aussicht gestellt sind. Dort möchte ich einfach insbesondere auch auf den Bundesbeitrag hinweisen, und ich wäre froh, wenn dies im Protokoll steht, damit diese Beiträge dann auch rechtzeitig abgeholt werden, weil sie sonst verfallen. Ich denke, im Weiteren ist es wichtig, dass diese Vorlage jetzt rasch kommt, um einmal eine gewisse Rechts- und Planungssicherheit zu haben. Selbstverständlich ist das Parlament die Instanz, die ja oder nein sagt. Aber irgendeinmal müssen wir ja unter anderem wir als Stadtrat, aber auch die Eigentümerschaft wissen, ob sie kommt oder nicht. Deshalb denke ich, dass es gefährlich ist, hier auf Zeit zu spielen. Wir müssen rasch einen Entscheid haben. Wir müssen rasch wissen, was Sache ist. Deshalb ist dieser Kredit notwendig, um Euch diese Parlamentsvorlage auch entsprechend rechtzeitig zu unterbreiten. Sonst gibt es hier eine Verzögerung. Ich denke, dass das Risiko, insbesondere von entgangenen Beiträgen, Subventionen im Hause ist.

Beatrice Schaffner: Ich unterstütze diesen Streichungsantrag. Erstens ist der Gestaltungsplan im Mitwirkungsverfahren. Wir wissen noch gar nicht, wie es nachher dort aussieht. Zweitens sehe ich die Berechtigung der PU Hammer einfach nicht.

Urs Knapp: Ich unterstütze diesen Streichungsantrag auch und zeige jetzt auch etwas meine sozialdemokratische Seite. Diese gibt es auch noch. Nach Mitternacht kann man es auch so machen. Hier geht es darum, dass ein Bauherr in das eigene Risiko geht und dort etwas machen will. Er hat gesagt oder angeblich gesagt, er wolle der Stadt 1, 2, 3 Millionen zahlen. Gut. Jetzt soll er doch einmal diese Planungskosten zahlen. Es ist in seinem Interesse, dass er dort bauen kann. Es ist in seinem Interesse, dass er dort „Stütz“ macht. Es kann ja nicht sein, dass wir als Stadt den Gewinn sozialisieren. Von daher bin ich fast überzeugt, dass Ihr auch über den Schatten springt und diesen Kredit herausstreicht.

Michael Neuenschwander: Urs Knapp, meines Wissens, erschliesst man, wenn irgendwo ein Neubaugebiet entsteht, auch zuerst einmal und zieht im Nachhinein von denjenigen, die dort bauen, Perimeterbeiträge ein. Oder nicht?

Beschluss

Mit 24 : 14 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag auf Streichung von Fr. 150'000.— für die Fussgänger-/Veloverbindung Hammer/Olten SüdWest abgelehnt.

Seiten 116 bis 119

Seite 117, 8501.5010.001; Industriegleise, Weichenersatz Fr. 350'000.—

Philippe Ruf: Wir haben dieses Thema schon angesprochen. Ich denke, es ist sicher auch wichtig, dass Thomas hier noch Ausführungen macht, damit man nachvollziehen kann, was mit diesen Gleisen in der Industrie ist. Ich finde, wir müssen sie aktuell nicht rückbauen oder das Geld dort investieren und beantragen daher eine Streichung.

Stadtrat Thomas Marbet: Diese Weiche ist in der Industrie unten, wo das Gleis bei der Altola in den Stumpfen der Aarewende geht. Sie wird regelmässig durch das Bundesamt für Verkehr überprüft. Sie wollen nächstes Jahr vorbeikommen. Wir wissen, diese Weiche muss man reparieren. Man muss sie ersetzen, wenn man dort weiterhin den Anschluss dieses Gleises ermöglicht. Wenn man es stilllegt – das ist letztlich auch eine Option – ist es nicht im Interesse der Altola. Sie hat noch Fahrten darüber und will dies weiterhin benützen. Wenn man es aber trotzdem stilllegen würde, müsste man einen Ersatz anbieten und natürlich dann den Rückbau finanzieren. Insofern werden so oder so Kosten anfallen, ob es jetzt Unterhalt, Ersatz ist oder dann ein Rückbau. Wir stehen mit der Firma in Kontakt. Sie möchte weiterhin erschlossen sein. Wir haben eigentlich auch die Pflicht, diese Erschliessung sicherzustellen, und wir müssen diese Weiche auch warten und die Sicherheit gewährleisten. Sie ist im Übrigen auch eine gute Steuerzahlerin.

Reto Grolimund: Ich würde gerne noch wissen, wieso wir in der Pflicht sind. Einfach als Stadt, oder haben wir einen Vertrag? Wie sind wir gegenüber der Altola in der Pflicht?

Stadtrat Thomas Marbet: Ich muss Dir dies nachliefern. Ich kann es nicht aus dem Stegreif sagen. Sorry.

Christian Werner: Ich habe auch noch eine Frage. Würde es nicht auch Sinn machen, wenn man die Prüfung durch das Bundesamt xy abwarten würde, bevor man nachher investiert? Man weiss ja gar nicht, was bei dieser Prüfung herauskommt. Sie wird erst im nächstes Jahr stattfinden. Wenn die Prüfung dann ein Resultat x ergibt, kann man, wenn es nötig, 2020 allenfalls etwas investieren. Aber es macht ja keinen Sinn, auf Vorrat zu budgetieren, bevor diese Prüfung stattgefunden hat.

Stadtrat Thomas Marbet: Wir wissen, dass diese Weiche etwa 30 Jahre alt ist, und wir wissen, dass sie ersetzt werden muss.

Muriel Jeisy: Ich möchte nur sagen, dass ich diesen Antrag unterstützen würde, weil ich mich daran störe, dass es hier nur einen Nutzer gibt, wo es doch einem beträchtlichen Betrag entgegensteht und er ja angeblich auch kein Interesse, sich auch irgendwie daran zu beteiligen oder es zurückzukaufen. Das hatte man letztes Jahr schon einmal thematisiert. Jetzt habe ich zusätzlich auf Rückfragen von der FIKO das Signal erhalten, dass auch die Stadt eher auf Rückbau tendiert. Dann finde ich es jetzt umso weniger wichtig, dies drin zu lassen.

Urs Knapp: Ich hätte noch eine Verständnisfrage. Die Altola wird ja nicht weggehen, wenn wir dieses Gleis wegnehmen. Das hoffe ich mindestens. Heisst dies dann, dass ihr Abfall, der wahrscheinlich relativ gefährlich ist, auf die Strasse geht?

Stadtrat Thomas Marbet: Sie brauchen heute Güterwagen. Nachher geht alles auf die Strasse.

Urs Knapp: Mit entsprechenden Gefahren.

Stadtrat Thomas Marbet: Gefahrgütertransport.

Raphael Schär: Wir haben eine Verständnisfrage, basierend auf dem Investitionsplan. Dort ist eigentlich angegeben, dass der Rückbau dieser Anlage eine halbe Million kosten soll und davon Fr. 350'000.— 2019 gelöst werden. Ist dann die Bezeichnung Ersatz eigentlich falsch, oder was ist genau der Plan?

Stadtrat Thomas Marbet: Es werden Kosten entweder für den Rückbau oder für den Ersatz anfallen. Der Rückbau wird noch teurer als der Unterhalt. Ersatz ist ja der Unterhalt.

Christian Werner: Das spricht wirklich einfach dafür, dass wir jetzt die Überprüfung und den Entscheid abwarten, ob man zurückbauen will oder ob man ersetzt. Aber bevor man weiss, ob man ersetzen will, macht es doch keinen Sinn, Geld für einen Ersatz auszugeben, und es ist explizit ein Ersatz, den Ihr haben wollt. Das macht wirklich keinen Sinn. Wenn wir jetzt noch 2011 oder 2012 wären, wo wir nicht wissen, wohin mit dem Geld, okay. Aber dieses Geld können wir zurückstellen.

Beschluss

Mit 27 : 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Antrag auf Streichung von Fr. 350'000.— zugestimmt.

Anhänge

Keine Wortmeldungen

Sozialregion, Seiten145 bis 149

Seite 148, 5726.3132.00

Reto Grolimund: Bei den Drittaufträgen, die jetzt mit Fr. 50'000.— drin sind, steht im Bericht und Antrag, wenn ich mich richtig erinnere, minus Fr. 100'000.—. Das heisst, wir wären nur bei Fr. 30'000.—. Ist dies ein Fehler?

Stadträtin Marion Rauber: Ich möchte dies gerne kurz erklären. Ihr seht, in der Rechnung 2017 hatten wir Fr. 174'436.— drin und würden jetzt effektiv einen Mittelwert budgetieren. Wenn wir diese Fälle extern geben würden, würden wir Fr. 150'000.— budgetieren und haben effektiv Fr. 100'000.— gestrichen. Deshalb bleiben die Fr. 50'000.— noch drin.

Reto Grolimund: Die Fr. 100'000.— haben sich auf den Mittelwert zwischen Rechnung 2017 und Budget 20018 bezogen.

Stadträtin Marion Rauber: Ja, genau. Wir hätten dort Fr. 150'000.— budgetiert, wenn wir diese Stellen weiterhin extern geben müssten, falls Ihr jetzt die 0,6 Stellenprozente nicht bewilligt hättet. Dann haben wir die Fr. 100'000.— abgezogen. Jetzt sind wir die Fr. 100'000.—effektiv ab.

Reto Grolimund: Es ist gut. Das habe ich technisch verstanden, aber fachlich nicht.

Erfolgsrechnung Regionaler Führungsstab, Seiten 156 und 157

Keine Wortmeldungen

Seite 119, Beschlussesanträge

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Zuerst stimmen wir über alle Anträge ab, die das Einkommen der Stadt Olten beeinflussen. Wir starten mit Punkt 5, Steuerfussfestlegung und gehen dort jede Position einzeln durch.

Christian Werner: Das ist Deine Sache. Aber mich würde noch interessieren, was jetzt die effektiven Zahlen bei Ziffer 1 und 2 sind. Ich glaube, das interessiert nicht nur mich im Zusammenhang mit der Entscheidung Steuerfuss.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich dachte, dass Urs Tanner später sprechen wird. Aber es interessiert uns alle. Das ist richtig.

Urs Tanner: Beim Aufwand sind wir jetzt bei Fr. 111'388'400.— und beim Ertrag noch bei Fr.111'041'900.—. Das heisst, es gibt einen Saldo von einem Verlust von Fr. 346'500.—. Bei den Investitionen haben wir jetzt Bruttoinvestitionen von Fr. 17'530'000.— und ein Beitrag von 1,1 Millionen Franken gibt Nettoinvestitionen von Fr. 16'430'000.—.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich werde so vorgehen, wie ich gesagt habe. Wir kommen zu Punkt 5 „Der Steuerfuss ist wie folgt festzulegen“. Ich starte mit den natürlichen Personen.

Philippe Ruf: Ich stelle den Antrag, dass wir natürliche wie juristische Personen auf 108 % belassen.

Beschluss

Antrag Ruf 108 %: 15 Stimmen

Antrag FIKO 110 %: 24 Stimmen

Antrag FIKO 110 % 19 Stimmen

Antrag Stadtrat 112 % 20 Stimmen

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli: Wir kommen zu den juristischen Personen.

Simon Muster: Ich möchte den Antrag auf 112 % bei juristischen Personen stellen.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Der Antrag der SVP lautet auf 108 % bei den juristischen Personen.

Daniel Probst: Ich möchte noch kurz einen Appell machen. Bereits gestern Abend und heute hatte ich am Ambassadorsmeeting von verschiedenen Unternehmern auf dem Platz Olten den Feedback, dass sie diese Debatte verfolgen, schon gestern verfolgt haben, als wir

den Finanzplan gehört haben. Sie sehen, dass dies keine gute Zeichen sind, und sind höchst besorgt, wenn man die Steuern bei den juristischen Personen erhöht. Ich möchte Euch wirklich bitten, dass wir dies nicht machen, dass wir uns hier für die Arbeitsplätze und Unternehmungen einsetzen und die Steuern tief behalten. Merci.

Eugen Kiener: Es gibt gute Gründe für gleiche Steuerfüsse und auch eine leichte Erhöhung bei den juristischen Personen. Wir brauchen gute Schulen und Infrastruktur. Das nützt auch der Wirtschaft. Ich kann mich gut erinnern, als vor vier Jahren bei den Sparbemühungen ein Bürgerkomitee, angeführt von Herrn Nussbaum, hierher gekommen ist und gegen diese Sparbemühungen geredet hat. Ein zweiter Grund ist, uns geht es hier schlecht, weil die Kreise, die behaupten, sie vertreten die Wirtschaft, immer blockieren und wir jetzt in der Tinte sitzen. Das haben wir heute und gestern wieder erlebt. Drittens kommt jetzt die Steuervorlage 2017. Dort wird die Wirtschaft, der Kanton Solothurn, massiv sparen, und jetzt wird man hier noch einen Sonderrabatt verlangen. Mir scheint, dies passt in die weltweite Gier, die man überall feststellt.

Felix Wettstein: Drei von vier Sachen hat Eugen schon gesagt. Ich sage nur noch etwas. Wir wissen alle, dass auch 112 % nicht die letzte Entscheidung sind. Wir werden auf 115 %, auf 118 % gehen müssen, und wir läuten ehrlicherweise jetzt diese Schritt-für-Schritt-Strategie schon ein.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Wir haben einen Antrag auf 108 Steuerprozent, und wir haben einen Antrag auf 112 %. Wir werden sie gegeneinander abstimmen. Der Sieger wird gegenüber dem Antrag der FIKO und des Stadtrates auf 110 % abgestimmt. So ist es vorgegeben.

Beschluss

Antrag SVP 108 %:	18 Stimmen
Antrag SP 112 %:	20 Stimmen
1 Enthaltung	

Antrag SP 112 %	18 Stimmen
Antrag Stadtrat/FIKO 110 %	21 Stimmen

Personalsteuer

Beschluss

Einstimmig

Hundesteuer

Beschluss

Einstimmig

Feuerwehr, Ersatzabgabe

Beschluss

Einstimmig

Teuerungszulage

Beschluss

34 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen

Erfolgsrechnung

Beschluss

25 : 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen

Spezialfinanzierung

Beschluss

Einstimmig

Sozialregion

Beschluss

35 : 4 Stimmen

RZSO

Beschluss

Einstimmig

RFSB

Beschluss

Einstimmig

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Wir kommen zu Punkt 10. „Der Stadtrat wird ermächtigt, allfällige Finanzfehlbeträge durch die Aufnahme von maximal 15 Millionen Franken zu decken“.

Urs Tanner: Dort könnte man jetzt aufgrund der getroffenen Entscheide noch eine Million heruntergehen. Das heisst, es wären nur noch 14 Millionen.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Gut. Abgeändert.

Beschluss

Einstimmig

Gesamtbeschluss

Mit 23 : 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Dem Budget wird mit einem Defizit von 346'500 Franken bei Nettoinvestitionen von 16,43 Mio. Franken zugestimmt.

Mitteilung an
Direktion Finanzen und Dienste
Kanzleiakten

Verteilt am

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich danke allen für das aufmerksame Mitdenken. Das Schlusswort habe ich aus dem Globibuch überreicht erhalten. „Nachts, wenn es beginnt zu dunkeln und am Himmel Sterne funkeln, geht man schnell ins Bett und ruht, so wie es hier Globi tut. Ich wünsche eine gute Nacht.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.